



universität
wien

Diplomarbeit

Titel der Diplomarbeit

Soziales Engagement von Priestern angesichts der Industrialisierung des 19. Jahrhunderts

Verfasserin

Veronika Schwab

angestrebter akademischer Grad

Magistra der katholischen Theologie (Mag. Theol.)

Wien, 2011

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 011

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Katholische Fachtheologie

Betreuer:

Ao. Univ. Prof. Mag. Dr. Dr. Hermann Hold

Inhaltsverzeichnis

I.) ‚Rote Kapläne‘, ‚Hetzkapläne‘ und Sozialpolitiker – zerrissen zwischen Sozialpolitik und Pastoral?	5
I.1.) Zutreffende Kennzeichnungen?	5
I.2.) Bestand eine Spannung zwischen kirchlicher Seelsorge und politischem Engagement?	7
I.3.) Welche Erfahrungen lassen sich bezüglich eines Engagements ‚zwischen den Stühlen‘ ableiten?.....	8
II.) Sozialpolitisches und pastorales Wirken von Kaplänen anhand ausgewählter Beispiele	9
II.1.) Situative Momente ab der Mitte des 19. Jahrhunderts	9
II.1.1.) Industrialisierungsprozesse	9
II.1.2.) Wandel in politischen Ordnungssystemen: Reich, Staat und das Gleichheitsprinzip	10
II.1.3.) Wandel und Konstanz im kirchlichen Ordnungssystem	13
II.2.) Bewältigungsversuche.....	21
II.2.1.) Franz Brandts – ein katholischer Industrieller, Versuch einer christlich-paternalistischen Erziehung der Arbeiter	21
II.2.2.) auf der Bewusstseinssebene.....	27
II.2.2.1.) Übergangsphase zwischen Standes- und Klassenbewusstsein	27
II.2.2.2.) Nation und Volk.....	30
II.2.3.) im Bereich des gesellschaftlich-genossenschaftlichen Handelns ..	31
II.2.3.1.) Politische Sammelbecken - Vereine.....	31
II.2.3.1.1.) ‚Volkverein für das katholische Deutschland‘	33

II.2.3.1.2.) Politische Parteien	35
II.2.3.1.3.) Gewerkschaften	35
II.3.) Die ‚roten Kapläne‘, ‚Hetzkapläne‘ und der kirchliche Sozialpolitiker in ihrer Beziehung zu Staat und kirchlicher Obrigkeit.....	38
II.3.1.) In einer Phase der Parteienbildung: Franz Peter Eduard Cronenberg – die Leitfigur der christlich-sozialen Bewegung in Aachen	38
II.3.2.) In der Phase der beginnenden Sozialgesetzgebung: Franz Hitze – vom Sozialromantiker zum Sozialpolitiker	57
II.3.3.) Auf der Basis von Rerum novarum und den Februarerlassen: Otto Müller – Förderer der politischen Arbeiterbildung und Organisator von Arbeitervereinigungen seit der Jahrhundertwende.....	74
III.) Priester als ‚Hetzkapläne‘, ‚rote Kapläne‘ und der kirchlichen Sozialpolitiker – ein Skandal?	89
III.1.) Nicht zutreffend sind die Bezeichnungen ‚Hetzkaplan‘ und ‚roter Kaplan‘, zutreffend die Bezeichnung sozialer Kaplan.....	89
III.2.) Der Kulturkampf und Bismarck	90
III.3.) Tätigkeitsfelder der ‚Hetzkapläne‘, der ‚roten Kapläne‘ und des Sozialpolitikers und deren Bewertung.....	94
III.4.) Die Frage nach den zentralen Motiven der Kapläne	95
III.5.) Resümee	97
IV.) Literatur- und Quellenangaben.....	107
V.) Anhang A - Abstract	117
VI.) Anhang B – Curriculum Vitae	121

Danksagung

Zu großer Dankbarkeit fühle ich mich gegenüber Herrn Prof. Dr.Dr. Hermann Hold verpflichtet. Dank seiner wertvollen Hinweise, seiner Geduld, seiner Einwände und Anregungen konnte diese Arbeit abgeschlossen werden.

Danken möchte ich auch meinem geliebten Sohn, Herrn Dr. Harald Schwab, für seine Bereitschaft, mich jahrelang während des Studiums zu unterstützen.

Soziales Engagement von Priestern angesichts der Industrialisierung des 19. Jahrhunderts

I.) ‚Rote Kapläne‘, ‚Hetzkapläne‘ und Sozialpolitiker – zerrissen zwischen Sozialpolitik und Pastoral?

I.1.) Zutreffende Kennzeichnungen?

Unmissverständlich legte Otto von Bismarck¹ in seiner Rede vom 18. März 1875 betreffend der Einhaltung der Leistungen aus dem Staatsfond an die römisch-katholischen Geistlichen seinen Standpunkt über die ‚Hetzkapläne‘ dar.

*„(E)es ist des Staates nicht würdig seine erklärten Feinde gegen sich selbst zu besolden, es ist Anstandspflicht des Staates, diese Gelder einzubehalten, der Staat kann nicht stillschweigend dulden und durch Zahlung bestätigen, daß gegen ihn der Aufruhr von den Seiten gepredigt wird, wo er am meisten im eigenen Interesse mitunterdrückt werden sollte; ich sage im eigenen Interesse, denn Sie ziehen sich in Ihren – ich will nicht sagen Geistlichen – sondern in dem, was wir im allgemeinen die *Hetzkapläne* nennen – in denen ziehen Sie sich doch eine Gesellschaft groß, mit der Sie in ruhigen Zeiten Ihre Noth haben werden.“ [sic]*

Und er fuhr unter anderem fort:

„Alle die jungen ehrgeizigen Streber, die bei dem jezigen Verfahren ihre vorgeetzten Bischöfe einschüchtern, fühlen sich dadurch größer als sie sind, sie wollen mit der Zeit befriedigt sein, sie wollen nicht immer Hetzkapläne bleiben und Zeitungen schreiben – sie wollen Bischof werden.“ [sic]²

Bismarck verstand also unter dem Begriff ‚Hetzkapläne‘ Staatsfeinde, die eine Gefahr nicht nur für das Reich darstellten, sondern – er gab es auch indirekt

¹ STOLBERG-WENRIGERODE, Otto, Art.: Bismarck-Schönhausen, Otto Eduard Leopold, (1815-1898), Fürst seit 1871, Reichskanzler, in: NDB¹, 2, 268–277.

² Provinzial-Correspondenz, Dreizehnter Jahrgang, Nr. 12 vom 24. März 1875, in: Amtspresse Preußens, URL: <http://amtsprelle.staatsbibliothek-berlin.de/vollanzeige.php> (Abfrage vom 15. August 2010); Anmerkung: „Kursivsetzung durch die Verfasserin, im Original gesperrt“.

ganz deutlich zu verstehen – auch für die Bischöfe selbst, da durch das Wirken dieser ‚Hetzkapläne‘ eine mögliche Trennung der Hierarchie von den Gläubigen erfolgen könnte.

Der Begriff ‚Hetzkaplan‘ war damals allerdings nicht mehr neu, denn er war bereits um 1862 ein geläufiger Begriff gewesen, insofern er in einem Stück³ von Friedrich Theodor Vischer⁴ verwendet worden war.

Klaus Schatz führte in seinem Buch ‚Kirchengeschichte der Neuzeit II‘ Folgendes aus: „Seit etwa 1870 bildete sich auch langsam in den Industriegebieten ein Typus des sozial engagierten Priesters (der ‚soziale Kaplan‘ oder ‚Hetzkaplan‘) heraus.“⁵ Damit stellte er beide Begriffe als austauschbare Größen gegenüber. In seinem Werk ‚Säkularisation und Zweites Vatikanum‘ hingegen gab er als Beispiel für den ‚sozialen Kaplan‘ den jungen Heinrich Brauns an,⁶ dessen Hauptaugenmerk dem Ausbau des Sozialversicherungswesens galt,⁷ unterließ allerdings eine Definition des Begriffs ‚Hetzkaplan‘.

Als Herkunftserklärung für den Begriff ‚roter Kaplan‘ mag der Beitrag von Franz Gasteiger für das Lexikon für Theologie und Kirche unter Punkt zwei dienen: „Im Sinne der kath. Sozialbewegung (W.E. v. Ketteler,⁸ Franz Hitze,⁹ u.a.) ergriffen

³ Vischer, Friedrich Theodor, Faust – Der Tragödie dritter Teil von Deutobold Symbolizetti Allegoriowitsch Mystifizinsky, 3. Akt (7. Auftritt „Was macht der Hetzkaplan, Was macht der ledere Hetzkaplan, ça, ça Hetzkaplan, Was macht der Hetzkaplan?“)

URL: <http://gutenberg.spiegel.de/index.php?id=5&xid=2934&kapitel1=12&cHash=1&hlite=het> (Abfrage vom 14. August 2010).

⁴ Autor unbekannt, Art.: Vischer, Friedrich Theodor, 1807–1887, Pseudonyme: Philipp U. Scharfmayer und Deutobold Symbolizetti Allegoriowitsch Mystifizinsky, deutscher Literaturwissenschaftler, Philosoph, Schriftsteller und Politiker URL: http://de.wikipedia.org/wiki/Friedrich_Theodor_Vischer (Abfrage vom 15. August 2010).

⁵ SCHATZ, Klaus, Kirchengeschichte der Neuzeit II, Düsseldorf ^{1. Auflage} 1989. 102.

⁶ MOCKENHAUPT, Hubert, Art.: Brauns, Heinrich, 1868–1939, kath. Sozialpolitiker, seit 1890 Priester, 1919–33 Mitglied der Deutschen Nationalversammlung bzw. des Reichstags, 1920–28 Reichsarbeitsminister. Als Minister war er maßgeblich beteiligt an der Sozialgesetzgebung der Weimarer Republik, in: LThK³ 2, 661.

⁷ SCHATZ, Klaus, Zwischen Säkularisation und Zweitem Vatikanum, Der Weg des deutschen Katholizismus im 19. und 20. Jahrhundert. Leitfaden Theologie 20. ^{1. Auflage} Frankfurt am Mai 1986, 230; [in Folge: K. SCHATZ, Säkularisation].

⁸ GATZ, Erwin, Art.: Ketteler, Wilhelm Emmanuel, Bischof von Mainz, 1811–1877, Jurist im Staatsdienst, den er 1838 verließ, Theologiestudium, 1844 Priester in Münster, von 1848 bis 1849 Abgeordneter der Frankfurter Nationalversammlung. Am ersten Katholikentag in Mainz und durch seine Adventpredigten im Mainzer Dom machte er die ‚Soziale Frage‘ zum öffentlichen Thema, ab 1850 Bischof von Mainz. Beim Ersten Vatikanum trat er gegen die Unfehlbarkeit des Papstes und des päpstlichen Universalepiskopats auf, unterwarf sich aber schlussendlich dem Beschluss der Mehrheit, in: LThK³ 5, 1413–1414.

um 1890 die v. Unternehmern so genannten ‚roten Kapläne‘ Partei für die Arbeiter).“¹⁰

Während die Begriffe ‚Hetzkaplan‘ und ‚roter Kaplan‘, aus dem politischen bzw. dem wirtschaftlichen Sprachbereich entnommen, doch eine gewisse Unsicherheit in der Abgrenzung zuließen, war die Bezeichnung ‚Sozialpolitiker‘ eindeutig politischen Mandataren zuzuordnen.

Die Fremdbezeichnung ‚rote Kapläne‘, ‚Hetzkaplan‘ benannte eine Gruppe von Geistlichen, die sich von den ultramontanen Geistlichen dadurch unterschied, dass sie sich mit den neuen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Geschehnissen ihrer Zeit intensiv auseinandersetzten. Den Sozialismus im herkömmlichen Sinn verurteilten sowohl die Päpste als auch die ‚roten Kapläne‘, ‚die Hetzkapläne‘ bzw. die Sozialpolitiker. Ihre verstärkte Hinwendung zu den Arbeitern und ihr spezielles Verständnis der Sozialdemokratie hatte zur Bezeichnung ‚rote Kapläne‘ als Sondergruppe beigetragen.

I.2.) Bestand eine Spannung zwischen kirchlicher Seelsorge und politischem Engagement?

Waren ehemals Wirtschaft, Recht und Herrschaft eng miteinander verflochten und Herrschaft religiös legitimiert, setzte bereits ab dem Mittelalter eine Wirtschaftsentwicklung mit eigener Gesetzmäßigkeit ein, die unabhängiger von religiösen Normen wurde. Die Aufklärung verstärkte diese Tendenz mit der Betonung der Autonomie der menschlichen Vernunft. Hinzu kamen die Erkenntnisse der Naturwissenschaften und der Technik, was zur Folge hatte, dass die Bedeutung des Führungs- und Weisungsanspruch der Kirche stark erschüttert, die Selbstregulierungsfähigkeit der Wirtschaft aber gefördert wurde.

Die Nichtrezeption der Aufklärung vonseiten der Kirche und die Modernisierungsbestrebungen führten im 19. Jahrhundert zu einem Zurückdrängen der Kirche auf ihre religiösen Funktionen. Religion wurde immer mehr zur Privatsache.

⁹ MOCKENHAUPT, Hubert, Art.: Hitze, Franz, 1851–1921, kath. Sozialpolitiker, in: LThK³ 5, 172.

¹⁰ GASTEIGER, Franz, Art.: Arbeiterseelsorge in: LThK³ 1, 926–927.

Die kollektive Ohnmacht weiter Kreise der Arbeiterschaft gegenüber ihren Arbeitgebern führte zur Dechristianisierung, die auch von Teilen des Bildungsbürgertums mitgetragen wurde, dies bedingte auch eine neue Form der Pastoraltheologie, die von einigen Geistlichen praktiziert wurde.

Aufgabe der christlichen Sozialpolitik war die Integration der Arbeiter in eine ständisch organisierte Gesellschaft.

I.3.) Welche Erfahrungen lassen sich bezüglich eines Engagements ‚zwischen den Stühlen‘ ableiten?

Die Kapläne wurden einerseits mit Fremdbezeichnungen vonseiten der Politik bzw. der Wirtschaft belegt, die ihnen nicht zukamen und für sie diffamierend waren, denn sie waren weder Sozialisten noch Marxisten; andererseits beobachtete auch die Geistlichkeit ihre über die üblichen Seelsorgepflichten hinausgehenden Tätigkeiten, was vor allem bei der älteren Geistlichkeit auf Unverständnis bzw. Ablehnung stieß.

Dieses Ausscheren aus den straff disziplinierten Reihen des von der Neuscholastik geprägten Klerus brachte die ‚roten Kapläne‘ und die ‚Hetzkapläne‘ in eine schwierige Lage, da Misstrauen von kirchlicher und politischer Seite bestand.

II.) Sozialpolitisches und pastorales Wirken von Kaplänen anhand ausgewählter Beispiele

II.1.) Situative Momente ab der Mitte des 19. Jahrhunderts

II.1.1.) Industrialisierungsprozesse

Signifikant für das 19. Jahrhundert war die auch auf dem Kontinent einsetzende Industrialisierung, in der die Handarbeit zum Teil durch die maschinelle Massenproduktion ersetzt wurde. Der Grund dafür waren die vielen technischen Erfindungen, die aufeinander aufbauten und ein stetiges Wirtschaftswachstum ermöglicht hatten.¹¹

Das sogenannte ‚Verlagswesen‘, eine Vorform der Industrialisierung, zeichnete sich dadurch aus, dass der Kaufmann dem Erzeuger das notwendige Rohmaterial – wenn nötig auch die technischen Hilfsmittel – zur Verfügung stellte und die Abnahme der produzierten Ware garantierte. Diese Art der Produktion wurde als Nebenerwerb besonders von Frauen und Kindern in Anspruch genommen.

Hatte das Handwerk noch die Möglichkeit einer schöpferischen Gestaltung des Werkstücks geboten, so war durch die Teilarbeit an der Maschine Kreativität nicht mehr gefragt.

Verbunden mit der Industrialisierung waren massive Änderungen der Lebens- und Arbeitsgewohnheiten der Menschen. Nicht nur Mobilität wurde vom Arbeiter durch die Trennung von Wohn- und Arbeitsbereich gefordert¹² – und damit meist die Lockerung der Familienbande –, sondern auch eine Umstellung der Arbeitsweise, da die Maschine sowohl den Rhythmus als auch das Ausmaß der Arbeit bestimmte. Die Maschine ermöglichte zwar ein kontinuierliches Arbeiten, aber diese arbeitete nicht dem Menschen zu, sondern der Mensch der Maschi-

¹¹ AUBIN, Hermann/ZORN, Wolfgang, Handbuch der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte: Das 19. und 20. Jahrhundert, Bd. 2 Stuttgart 1976, 230–231; [*in Folge*: H. AUBIN/W. ZORN, Wirtschaftsgeschichte].

¹² H. AUBIN/W. ZORN, Wirtschaftsgeschichte, 451.

ne, d.h. der Mensch ‚bediente‘ die Maschine und er wurde auch an deren Maß gemessen.

Durch den Einsatz der Maschine wurden die bis dahin üblichen Arbeits- und Ruhezeiten, die einerseits vom kirchlichen Umfeld und andererseits vom Zyklus der Natur bestimmt gewesen waren, stark verändert, weil besonders in der frühen Phase der Industrialisierung versucht worden war, die Arbeitszeit zu verlängern, sodass diese einen Großteil des Zeitvolumens der Menschen in Anspruch genommen hatte.

Die kapitalkräftigen Unternehmer bestimmten in der Folge die wirtschaftliche Entwicklung; das Handwerk blieb bestehen, verlor aber etwas an Einfluss.¹³

Die Kirche verfügte zwar über Grund und Boden, aber nicht über die notwendige Kapitalkraft – und Grundbesitz wurde traditionell selten verkauft. Dies bedeutete aber auch, dass sie in unternehmerischer Hinsicht keine Möglichkeit des Steuerns hatte und ihren schwindenden Einfluss dadurch auszugleichen versuchte, dass sie Forderungen an die Unternehmer stellte, wie z.B. die Regulierung von Arbeitspausen, Arbeitszeiten oder Ähnliches.¹⁴

II.1.2.) Wandel in politischen Ordnungssystemen: Reich, Staat und das Gleichheitsprinzip

Das Reich

Unter dem Begriff ‚Reich‘, lat. imperium, verstand man den Herrschaftsbereich eines Königs über Völkerschaften und Stämme. Diese waren durch ihre Führer (Adel) aufgrund einer persönlichen Verpflichtung an den Herrscher gebunden (Personenverband).¹⁵ Signifikant für die Reiche war deren Bestreben, ihre Gebiete auszuweiten, bzw. der Hang zur Hegemonie.

Dem Heiligen Römischen Reich stand ab 962 bis zum Jahre 1806 der römisch-deutsche Kaiser vor; eine Ergänzung erfuhr die Reichsbezeichnung durch den Zusatz ‚Deutscher Nation‘ im Jahre 1512.

¹³ H. AUBIN/W. ZORN, Wirtschaftsgeschichte, 139, 429.

¹⁴ HOLD, Hermann, PV 2009.

¹⁵ HOLD, Hermann, PV 2009.

Am Reichstag zu Regensburg 1803 wurde als Gesetz der Reichsdeputationshauptschluss beschlossen. Darin wurde eine Entschädigung in Form von Ländereien für jene weltlichen Fürsten, die durch den Frieden von Lunéville von 1801 Gebiete am linken Rheinufer an Frankreich verloren hatten, festgesetzt. Als Äquivalent wurden durch Säkularisation die reichsunmittelbaren geistlichen Fürstentümer herangezogen. Nutznießer dieses Gesetzes wurden v.a. Preußen, die Fürstentümer Baden, Bayern und Württemberg, die zum Teil erhebliche Gebiets- und Bevölkerungszuwächse verbuchen konnten.¹⁶

Der Staat

Der Begriff ‚Staat‘, der erstmals bei Machiavelli auftauchte, kam erst ungefähr ab der Mitte des 17./18. Jahrhunderts (Frankreich – Ludwig XIV.) in Gebrauch.

Vor 1800 konnotierte der Begriff ‚Staat‘ im Deutschen mit den Begriffen „Stand, Zustand, Lebensweisen, Würden, Aufwand, Prunkt und Pracht, Stellung, Herrlichkeit und zunehmend Herrschaft, wie sie vom Adel, speziell den Fürsten im ‚Fürstenstaat‘, ausgeübt wurde. So konnte ‚Stat‘ auch ‚Amt‘ oder ‚Hofstaat‘ bedeuten.“¹⁷

Die zu Beginn des 19. Jahrhunderts einsetzende Restauration erwies sich für die erste Hälfte des Jahrhunderts als das beherrschende politische Element. Man kehrte zum aufgeklärten Absolutismus zurück. Das Gedankengut der Aufklärung und die Forderungen der Französischen Revolution nach Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit wurden unterdrückt, blieben aber latent bestehen. Allerdings wurde zwischen Staat und Fürsten unterschieden. Der Fürst war Amtsträger, der wie alle anderen an die Ordnung (Verfassung, Grundrechte und

¹⁶ Art.: Heiliges Römisches Reich Deutscher Nation, in: FACHREDAKTIONEN DES BIBLIOGRAPHISCHEN INSTITUTS (Hg.) Schülerduden, Die Geschichte, bearb. von Forstmann, Wilfried/Schneidmüller, Gabriele/Thiel, Gabriele, Mannheim – Wien – Zürich 1981, 186–187 und 349; [in Folge: FACHREDAKTIONEN, Schülerduden, Die Geschichte].

¹⁷ KOSELLECK, Reinhart, Art.: Staat und Souveränität, in: BRUNNER, Otto/CONZE, Werner/KOSELLECK, Reinhart (Hg.) Geschichtliche Grundbegriffe, Historisches Lexikon zur politischen Sprache in Deutschland, Bd. 6, Stuttgart ^{1. Auflage} 1990, 1–2; [in Folge: O.BRUNNER/W.CONZE/R.KOSELLECK, Geschichtliche Grundbegriffe, Bd. 6].

Verbote) gebunden war,¹⁸ d.h. er herrschte nicht als Privatperson, denn der Staat war Inhaber des Gewaltmonopols.

Der Begriff ‚Staat‘ wurde zum zentralen Oberbegriff, der durch weitere Hinzusetzung von Begriffen, wie z.B. -gebiet, -volk, -gewalt, seine Präzisierung erfuhr.¹⁹

Das Gleichheitsprinzip

Mit der Aufklärung formte sich aufgrund der politischen Theorien, wie z.B. von Locke (Gewaltentrennung und Volkssouveränität, Recht auf Widerstand),²⁰ Jean Jacques Rousseau (Rechtsgleichheit durch einen Gesellschaftsvertrag),²¹ der Französischen Revolution (Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte) und der Philosophie Kants (Vernunft, Freiheit), soziale Gleichheit als allgemeines Gerechtigkeitsprinzip aus.

In seinem Werk ‚Vom Gesellschaftsvertrag oder Prinzipien des Staatsrechts‘ von 1762 vertrat Jean Jacques Rousseau die Meinung, dass der vernünftig-allgemeine Wille (*volonté générale*) die Grundlage der politischen Macht sei. Der Gesellschaftsvertrag war als eine freie Vereinbarung aller Bürger gedacht – mit dem Ziel, die Ordnung des Staates so zu gestalten, dass diese jedem zum Vorteil gereiche. Rousseau zielte auf die Volkssouveränität und trat damit gegen die in absolutistischen Systemen übliche theologische Rückbindung an das Gottesgnadentum auf.²²

Um 1848 kam es in Europa zu mehreren von der Mittelschicht getragenen Revolutionen, deren Hauptanliegen die Schaffung von Verfassungen war, mit dem Bestreben, dem Volk mehr politische Partizipation zu ermöglichen (Wahlen für alle männlichen, mündigen Staatsangehörigen) und die Freiheit des Einzelnen

¹⁸ HOLD, Hermann, PV 2009.

¹⁹ KOSELLECK Reinhart, Art.: Staat und Souveränität, in: BRUNNER/W.CONZE/R.KOSELLECK, Geschichtliche Grundbegriffe Bd. 6, 26.

²⁰ SPECHT, Rainer, Art.: Locke, John, 1632–1704, engl. Philosoph, in: LThK³ 6,1016–1017.

²¹ FORSCHNER, Maximilian, Art.: Rousseau, Jean-Jacques, 1712–1778, Philosoph, Literat, Musiker, in: LThK³ 8, 1332–1333.

²² ANZENBACHER, Arno, Christliche Sozialethik, Einführung und Prinzipien, Paderborn [u.a.] 1998, 60–61, 64–65; [*in Folge*: A. ANZENBACHER, Christliche Sozialethik].

zu sichern. Das aktive Wahlrecht (Zensuswahlrecht²³), eine Forderung des Bürgertums, wurde 1849 in Preußen eingeführt und in der Folge im Norddeutschen Bund und im Deutschen Reich seit 1871 gewährt.

Die Kirche bezog Stellung in *Rerum novarum* und sah den Solidarismus, der das Gemeinwohl durch den Ausgleich zwischen dem Einzelnen und der Gemeinschaft förderte, als wirksamen Weg an und verhielt sich gegenüber den aufklärerischen sozialistischen Gleichheitsbestrebungen kritisch bzw. ablehnend.

II.1.3.) Wandel und Konstanz im kirchlichen Ordnungssystem

Fast gleichzeitig mit der Restauration setzte die Romantik, die dominierende geistes- und kulturgeschichtliche Strömung der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, ein. Diese erwies sich für die katholische Kirche als eine Epoche wiederwecker Religiosität, die als Reaktion auf den Rationalismus des vergangenen Jahrhunderts einsetzte. Es kam zu einer Betonung des Gefühlvollen, der Innerlichkeit, der Sehnsucht, des Leidenschaftlichen, des Volkstümlichen. Der Blick richtete sich auf das Mittelalter mit seiner ständischen Ordnung. In engem Zusammenhang mit der Romantik stand die katholische Erweckungsbewegung; es entstanden einzelne Schulen bzw. Kreise.

So versuchte die Tübinger Schule (mit Johann Sebastian Drey als Gründer,²⁴ Johann Baptist Hirscher,²⁵ Johann Adam Möhler,²⁶ Johannes Kuhn, Franz Anton Staudenmaier,²⁷ Karl Joseph Hefele²⁸), mit Vernünftigkeit die Theologie aus

²³ Art.: Zensuswahlrecht, Ein Wahlrecht, das an den Nachweis eines bestimmten Besitzes oder einer bestimmten Steuerleistung (Zensus) gebunden war, galt in Preußen bis 1918 in der Form des Dreiklassenwahlrechts, in: FACHREDAKTIONEN, Schülerduden, Die Geschichte, 446.

²⁴ KUSTERMAN, Abraham Peter, Art.: Drey, Johann Sebastian, kath. Theologe, 1777–1853 in: LThK³ 3, 373–374.

²⁵ FÜRST, Walter, Art.: Hirscher, Johann Baptist, 1788–1865, bedeutender Theologe der kath. Tübinger Schule, in: LThK³ 5, 153–154.

²⁶ WAGNER, Harald, Art.: Möhler, Johann Adam 1796–1838, kath. Theologe, in: LThK³ 7, 374–375.

²⁷ HÜNERMANN, Peter, Art.: Staudenmaier, Franz Anton, kath. Theologe, 1800–1856, in LThK³ 9, 936–937.

²⁸ REINHARDT, Rudolf, Art.: Hefele, Carl Joseph, 1809–1893, Kirchenhistoriker, Bischof von Rottenburg, in: LThK³ 4, 1239–1240.

dem historischen Kontext begreifbar und für die damalige Zeit erklärbar zu machen, d.h. es kam zur Einbeziehung der Geschichtlichkeit.

Um ein anderes Verhältnis von Kirche und Staat bemühten sich Felicité Robert Lamennais und Wilhelm Weitling. Lamennais vertrat den liberalen Katholizismus. Die Freiheit sah er „als Inhalt und Ziel der Religion“ an. Von der restaurativen Politik Gregors XVI. enttäuscht, sah er für die Kirche keine Möglichkeit sich aus den Verflechtungen mit dem Staat zu lösen um als „freiheits- und zukunftsschaffende Kraft auf dem Weg zu einer gerechten, solidarisch und freien Demokratie“ zu wirken. Nachdem der Papst seine Ideen verurteilte, wandte er sich von der Kirche ab und dem demokratischen und christlichen Sozialismus zu.²⁹ In dem Gesellschaftsentwurf von Weitling forderte dieser die gleiche Verteilung der Arbeit und den gemeinschaftlichen Gebrauch aller Güter.³⁰ Theologisch begründeten beide die Gleichheitsforderung, indem sie meinten: „Die Gütergemeinschaft ist das Erlösungsmittel der Menschheit“ und „d(D)as Prinzip Jesu ist das Prinzip der Freiheit und der Gleichheit.“³¹

Bedeutend wurde der Kreis um Görres,³² der die Gleichordnung von Kirche und Staat in enger Anlehnung an Rom anstrebte.³³ Mitbegründer der Görres-Gesellschaft war auch Georg Freiherr von Hertling,³⁴ der Fraktionsvorsitzende des Zentrums, ab 1917 preußischer Ministerpräsident und Reichskanzler.

Zu diesem Kreis gehörte auch Ignaz von Döllinger,³⁵ katholischer Theologe, Kirchenhistoriker, Gegner des Protestantismus, des Ultramontanismus und wegen des Unfehlbarkeitsdogmas auch des Ersten Vatikanums von 1869/70. Er trat für eine Zusammenarbeit der Theologen mit der kritisch-historischen Wis-

²⁹ SCHWENDT, Herman H. Art.: La Mennais (nach 1832: Lamennais), Hugo-Felicite-Robert, theologischer und politischer Schriftsteller, 1782–1854. in: LThK³ 6, 568–569.

³⁰ KRÄMER, Werner, Art.: Weitling, Wilhelm, 1808–1871, führender Vertreter des vor-marx'schen Sozialismus in: LThK³ 10, 1056.

³¹ BONDOLFI, Alberto, Art.: Gleichheit, in: Neues Lexikon der christlichen Moral, ROTTER, Hans/VIRT, Günther (Hg.) Innsbruck – Wien 1990, 298.

³² WACKER, Bernd, Art.: Görres Johann Joseph, 1776–1848, Gymnasial- und Hochschullehrer, sehr einflussreicher katholischer, politischer Publizist., in: LThK³ 4, 841–842.

³³ HOLD, Hermann, PV 2009.

³⁴ MORSEY, Rudolf, Art.: Hertling, Georg, 1843–1919, Philosoph und Politiker, Präsident der Görres-Gesellschaft, bayrischer Ministerpräsident, Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident in: LThK³ 5, 46–47.

³⁵ CONZEMIUS, Victor, Art.: Döllinger, Johannes Joseph Ignaz, 1799–1890, Hauptvertreter der kath. Restauration, in: LThK³ 3, 306–307.

senschaft ein. Ferner befürwortete er eine Auseinandersetzung der Kirche mit der modernen Zeit, wünschte eine größere Offenheit und trat gegen das Staatskirchentum auf.³⁶ Von Döllinger wurde gesagt, dass er unter „den Theologen seiner Zeit die wohl längste und stärkste Ausstrahlung in dem öffentlichen Raum auch außerhalb der Kirche besaß.“³⁷ auch Ketteler und Kolping³⁸ waren seine Hörer.

In seiner Schrift ‚Was ist Aufklärung?‘ definierte Kant die Aufklärung als den Ausgang des Menschen aus seiner selbst verschuldeten Unmündigkeit und forderte mit dem ‚Sapere aude!‘ von den Menschen den Mut, sich ihres eigenen Verstandes zu bedienen.³⁹ Menschen fällen Entscheidungen und setzen Handlungen, wobei das Gewissen des Einzelnen eine zentrale Rolle spielt, d.h. das autonome Gewissen entscheidet unabhängig von einer äußeren Instanz über die Pflicht und das Gute.⁴⁰ Laut Kant ist das Handeln nach dem Gewissen die sittliche Pflicht (Gebot der Vernunft).

Theologiegeschichtlich erwies sich die in der Mitte des 19. Jahrhundert einsetzende Neuscholastik als ein Rückgriff auf das philosophische Gedankengut des Mittelalters speziell auf das des Thomas von Aquin,⁴¹ der als die unangefochtene Autorität der Theologie angesehen wurde. Ohne Rücksichtnahme auf die philosophischen Erkenntnisse der Aufklärung, der Französischen Revolution, der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen nahm die Neuscholastik die konkreten Verhältnisse der damaligen Zeit nicht wahr. Zentrales Anliegen der Neuscholastik war, die rationale Begründung der kirchlichen

³⁶ HOLLERBACH, Alexander, Art.: Staatskirche, Darunter versteht man ein System von enger Verbindung von Staat und Kirche unter staatlicher Hoheit. Die Kirche wird als ‚pars rei publicae‘ gesehen, wobei die einzige od. jedenfalls vorrangig zugelassene Kirche eine Staatsanstalt ist. Dem Staat kommt daher die Gesetzgebung für die Staatskirche und z.B. die Besetzung der höheren Kirchenämter, die konfessionelle Bestimmung öffentlicher Bildungswesen, zu. in: LThK³ 9,899–900.

³⁷ GADILLE, Jacques/MAYEUR, Jean-Marie (Hg.) Die Geschichte des Christentums, Liberalismus, Industrialisierung, Expansion Europas, (1830–1914), Deutsche Ausgabe bearbeitet und herausgegeben von Martin Greschat, Freiburg – Basel – Wien 1997, 307.

³⁸ FESTING, Heinrich, Art.: Kolping, Adolph, 1813–1865, der ‚Gesellenvater‘, Bahnbrecher des katholisch-soz. Vereinswesens, in LThK³ 6, 203–204.

³⁹ DÖRING, Eberhard, Immanuel Kant, Eine Einführung, Wiesbaden 2004, 59–60.

⁴⁰ ANZENBACHER, Arno, Einführung in die Ethik, Düsseldorf ^{1.Auflage} 1992, [in Folge: A. ANZENBACHER, Ethik] 100.

⁴¹ KLUXEN, Wolfgang, Art.: Thomas von Aquin, scholastischer Philosoph, 1225–1274, in: LThK³ 9,1509–1517.

Dogmen, die Aussagen der Kirchenväter und jene der auf die griechischen Philosophen fußenden Erkenntnisse in ein geschlossenes System zu bringen. Vertreter der neuscholastischen Theologie waren der Überzeugung, dass sich Kirche und Welt nicht versöhnen lassen und einen Gegensatz bilden.

Was das Priesterbild des 19. Jahrhunderts betraf, ließen sich im Grundsätzlichen drei Typen feststellen:

- a) den Leutpriester des Vormärz, den man als Staatsbeamten zu sehen hatte, mit wenig Verständnis für die sich abzeichnenden neuen Verhältnisse,⁴²
- b) den ultramontanen Priester, der sich vehement gegen die kirchenpolitisch-liberalen Bewegungen stellte,⁴³ und
- c) den ‚aufgeklärten‘ Geistlichen, der sich an der modernen, bürgerlichen Kultur orientierte.

Gregor XVI.⁴⁴ lehnte mit der Enzyklika ‚Mirari vos‘ von 1832 den Liberalismus, den religiösen Indifferentismus und auch die Gewissensfreiheit ab. In der Folge wurde dem Gewissen des einzelnen Menschen keinerlei Eigenständigkeit zuerkannt. Verantwortlich war das Lehramt, welches das Gewissen leitete; die Gläubigen wurden als Objekte wahrgenommen.

Gegen die Aufklärung, den Liberalismus und die nationalstaatliche Souveränität war der Ultramontanismus, der von Frankreich her kommend, sich ausschließlich an der päpstlichen Autorität orientierte und seit Beginn des 19. Jahrhunderts international wurde. Die Kirche misstraute den liberalen Ideen und verhielt sich äußerst zurückhaltend gegenüber den politischen Zielen, die auf die Errichtung einer konstitutionellen Monarchie abzielten.

lit. b) Zum Unterschied von dem ‚aufgeklärten‘ Geistlichen hielt sich der vom Ultramontanismus geprägte Priester streng an die Vorschriften des Konzils von

⁴² Autor unbekannt, Art.: Leutpriester, Der Leutpriester, lat. plebanus, war die seit dem 13. Jh. bestehende Bezeichnung für einen Weltgeistlichen, der die Seelsorge im Auftrag des Besitzers der Pfarrechte ausführte oder den Pfarrer vertrat und dem Bischof unterstand. Der Begriff ‚Leutpriester‘ verschwand langsam aus dem Sprachgebrauch, ist aber noch bis zu Beginn des 19. Jh. belegt; URL: <http://wikipedia.mobi/de/Leutpriester> (Abfrage vom 25. Oktober 2010).

⁴³ HURTH, Elisabeth, Mann Gottes. Das Priesterbild in Literatur und Medien, Theologie und Literatur, KUSCHEL, Karl Josef/LANGENHORST, Georg (Hg.) Bd. 15 Mainz 2003; 24.

⁴⁴ SCHWAIGER, Georg, Art.: Gregor XVI. 1765–1846, Papst ab 1831, in: LThK³, 4, 1023–1024.

Trient. Neben den Vorschriften bezüglich der priesterlichen Kleidung und der Lebensführung der Säkularkleriker, wünschte das Konzil von Trient unter anderem den Priester als Seelsorger der Gemeinde zu sehen. Die Sorge um den Priesternachwuchs fiel dem Bischof zu; das nötige Rüstzeug sollten sich die Kandidaten in den Priesterseminaren erwerben, wobei sich die Umsetzung der Konzilsbeschlüsse auch in Bezug auf die Seminare aus verschiedenen Gründen hinzog. Neben den ‚Bartholomäern‘⁴⁵ setzte sich im 16. Jahrhundert besonders die Gesellschaft Jesu für eine Reform des Weltklerus ein und überflügelte in ihrer Effizienz die bischöflichen Priesterseminare.⁴⁶ In Frankreich gewann die von Pierre de Bérulle geprägte ‚École française‘ im Reich Einfluss, die für ein asketisches Priestertum plädierte. Aus dem von Pierre de Bérulle gegründeten Oratorium für Weltpriester gingen Persönlichkeiten wie Vinzenz von Paul⁴⁷ und Jean-Jacques Olier (gest. 1657) hervor. Letzterer gründete den Orden der Sulpizianer, dessen Betätigungsfeld auf dem Gebiet der Priesterziehung lag, mit dem Ziel, fromme, gebildete und zurückgezogen lebende Priester heranzubilden.⁴⁸ Gab es im Frankreich des 18. Jahrhunderts nur Konvikte, so entstanden im nächsten Jahrhundert die ‚Kleinen Seminare‘ – eine Institution, bestehend aus Schule und Konvikt –, die in den deutschen Ländern als ‚Knabenseminare‘ bezeichnet wurden.⁴⁹ 1835 wurde das von Augustin Theiner⁵⁰ verfasste Buch: ‚Geschichte der geistlichen Bildungsanstalten‘ von großer Wichtigkeit für die Priesterausbildung. Diese sollte ausschließlich in den bischöflichen Priesterseminaren erfolgen, was eine Abschottung inkludierte.⁵¹

⁴⁵ Autor ungekannt: Art.: Holzhauser, Bartholomäus, 1613–1658, dieser gründete, unterstützt von den Jesuiten, in Tittmoning die erste Weltpriestergemeinschaft. Seine asketischen und visionären Schriften waren weit verbreitet. URL: http://www.heiligenlexikon.de/BiographienB/Bartholomaeus_Holzh... (Abfrage vom 5. März 2011).

⁴⁶ GATZ, Erwin (Hg.) Geschichte des kirchlichen Lebens in den deutschsprachigen Ländern seit dem Ende des 18. Jahrhunderts – Die katholische Kirche – Bd. IV, Der Diözesanklerus, Freiburg im Breisgau – Basel – Wien 1995, 32–34; [*in Folge*: E. GATZ Der Diözesanklerus].

⁴⁷ Art: Vinzenz von Paul, 1581–1660, Ordensgründer, gründete mit Weltpriestern eine Missionskongregation, die sich ‚Lazaristen‘ nannte, in: JÖCKLE, Clemens, Das große Heiligenlexikon, Sonderausgabe für Parkland Verlag, Köln 2003, 453.

⁴⁸ E. GATZ, Der Diözesanklerus, 36.

⁴⁹ E. GATZ, Der Diözesanklerus, 48.

⁵⁰ SCHULTE, Vorname unbekannt, Art.: Theiner, Augustin Th. 1804–1874, Geschichtsschreiber und Kanonist, URL: <http://www.deutsche-biographie.de/sfz82415.html> (Abfrage vom 5. März 2011).

⁵¹ E. GATZ, Der Diözesanklerus, 80.

zu lit. c) Johann Michael Sailer,⁵² Führer des Landshuter Kreises, widmete sich in besonderer Weise der Priesterausbildung und versuchte seine Studenten zu überzeugen, besonders auf die Lebensumstände der ihnen anvertrauten Gläubigen zu achten und sich auf deren Art einzulassen.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhundert lag der Schwerpunkt der Priesterseminare eindeutig auf dem spirituellen Gebiet, nicht so sehr auf dem intellektuellen. Verstärkt wurde das Streben nach Spiritualität durch die schon im Seminar gepflogene Weltabgewandtheit des Weltklerus und den engeren Kontakt mit den Orden und deren geistlicher Literatur, obgleich für den Weltklerus dadurch die Gefahr gegeben war, den Kontakt mit der Gesellschaft zu verlieren.⁵³ Ein Universitätsstudium war nur noch für einen Teil der Geistlichen vorgesehen.

Von dem meist aus dem bürgerlichen Milieu kommenden Klerus bildete sich u.a. die Gruppe der ‚aufgeklärten‘ Geistlichen heraus. Zu dieser Gruppe gehörten die ‚Hetzkapläne‘, die ‚roten Kapläne‘ und die Sozialpolitiker, die sich in spezieller Weise der Arbeiterproblematik annahmen. Diese stellten sich zunächst den christlich-sozialen und später den katholischen Arbeitervereinen als Vorstände – Präsides – (nach 1884 vom zuständigen Bischof bestätigt) zur Verfügung, übernahmen die Leitung der Vereine und deren Vertretung nach außen. Das autonome Gewissen schien bei den oben genannten Geistlichen eine wichtige Rolle gespielt zu haben. Möglicherweise waren die ‚roten Kapläne‘, ‚Hetzkapläne‘ bzw. die Sozialpolitiker in Bezug auf das Gewissen auch von Kant beeinflusst sowie von Thomas von Aquin (‚lex naturalis‘ – die Selbstgesetzgebung der Vernunft⁵⁴) bzw. von Aristoteles (ethische Tugenden – praktische Vernunft). Sie entschieden sich gegen die Weltabgewandtheit der Geistlichkeit und für eine Auseinandersetzung mit der Arbeiterfrage und praktizierten damit eine neue Form der Pastoraltheologie. Vereinzelt absolvierten sie auch

⁵² WEITLAUFF, Manfred, Art.: Sailer, Johann Michael, 1751–1832, Prof. für Dogmatik und Pastoraltheologie, in: LThK³ 8, 1431–1433.

⁵³ JEDIN, Hubert (Hg.) Handbuch der Kirchengeschichte, Bd. VI: Die Kirche in der Gegenwart, Erster Halbband. Die Kirche zwischen Revolution und Restauration, AUBERT, Roger u.a.m. Sonderausgabe, Freiburg in Breisgau 1971/1985: 656–657. [in Folge: HKG(J), Die Kirche zwischen Revolution und Restauration].

⁵⁴ A. ANZENBACHER, Ethik, 97.

ein weiteres Studium (z.B. Otto Müller, Nationalökonomie), um den Arbeitern effektiver helfen zu können.

Warum benötigten die Arbeiter Hilfe? Dazu war es zunächst nötig, die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts in den Blick zu nehmen, in der die ‚Soziale Frage‘ – darunter verstand man die Auseinandersetzung mit den sozialen Missständen – ihre Wurzeln hatte. In dieser Zeit kam es in Deutschland zu einer Verelendung weiter Bevölkerungskreise (Pauperismus), hervorgerufen durch das stark ansteigende Bevölkerungswachstum, die Bauernbefreiung und die Gewerbebefreiheit.⁵⁵ Nach der Revolution von 1848 setzte verstärkt die Industrialisierung ein und damit verbunden die Arbeiterproblematik (Arbeiterfrage). Während Facharbeiter meist gut bezahlt und in ihren Stellungen relativ sicher waren, traf dies auf die meist aus dem ländlichen Bereich kommenden ungelerten Hilfsarbeiter nicht zu. So ließen sich im Ruhrgebiet mehrere Zuwanderungswellen nachweisen, wobei die nach 1870 einsetzende dritte besonders groß war.⁵⁶ Die Fabrikarbeiter waren daher gezwungen, auch für sie ungünstige Arbeitsbedingungen (niedrigen Löhne, Kurzarbeit) zu akzeptieren.

Am Schluss dieses Kapitels soll ein kurzer Blick auf den Mainzer Bischof Wilhelm Emmanuel von Ketteler geworfen werden, der bereits 1848 in seinen Ad-

⁵⁵ A. ANZENBACHER, Christliche Sozialethik: Die Einwohnerzahl der deutschen Länder nahm innerhalb eines Jahrhunderts um mehr als das Doppelte zu. Sie stieg von 24 Millionen im Jahre 1800 auf 56 Millionen Einwohner im Jahre 1900 an, besonders im ländlichen Bereich.

Die Bauernbefreiung und die Gewerbebefreiung waren Folgeerscheinungen der Französischen Revolution.

Die Bauernbefreiung befreite die Bauern zwar vom grundherrschaftlichen Zwang, allerdings entfiel auch die grundherrschaftliche Fürsorgepflicht. Durch Grundablösen und Steuern kam es in der Folge zur Verarmung der ländlichen Bevölkerung, die nun vermehrt in die Städte zog und sich um Arbeit bewarb.

Gewerbebefreiung: Das Gewerbe wurde vom Zunftzwang befreit und bot nun Gesellen die Möglichkeit, eigene Betriebe zu gründen. Mit dem Ende des Zunftzwangs fiel aber auch der soziale Schutz der Zünfte. Die in der Folge einsetzende industrielle Massenproduktion von Gütern und die starke Zunahme der Betriebsgründungen durch die Gesellen bewirkten die Verarmung der Handwerker; 129–130.

Vgl. dazu: ZIEGLER, Dieter, Die Industrielle Revolution, Geschichte kompakt, HAUG-MORITZ, Gabriele/ KINTZINGER, Martin/PUSCHNER, Uwe (Hg.) PUSCHNER, Uwe (Hg. für den Bereich Neuzeit), Darmstadt 2005. 43; [in Folge: D. ZIEGLER, Industrielle Revolution].

⁵⁶ BACHEM-REHM, Michaela, Die katholischen Arbeitervereine im Ruhrgebiet 1870–1914, Katholisches Arbeitermilieu zwischen Tradition und Emanzipation, Dissertation, Stuttgart 2004; 22–23; [in Folge: M. BACHEM-REHM, katholische Arbeitervereine].

ventpredigten u.a. mit aller Deutlichkeit auf die Dringlichkeit der ‚Soziale Frage‘ hinwies. Trotz deren Thematisierung durch einen hohen Vertreter aus den eigenen Reihen begann sich die katholische Kirche erst ab Mitte der 60er-Jahre mit der immer problematisch werdenden ‚Sozialen Frage‘ ernsthaft auseinanderzusetzen.

Während Ketteler in seiner Rede vom 4. Oktober 1848 in der ersten Versammlung des katholischen Vereines Deutschlands in Mainz noch die Meinung vertrat, dass die Lösung der ‚Sozialen Frage‘ der katholischen Kirche vorbehalten sei,⁵⁷ forderte er in seiner Ansprache vom 19. November 1865 anlässlich der Festfeier des Mainzer Gesellenvereins zum gleichen Thema auch Staatshilfe ein,⁵⁸ da aufgrund der Überforderung der Armenfürsorge eine Lösung der Arbeiterfrage immer dringender notwendig erschien.⁵⁹ Eine Forderung, die verständlich war, zumal der Staat in den 60er-Jahren diesbezüglich noch inaktiv war und die Sozialgesetzgebung erst in den 80er-Jahren einsetzte.

Ketteler als genauer Beobachter der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen seiner Zeit hielt bereits im Juli 1869 (Bischofskonferenz in Fulda) die Gründung von Vereinen zur Beseitigung der wirtschaftlichen und physischen Not der Arbeiter für unerlässlich und ging damit über die rein religiösen Bestrebungen hinaus in den politischen Bereich. Kettelers Sorge galt der möglichen, vermehrten Abwendung der Arbeiter von der Kirche bzw. deren Hinwendung zum Sozialismus. Die Hilfe der Kirche sah er allerdings als unumgänglich notwendig an, weil die ‚Soziale Frage‘ unzertrennlich mit dem Lehr- und Hirten-

⁵⁷ KETTELER, Wilhelm Emmanuel, in: Sämtliche Werke und Briefe; Im Auftrag der Akademie der Wissenschaften und der Literatur. ISERLOH, Erwin, (Hg.) Abt. I. Bd.1 Schriften, Aufsätze und Reden 1848–1866, bearb. von ISERLOH, Erwin [u.a.] Mainz 1977;19; [in Folge: W.E. KETTELER, Schriften, Aufsätze und Reden 1848–1866].

⁵⁸ W.E. KETTELER, Ansprache anlässlich der Festfeier des Mainzer Gesellenvereins vom 19. November 1865 über die soziale Frage, in: W.E. KETTELER, Schriften, Aufsätze und Reden 1848–1866, 686.

⁵⁹ D. ZIEGLER, Industrielle Revolution, Ab 1842 gab es in Preußen Gesetze, die die Fürsorgepflicht regelten. Zuständig dafür waren die Dorfgemeinden, die Gutsherren und die Städte. Allerdings verlor man das Heimatrecht, wenn man drei Jahre von seiner Herkunftsgemeinde abwesend war und gewann es nach ebenso langer Dauer in der neuen Wohngemeinde. Um die Gemeinden vor den Zuzug der Armen möglichst zu schützen, wurden diese gezwungen, Arbeit anzunehmen; 45–46.

amt verbunden ist.⁶⁰ Kettelers Eintreten für die ‚Soziale Frage‘ stieß aber auf ein gewisses Unverständnis bei der älteren und hohen Geistlichkeit, da diese aus ihrem priesterlichen Amtsverständnis heraus sich ausschließlich als Seelsorger verstanden und deshalb spielte sich deren Kontakt mit der Bevölkerung eher nur auf der seelsorgerischen Ebene ab (Zelebrieren der Messe, der Erläuterung des Katechismus, dem Hören der Beichte und dem Spenden der Sakramente).

Ketteler wirkte durch sein Leben und durch seine Schriften als Vorbild und Impulsgeber für die Tätigkeit der ‚roten Kapläne‘, ‚Hetzkapläne‘ und der Sozialpolitiker; sehr deutlich nachweisbar ist dies vor allem bei Franz Hitze.

II.2.) Bewältigungsversuche

II.2.1.) Franz Brandts – ein katholischer Industrieller, Versuch einer christlich-paternalistischen Erziehung der Arbeiter

Im Schreiben des Julius Post⁶¹ an den preußischen Kultusminister Gustav Goßler vom März 1884 berichtete dieser von Besichtigungen in einigen Fabriken, die Wohlfahrtseinrichtungen in unterschiedlichem Ausmaß aufwiesen, wie z.B. Kranken-, Alters-, Pensions- und Unterstützungskassen, Suppenküchen, und vereinzelt auch Arbeiterwohnungen ihren Mitarbeitern zur Verfügung stellten.

⁶⁰ KETTELER, Wilhelm Emanuel, Fürsorge der Kirche für die Fabrikarbeiter vom 26. Juli 1869, in: Sämtliche Werke und Briefe; im Auftrag der Akademie der Wissenschaft und der Literatur, ISERLOH Erwin (Hg.) Abt. I, Bd. 2, Schriften, Aufsätze und Reden 1867–1870. bearb. von ISERLOH, Erwin [u.a.], Mainz 1978. 435; [*in Folge*: W.E. KETTELER, Schriften, Aufsätze und Reden 1867–1870].

⁶¹ POST, Julius, (1846–1910), Chemiker, seit 1884 Professor für technische Chemie bzw. gewerbliche Gesundheitslehre an der Technischen Hochschule in Hannover, in: HENNING, Hansjoachim/TENNSTEDT, Florian (Hg.) Quellensammlung zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik 1867–1914. Von der kaiserlichen Sozialbotschaft bis zu den Februarerlassen Wilhelms II. (1881–1890), II. Abteilung, Bd.1, Grundfragen der Sozialpolitik. Die Diskussion der Arbeiterfrage auf Regierungsseite und in der Öffentlichkeit gegr. von RASSOW, Peter und BORN, Karl Erich, im Auftrag der Historischen Kommission der Akademie der Wissenschaft und der Literatur, (bearb. von AYASS, Wolfgang/TENNSTEDT, Florian /WINTER, Heidi) Mainz 2003 165; [*in Folge*: H. HENNING/F. TENNSTEDT, Quellensammlung, Von der kaiserlichen Sozialbotschaft bis zu den Februarerlassen, II. Abteilung, Bd. 1].

Unter diesen Fabriken war auch die von Franz Brandts⁶² 1872 gegründete Weberei in Mönchengladbach.

1880 übernahm Brandts den Vorsitz in dem ‚Verband katholischer Industrieller und Arbeiterfreunde, Arbeiterwohl‘ in Mönchengladbach, ein Jahr später gab er die Zeitschrift ‚Arbeiterwohl‘ heraus.⁶³ Der Zweck des Verbandes wurde durch das Verbandsstatut von 19. Mai 1880 festgelegt. Dieses besagt:

„Ausgehend von der Ueberzeugung, daß eine wirksame Bekämpfung der mit der Großindustrie verbundenen vielfachen Uebelstände und der dadurch der bürgerlichen Gesellschaft drohenden Gefahren nur auf dem Boden des Christentums möglich ist, haben sich katholische Industrielle und Arbeiterfreunde Deutschlands zu einem Verbands vereinigt, um mit Ausschluß aller politischen Zwecke die Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes anzustreben.“[sic]⁶⁴

Ein Teil der deutschen Industriellen sah sich vor die Notwendigkeit gestellt, Maßnahmen sozialer Natur in ihren Betrieben für die Arbeiter zu setzen, um auch ihre Position zu bewahren.

Der Führungsstil Franz Brandts‘ zeichnete sich durch eine paternalistische Beziehung zwischen ihm und seinen Arbeitern aus, die er gleichsam als seine ‚erweiterte Familie‘ ansah. Dies zeigte sich in einer Reihe von Maßnahmen. So wurde z.B. 1881 in seinem Betrieb eine Fabrikordnung erlassen,⁶⁵ die unter

⁶² PATT, Helmut Josef, Art.: Brandts, Franz, Sozialpolitiker, kath. Unternehmer 1834–1914 erließ 1882 eine ‚Fabrikordnung‘ mit Arbeiterausschuss und Wohlfahrtseinrichtungen, Verbandsvorsitzender des ‚Arbeiterwohl‘, Gründungsmitglied des ‚Volkvereins für das kath. Deutschland‘ in: LThK³ 2, 633.

⁶³ Zeitschrift ‚Arbeiterwohl‘ URL:

http://www.bundesarchiv.de/foxpublic/151A29670A06221200000000E6CEA41A/frame.jsp?detail=findmittelinfo.html&oben=findmittelinfo_oben.html (Abfrage vom 15. Juni 2011).

⁶⁴ HITZE, Franz, Kapital und Arbeit und die Reorganisation der Gesellschaft, Nachwort zu der gleichnamigen Schrift (1921), in: GABRIEL, Karl/GROSSE KRACHT, Herman-Josef (Hg.) Franz Hitze (1851–1921) Sozialpolitik und Sozialreform „Beginnen wir einmal praktisch...“. Paderborn 2006; 165; [in Folge: F. HITZE, Kapital und Arbeit, Nachwort 1921, in: K. GABRIEL/H.J. GROSSE KRACHT, Hitze].

⁶⁵ BÖHNE, Marcus, Paternalistische Arbeiter-Fürsorge und beginnende Emanzipation. Franz Hitze und die Arbeiterbildung des Verbandes ‚Arbeiterwohl‘ in: K. GABRIEL/H.J. GROSSE KRACHT;

Kaplan Peter Norrenberg verfasste diese Fabrikordnung und benutzte für jene Punkte, die die Sittlichkeit betrafen, Vorlagen; nämlich die Thurgauer Fabrikordnung von 1815 und das Dänische Fabrikgesetz von 1873, 93. [in Folge: M. BÖHNE, Fürsorge und Emanzipation in: K. GABRIEL/H.J. GROSSE KRACHT, Hitze].

Autor unbekannt, Art.: NORRENBERG, Peter, 1847–1894, deutscher Priester, Historiker und Sozialpolitiker, URL: http://de.wikipedia.org/wiki/Peter_Norrenberg (Abfrage vom 29. Juli 2011).

Mitwirkung des Arbeitervorstandes (auch Ältestenkollegium genannt) zustande gekommen war. Sie stellte klare Regeln auf, die bei Nichteinhaltung im Wiederholungsfalle den Verlust des Arbeitsplatzes zur Folge hatten. Die §§ 4 und 5 derselben regelten nicht nur das Verhalten der Arbeiter und den Umgang der Geschlechter miteinander innerhalb der Fabrik, sondern auch außerhalb.⁶⁶

Es gab auch eine Reihe von verpflichtenden Mitgliedschaften, die erzieherische Funktionen hatten; so z.B. der Eintritt in den Sparverein, in den ein bestimmter Betrag des Lohnes einzuzahlen war – mit dem Ziel, das Schuldenmachen beim Kauf von Lebensmitteln zu vermeiden. Durch Großeinkäufe konnten Lebensmittel⁶⁷ zu günstigeren Preisen und von besserer Qualität für die Belegschaft erworben werden. Eine verpflichtende Rücklage von einem Teil des Lohnes bestand auch bei der Arbeiterkasse, um im Bedarfsfalle z.B. Darlehen gewähren zu können, wobei der Fabrikhaber von den Gesamtbeträgen einen 50%igen Zuschuss gab. Verpflichtend war auch der Besuch der Nähsschule für weibliche Jugendliche in der Dienstzeit.⁶⁸

Weitere Eingriffe in die Privatsphäre der Arbeitnehmer waren hinzunehmen. So wurde auf die Wahrung der elterlichen Autorität in der Fabrik Brandts' großen Wert gelegt. Beispielsweise wurden die Löhne verheirateter großjähriger Personen, die noch im elterlichen Hause wohnten, unter gewissen Umständen direkt an die Eltern ausbezahlt bzw. unverheiratete junge Leute, die gegen den

⁶⁶ D. ZIEGLER; Industrielle Revolution, Fabrikordnung der Fa. Brandts: „§ 4: Arbeiter, die sich innerhalb der Fabrik öffentlicher Verhöhnung der Religion oder der guten Sitten, oder grober unsittlicher Handlungen schuldig machen, oder im trunkenem Zustande betroffen oder der Veruntreuung überführt werden, oder Schlägerei veranlassen oder daran theilnehmen, werden sofort entlassen. Dieselben Vergehen, außerhalb der Fabrik begangen, sowie liederlicher Lebenswandel, leichtsinniges Schuldenmachen, wiederholte Trunkenheit ziehen Verwarnung oder, wenn diese fruchtlos erscheint, Kündigung nach sich.

Ungehorsam, Widersetzlichkeit gegen die Vorgesetzten der Fabrik, Unverträglichkeit mit den Mitarbeitern, böswilliges Verderben von Stoffen oder Maschinen, kann ebenfalls mit sofortiger Entlassung oder Kündigung bestraft werden. [...]

§ 5: Die weiblichen Arbeiter sollen während der Arbeit, soweit thunlich, von den Arbeitern männlichen Geschlechts getrennt sein. Ebenso ist denselben, während der freien Zeit jeder gegenseitige Verkehr untersagt. Zuwiderhandlungen, sowie jeder leichtsinnige, der christlichen Sitte widerstrebende Verkehr der jungen Leute beiderlei Geschlechts, auch außerhalb der Fabrik, ziehen Verwarnungen [...] und falls diese fruchtlos, Kündigung nach sich.“ [sic] 46.

⁶⁷ Dr. POST machte keinerlei Angaben um welche Art von Lebensmitteln es sich handelte. (die Verfasserin)

⁶⁸ H. HENNING/F. TENNSTEDT, Quellensammlung, II. Abteilung, 1. Bd., Von der kaiserlichen Sozialbotschaft bis zu den Februarerlassen, 175.

Willen der Eltern nicht in deren Wohnung lebten, entlassen. Dem Zeitgeist entsprechend wurde der Verbleib verheirateter Frauen in der Fabrik nicht geduldet⁶⁹, da der Mann für den Lebensunterhalt der Ehefrau aufzukommen hatte.

Eine spezielle und noch seltene Einrichtung war der Arbeitervorstand (auch Ältestenkollegium genannt),⁷⁰ dem Julius Post große Bedeutung beimaß. Diese Einrichtung sah sich bei auftretenden Schwierigkeiten als Vermittlungsorgan zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Der Arbeitervorstand bestand aus dem Vorstand der Arbeiter-, Kranken- und Familienkasse und wurde „durch das Vertrauen der Arbeiter berufen.“⁷¹ Zur Unterstützung des Arbeitervorstandes konnte dieser Vertrauensmänner aus den Abteilungen der Fabrik wählen. Der Arbeitervorstand und die Vertrauensmänner hatten dafür Sorge zu tragen, dass z.B. die Fabrikordnung und Sicherheitsvorschriften für die Arbeiter eingehalten bzw. überprüft, die Höhe der Löhne festgestellt, Entlassungen und Verwarnungen ausgesprochen, Übelständen behoben, Streit geschlichtet und Strafen verhängt wurden.⁷² Allerdings hatte Brandts doppeltes Stimmrecht und konnte Beschlüsse des Vorstandes verwerfen und andere Weisungen geben.

Dass sich die Installation des Arbeitervorstandes bzw. des Ältestenkollegiums und der Wohlfahrtseinrichtungen in den Fabriken auch für den Arbeitgeber rentierten, ließ sich aus Bemerkungen Brandts, anlässlich der II. Generalversammlung des Verbandes ‚Arbeiterwohl‘ vom 11. September 1882, die Julius Post zitierte, unschwer feststellen. Brandts sprach z.B. von einem geringeren Arbeiterwechsel und davon, dass sich dadurch der Stillstand der Maschinen verringere, ferner von der Zufriedenheit der Arbeiter, wodurch sich die Produktionsleistung erhöhe und auch davon, dass kein Arbeitermangel bestünde, da die Arbeitsplätze in seiner Firma begehrt wären. Die Kosten der Verwaltung seien

⁶⁹ H. HENNING/F. TENNSTEDT, Quellensammlung, II. Abteilung, 1. Bd., Von der kaiserlichen Sozialbotschaft bis zu den Februarerlassen, 174.

⁷⁰ Eine Arbeitervertretung (Ältestenkollegium) gab es bei den untersuchten Fabriken seit Mai 1884 nur noch in der Steingutfabrik Wächtersbach, in: H. HENNING/F. TENNSTADT, Quellensammlung, II. Abteilung, 1. Bd., Von der kaiserlichen Sozialbotschaft bis zu den Februarerlassen, 166.

⁷¹ H. HENNING/F. TENNSTEDT, Quellensammlung, II. Abteilung, 1. Bd., Von der kaiserlichen Sozialbotschaft bis zu den Februarerlassen, 176.

⁷² H. HENNING/F. TENNSTEDT, Quellensammlung, II. Abteilung, 1. Bd., Von der kaiserlichen Sozialbotschaft bis zu den Februarerlassen, 176–181.

vernachlässigbar gegenüber dem, was bei „guten Einrichtungen geleistet werde.“⁷³ Nicht zuletzt brachte der gute Ruf der Arbeiter der Firma Brandts – sie galten als Elite – auch einen Prestigegewinn für die Firma.

Mit dem Arbeitervorstand wurde aber auch ein kleiner Schritt in Richtung Mitsprache der Arbeiter am betrieblichen Geschehen und damit einer vorsichtig beginnenden Selbständigkeit der Arbeiter vollzogen, was allerdings ein Umdenken und einen Lernprozess des Arbeitgebers erforderte.

Zweifellos nahm der Arbeitervorstand/Ältestenkollegium dem Fabrikherrn manche Schwierigkeiten und Lasten ab und stand vorwiegend dem Arbeitgeber zu Diensten. Dennoch schien Brandts ein ehrliches Interesse an seinen Arbeitern gehabt zu haben. Einblicke in die Wesensart Brandts bot Alphons Thun,⁷⁴ der Brandts als Arbeitgeber in höchsten Tönen lobte.⁷⁵ Da Brandts mit seiner Familie im Sommer im St. Josefs-Haus wohnte,⁷⁶ kannte er seine Arbeiter. Er feierte mit ihnen nicht nur gemeinsam die Feste, sondern er machte sich auch Notizen über die einzelner Arbeiterfamilien und wusste über deren Lebensumstände Bescheid. Brandts Großzügigkeit zeigte sich, indem er Geldbeträge für die Aussteuer bei Hausstandgründungen gab, ferner bei den Darlehenszuschüssen und den Zuwendungen an Bedürftige, die er „im Geheimen“ den Betroffenen zukommen ließ.⁷⁷ Erholung und Zerstreuung boten sowohl der Garten des St. Josefs-Hauses als auch die Veranstaltungen in den Sälen des Hauses, die von den Arbeitern in der Freizeit benutzt werden konnten.

⁷³ H. HENNING/F. TENNSTEDT, Quellensammlung, II. Abteilung, 1. Bd., Von der kaiserlichen Sozialbotschaft bis zu den Februarerlassen, 169.

⁷⁴ THUN, Alphons Peter Martin, 1853–1885, Professor für Nationalökonomie in Basel und Strassburg, URL: http://de.wikipedia.org/wiki/Alphons_Thun (Abfrage vom 20. November 2010).

⁷⁵ THUN, Alphons, Die Sozialpolitik des deutschen Katholismus in: SCHMOLLER, Gustav, (Hg.) Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich. Des „Jahrbuchs für Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege des Deutschen Reiches“ Neue Folge. Sechster Jahrgang, Leipzig 1882; [*in Folge*: A. THUN, in: Schmoller, Sozialpolitik]. Thun sagte über ihn: „Dieser Mann ist mir am Niederrhein als Ideal eines Fabrikanten erschienen, mit allen Vorzügen in geschäftlicher und allen Tugenden in sozialpolitischer Beziehung. Glücklicher als Geschäftsmann, gerecht und wohlthätig als Arbeitgeber, ein ganzer Mann aus einem Guß, der seinen intensiven katholischen Glauben auch in seinen Werken bekundet [*sic*]“ 47.

⁷⁶ St. Josefs-Haus, Die obere Etage benutzte die Familie Brandts im Sommer als Wohnhaus, in der unteren Etage befanden sich die Küche und die Wirtschaftsräume, in: H. HENNING/F. TENNSTEDT, Quellensammlung, II. Abteilung, 1. Bd., Von der kaiserlichen Sozialbotschaft bis zu den Februarerlassen, 173.

⁷⁷ H. HENNING/F. TENNSTEDT, Quellensammlung, II. Abteilung, 1. Bd., Von der kaiserlichen Sozialbotschaft bis zu den Februarerlassen, 180.

Um das Bildungsmanko der Arbeiter zu verringern, wurden bei ‚Arbeiterwohl‘ Vorträge, Unterrichtskurse und Volksbildungsabende abgehalten. Damit sollten die Arbeiter befähigt werden, an der Hebung des Arbeiterstandes mitarbeiten zu können.⁷⁸

Ab 1905 kam es sowohl zu einer Änderung des Verbandsnamens in ‚Arbeiterwohl. Verband für soziale Kultur und Wohlfahrtspflege‘ als auch zu einer Statutenänderung. Der § 1 sagte nun Folgendes:

„Der Verband erstrebt die Förderung der geistigen und wirtschaftlichen Kultur und des sozialen Fortschritts in unserem Volke auf dem Boden des Christentums. Er wendet sich besonders an die gebildeten und die Besitzenden, um sie über die einschlägigen Fragen zu orientieren und zur Mitarbeit an deren Lösung anzuregen. Getreu seine Tradition wird er sich insbesondere der Förderung der religiösen, sittlichen und materiellen Interessen des Arbeiterstandes angelegen sein lassen.“*[sic]*⁷⁹

Gleich blieb im neuen Statut die Präferenz der Förderung des Arbeiterstandes in sittlicher, religiöser und materieller Hinsicht. Die Aufforderung des Verbandes zur Mitarbeit der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Elite stellte eine Erweiterung des Personenkreises dar und zeigte deutlich, wie gering das Interesse der Wirtschaftstreibenden an der Lösung der ‚Sozialen Frage‘ trotz der starken Zunahme der Sozialdemokratie um die Jahrhundertwende war.⁸⁰

Bei einer Gegenüberstellung der bürgerlichen Welt des Franz Brandts und jener der Arbeiter trat ganz deutlich die Differenz zutage. Zwei Welten prallten aufeinander: die Welt der Arbeiter und jener der bürgerlichen Gesellschaft, die ihre Normen und Werte auf die Arbeiterwelt zu übertragen versuchten. Normen, die den Arbeitern aber fremd waren. Zweifellos war die Art der Betriebsführung paternalistisch, aber das Fabrikmodell so wie Brandts es in seiner Fabrik hand-

⁷⁸ M. BÖHNE, Fürsorge und Emanzipation, in: K. GABRIEL/H.J. GROSSE KRACHT, Hitze, 102.

⁷⁹ F. HITZE, Kapital und Arbeit, Nachwort 1921, in: K. GABRIEL/H.J. GROSSE KRACHT, Hitze, 165.

⁸⁰ Autor unbekannt, Art.: Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Die Sozialdemokratie verfügte 1881 rd. über 6% der Stimmen im Reichsrat, 1903 bereits über 31%.

URL: http://de.wikipedia.org/wiki/Sozialdemokratische_Partei_Deutschlands, (Abfrage vom 4. August 2011).

habte, leistete mit seinen strengen Vorschriften Erziehungsarbeit in deren Genuss die Arbeiter vorher nicht gekommen waren und Brandts hatte, wie aus dem folgenden Zitat zu entnehmen war, Erfolg.

„Es ist nun äußerst interessant, wie diese Arbeiter sich allmählich in die gegen die bisherige Umgebung ihnen völlig neue hineinleben; anfangs vielleicht mit Widerstreben, vielleicht recht oft anstoßend, wie die älteren Arbeiter Geduld und Nachsicht mit ihnen haben, wie sie sich aber nach und nach verstehen lernen und allmählich aus bisher unverträglichen, nachlässigen, leichtsinnigen und launigen solide, gute Arbeiter werden.“^[sic]⁸¹

Brandts bot, unter Wahrung seiner eigenen Interessen, Hilfe zur Selbsthilfe an und gab damit den Arbeitern die Möglichkeit und die Hoffnung sich selbst allmählich aus ihrer tristen Situation nachhaltig befreien zu können.

II.2.2.) auf der Bewusstseinssebene

II.2.2.1.) Übergangsphase zwischen Standes- und Klassenbewusstsein

Der Stand

Stände waren Bevölkerungsgruppen, die sich im Mittelalter herausgebildet hatten und sich dadurch kennzeichneten, dass sie stilbildend, spezifisch hierarchisch organisiert, spezielle Regeln und ein spezielles Bewusstsein entwickelt hatten, die mit gewissen, nicht austauschbaren Pflichten verbunden waren. Typisch für eine Standesperson war der ganz bestimmte Platz, den sie in der sozialen Ordnung einnahm.

Der Hintergrund für die Vorbestimmtheit des Platzes war der hierarchische Horizont. Das griechische Wort ‚*arche*‘ war die Wurzel für den Begriff ‚Hierarchie/hierarchisch‘ und bedeutet (göttlicher) Urgrund. Gott wurde als Instanz gesehen, der die Ordnung in die Welt gesetzt hatte.⁸²

⁸¹ Bericht des Hannoveraner Professors für Gewerbliche Gesundheitslehre Dr. Julius Post an den preußischen Kultusminister Dr. Gustav Goßler, in: H. HENNING/F. TENNSTEDT, Quellensammlung, II. Abteilung, 1. Bd., Von der kaiserlichen Sozialbotschaft bis zu den Februarerlassen, 178.

⁸² HOLD, Hermann, PV 2009.

War ehemals die gesellschaftliche Stellung der Eltern, verbunden mit dem Grundeigentum, ausschlaggebend für die Zugehörigkeit zu einem bestimmten Stand, so änderte sich im Vormärz dieses Verständnis insofern, als laut Ernst Hanisch eine „größere Berücksichtigung des Prinzips der Gleichheit“ erfolgte.⁸³ Dies bedeutete, dass die Vorstellung von Gott als Instanz der weltlichen Ordnung wegfiel. Nach 1848 wurde durch das Erstarken des Bürgertums und der Bauern „der Schwerpunkt von den Geburts- zu den Berufsständen verlegt.“⁸⁴

Die Arbeiter verstanden sich anfangs durchaus als Stand und wurden von der Kirche auch so gesehen. Die Konturen zwischen ‚Stand‘ und dem neuen Begriff der ‚Klasse‘ waren äußerst unscharf und sehr oft wurden beide Begriffe in austauschbarer Weise verwendet.

Die Klasse

Das Lexikon des Sozialismus definiert den Begriff ‚Klasse‘ folgendermaßen:

„Als wissenschaftliche Kategorie zur Darstellung der in einer Gesellschaft hervorstechenden Strukturen sozialer Ungleichheit, ihrer Erscheinungsformen, ökonomischen Bedingungen und politischen Wirkungen ist der Begriff der "K" bereits vor Marx entwickelt (so etwa bei Lorenz von Stein); erst bei Marx erhält er aber den Rang des zentralen analytischen Ansatzes für die Erklärung und Interpretation der gesellschaftshistorischen Entwicklung und Auseinandersetzung.“⁸⁵

Zentral bei dem Begriff ‚Klasse‘: Es werden äußere Kriterien an diese Gruppe herangetragen.⁸⁶

Wie unterschiedlich die Verwendung der Begriffe ‚Stand und Klasse‘ gewesen war, soll anhand einiger Beispiele dargestellt werden. So unterschied der deutsche Historiker und Staatswissenschaftler Karl Heinrich Ludwig Pölitz⁸⁷ in den

⁸³ HANISCH, Ernst, Konservatives und revolutionäres Denken. Deutsche Sozialkatholiken und Sozialisten im 19. Jahrhundert, Wien 1975; 215 [*in Folge*: E. HANISCH, Denken].

⁸⁴ E. HANISCH, Denken, 216.

⁸⁵ KLÖNNE, Arno, Art.: Klasse, in: Lexikon des Sozialismus, MEYER, Thomas [u.a.] (Hg.) Köln 1986; 302–304.

⁸⁶ HOLD, Hermann, PV 2010.

⁸⁷ FRIEDRICH, Manfred, Art.: Pölitz, Karl Heinrich Ludwig, (1772–1838), URL: <http://www.deutsche-biographie.de/sfz96514.html> (Abfrage vom 7. August 2011).

30er-Jahren des 19. Jahrhunderts zwei Vertretungssysteme, nämlich „eines nach den Eigentumsformen und nach eines nach den Hauptberufsarten, die er sowohl als Klassen wie auch als Stände bezeichnet(e)“. Heinrich Rau setzte als Nationalökonom ‚Klasse‘ mit ‚Stand‘ meist gleich. So bezeichnete er in seiner Schrift für encyclopädische Vorlesungen von 1823 die Arbeiter, Kapitalisten, Grundeigner und Unternehmer als Stände, um sie kurz darauf als die vier Volksklassen zu charakterisieren.⁸⁸ Ferdinand Lassalle sprach vom ‚Arbeiterstand‘⁸⁹ und Karl Marx teilte die Gesellschaft in zwei Klassen, nämlich in jene, die von ihrem Arbeitslohn lebten, und jene, die über die Produktionsmittel/Kapital verfügten. Der Standesbegriff wurde zum untergehenden, der Klassenbegriff zum aufgehenden Begriff.

Während bei der Klasse eine horizontale ‚Gleichwertigkeit‘⁹⁰ gegeben war, hielt die hierarchisch strukturierte Kirche vorerst am Standesdenken fest.

1864 verwendete Ketteler z.B. in seiner Schrift ‚Die Arbeiterfrage und das Christentum‘ fast ausschließlich die Bezeichnung ‚Arbeiterstand‘ und wich von dieser Bezeichnung nur einige wenige Male mit Bezug auf die liberale Partei, die Arbeiterbildungsvereine und auf die in England getroffene Einteilung der Arbeiter in drei Klassen ab. Wie schwer sich die Kirche mit dem Begriff ‚Klasse‘ tat, zeigte sich zunächst in dem Artikel 15 der Enzyklika *Rerum novarum* Leos XIII. vom 15. Mai 1891. Dort wurde von den besitzenden und unvermögenden arbeitenden Klassen gesprochen, während im Artikel 17 von den Besitzlosen als ‚Stand‘ die Rede war. Der Artikel 36 sprach wieder von Klassen und führte aus, dass die Arbeitgeber und Arbeiter selbst „zu einer gedeihlichen Lösung der Frage durch Maßnahmen und Einrichtungen mitwirken, die den Notstand möglichst heben und die eine Klasse der andern näher bringen helfen“ sollte, was ebenfalls zur Klärung der Begriffe ‚Stand‘ und ‚Klasse‘ im kirchlichen Bereich nicht hilfreich war.⁹¹

⁸⁸ WALTHER, Rudolf, Art.: Stand, Klasse, in: O.BRUNNER/ W.CONZE/R.KOSELLECK, *Geschichtliche Grundbegriffe*. Bd. 6, 259–260.

⁸⁹ LASSALLE, Ferdinand, *Reden und Schriften, Geist und Gesellschaft, Texte zum Studium der sozialen Entwicklung*, KLENNER, Fritz/POGATS, Erich (Hg.) Wien 1964, 43.

⁹⁰ E. HANISCH, *Denken*, 216.

⁹¹ *Rerum novarum*, URL: <http://www.uibk.ac.at/theo/leseraum/texte/320.html?print=1> (Abfrage vom 1. Dezember 2008).

II.2.2.2.) Nation und Volk

Der vorstaatliche Begriff Nation lat. ‚natio‘ bedeutet sowohl Geburt als auch Gattung, Klasse und Sippschaft. Mit Nation wird eine soziale Großgruppe bezeichnet, die an einem gemeinsamen, nicht fassbaren Ursprung (arche) gebunden ist. Qualitäten wie Sprache, Abstammung, Kultur, Rechts- und Gesellschaftsordnung und Geschichte stellen Merkmale der Nation dar. Diese Gleichheit der Merkmale weisen alle Angehörigen einer Nation auf, auch Personen, die einander persönlich nicht kennen.⁹² ‚Nation‘ wurde als vorstaatlicher, ‚Volk‘ als politischer Begriff verstanden.⁹³

Im 19. Jahrhundert gewann der Gedanke eines Nationalstaates in Europa stark an Boden; es bildeten sich die Nationalstaaten und damit verbunden das Nationalbewusstsein. Darunter versteht man die Bevorzugung der eigenen Nation durch Vergleich mit anderen Nationen aufgrund der eigenen Qualitäten und Maximen, allerdings ohne diese in Bezug auf andere Nationen absolut zu setzen. Der Nationalstaatsgedanke war für die Einigung verschiedenen europäischer Länder von großer Bedeutung; so z.B. auch für die Einigung Deutschlands 1871.⁹⁴

Im Mittelalter war der Begriff ‚Volk‘ auf das Engste mit der Zugehörigkeit zum Herrscher verbunden. Die Zusage der Gefolgschaft (z.B. Kriegsdienst), die dem Herrscher durch Ablegung eines Eides zu leisten war, bedeutete für den Freien Schutz und Zusicherung des Lebensunterhalts.⁹⁵ Das Gefolgschaftswesen war im germanischen Raum die Basis für das Lehnswesen, welches in der Folge seit dem Mittelalter immer mehr an Bedeutung verlor, obwohl das Heilige Römische Reich von seiner Verfassung her bis 1803 ein Lehnsstaat blieb.

⁹² HOLD, Hermann, PV 2009.

⁹³ KOSSELLECK, Reinhart, Art.: Volk und Nation, in: O.BRUNNER/ W.CONZE/R.KOSSELLECK, Geschichtliche Grundbegriffe. Bd. 7, 382.

⁹⁴ Art.: Nation, in: FACHREDAKTIONEN, Schülerduden, Die Geschichte, 285-286.

⁹⁵ HOLD, Hermann, PV 2009.

II.2.3.) im Bereich des gesellschaftlich-genossenschaftlichen Handelns

II.2.3.1.) Politische Sammelbecken - Vereine

Unter dem Begriff ‚Verein‘ versteht man einen freiwilligen Zusammenschluss von Personen zu einer Interessengemeinschaft.⁹⁶

Der Entstehung der ersten christlichen Vereine ging 1837 das sogenannte ‚Kölner Ereignis, die Verhaftung des Kölner Erzbischofs Clemens August Droste zu Vischering, voraus. Dies bildete den Höhepunkt in dem schon länger andauernden Konflikt zwischen der katholischen Kirche und dem Preußischen Staat, indem die katholische Kirche bei gemischt konfessionellen Ehen für die Kinder eine katholische Erziehung vorsah.⁹⁷ Die Katholiken pochten auf die ihnen zugesagte Gleichheit der Konfessionen und schlossen sich enger zusammen; noch im gleichen Jahr kam es zur Gründung des ‚Klemensvereins‘.

1848 erfolgte die Gründung des ersten ‚Piusvereins‘ („Zum Schutz der religiösen Freiheit und zur Förderung des kirchlichen Lebens“) durch Domkapitular Adam Franz Lenning in Mainz. Ziel war die „Wohlfahrtspflege und die religiöse Hebung.“⁹⁸

Die Anzahl der Piusvereine nahm rasch zu, denn die katholische Kirche sah nach der Revolution von 1848 die Möglichkeit, sich von staatskirchlichen Verflechtungen zum Teil zu lösen. Es wurde eine engere Bindung mit Rom eingegangen und die neu erworbene Freiheit zur Bildung von Vereinen genutzt.

Ab der Mitte des 19. Jahrhundert setzte die christlich-soziale Bewegung (ChSB) ein.⁹⁹ Unter dem Titel „Die Arbeiterbewegung und ihr Streben im Verhältnis zu Religion und Sittlichkeit“ vom 25. Juli 1869 erhob der Mainzer Bischof Ketteler in seiner Rede auf der Liebfrauenheide in der Nähe von Offenbach massive

⁹⁶ HOLD, Hermann, PV 2010.

⁹⁷ Art.: Kölner Wirren/Kölner Ereignis, in: FACHREDAKTIONEN, Schülerduden, Die Geschichte 228.

⁹⁸ BUDDE, Heiner, Man nannte sie „rote Kapläne“, Priester an der Seite der Arbeiter, Skizzen zur christlichen Sozialtradition, Kevelaer – Köln 1989, 48; [*in Folge*: H: BUDDE, ‚rote Kapläne‘].

⁹⁹ STEGMANN, Franz Josef, Art.: II. Christlich-soziale Bewegung – katholisch: „Die katholische, Christlich-soziale Bewegung (ChSB) beruht auf der Einsicht, dass chr. Heilauftrag u. gesellschaftl. Engagement zu unterscheiden sind, aber doch eine klare Zuordnung besteht. Sie umfasst daher alle „Bestrebungen, die aus dem Glauben erwachsende Verantwortung für die Gesellschaft“ (A. Rauscher) in die Wirklichkeit umzusetzen“ [*sic*], in: LThK³ 1,1160/1161.

Forderungen. Forderungen, die neben der Vermittlung christlicher Werte die wesentlichen Zielsetzungen der Arbeitervereine ausmachen sollten, wie z.B. Lohnerhöhungen, die den wahren Wert der Arbeit entsprechen sollten, Arbeitszeitverkürzung, Ruhetage, Arbeitsverbot für schulpflichtige Kinder, Frauen und Mädchen in den Fabriken.¹⁰⁰ Auch regte er die Gründung von Vereinen an.¹⁰¹ nachdem er bereits 1865 Hilfe vom Staat bei der Lösung der ‚Sozialen Frage‘, aber auch die Mitarbeit der Arbeiter eingefordert hatte.¹⁰²

Gegen Ende der 60er-Jahre entstanden die ersten christlichen Arbeitervereine, deren Bestreben darin bestand, das soziale Elend der Arbeiter zu lindern, deren Wechsel zur Sozialdemokratie hintanzuhalten sowie die Bildung und die Geselligkeit im kirchlichen Ambiente zu fördern.

Die sich in den 80er-Jahren bildenden katholischen Arbeitervereine unterschieden sich stark von den christlich-sozialen Vereinen der Zeit vor und während des Kulturkampfes, da nun nur noch katholische Fabrikarbeiter – und nicht wie ehemals auch protestantische und bürgerliche Mitglieder – aufgenommen wurden, d.h. es waren rein konfessionelle Vereine.

Obwohl die Struktur der Vereine genossenschaftlich jene der Kirche aber hierarchisch war und daher Vereine von ihrem Wesen her nicht Sache der Kirche waren,¹⁰³ bemühte sich die Kirche, die Arbeiter in Form der Arbeitervereine an sich zu binden. Alles ist zu fördern, „was irgendwie der Lage der Arbeiterschaft nützen kann“, wurde in der Enzyklika ‚Rerum novarum‘ 27 von 1891 erklärt, katholische Arbeitervereine gewünscht und die alte Forderung, die seinerzeit schon Ketteler erhoben hatte, bezüglich der Staatshilfe eingefordert.¹⁰⁴

In der Folge schlossen sich die katholischen Arbeitervereine zu Dachverbänden zusammen, die ein Gegengewicht zu den freien Gewerkschaften, der Sozialdemokratie und dem Liberalismus bilden sollten.

¹⁰⁰ W.E. KETTELER, Die Arbeiterbewegung und ihr Streben im Verhältnis zu Religion und Sittlichkeit, in: Schriften, Aufsätze und Reden 1867–1870, 412–423.

¹⁰¹ W.E. KETTELER, Fürsorge der Kirche für die Fabrikarbeiter, in: Aufsätze und Reden 1867–1870, 439.

¹⁰² W.E. KETTELER, Festfeier des Mainzer Gesellenvereins, in: Schriften, Aufsätze und Reden 1848–1866, 685.

¹⁰³ HOLD, Hermann, PV 2010.

¹⁰⁴ A. ANZENBACHER, Christliche Sozialethik, 139.

Eine spezielle Form von Vereinen stellten die ‚Kolpingvereine‘ dar, nämlich eine Kombination von Verein und paternalistischem System. Aus der Idee des Meisters Thiel und der des Lehrers Gregor Breuer,¹⁰⁵ die erstmals um die Mitte des 19. Jahrhunderts in Elberfeld¹⁰⁶ einen Gesellenverein gegründet hatten, entwickelte sich unter der Führung von Adolf Kolping die Organisation der ‚Katholischen Gesellenvereine‘,¹⁰⁷ die schnell wuchs. Ausdrücklich festzuhalten ist aber, dass diese Gesellenvereine nur für Handwerker und nicht für die Fabrikarbeiter bestimmt waren.

II.2.3.1.1.) ‚Volkverein für das katholische Deutschland‘

Der am 24. Oktober 1890 in Mainz von dem Unternehmer Franz Brandts als Vorsitzenden, dem Zentrumspolitiker Ludwig Windthorst,¹⁰⁸ Franz Hitze als Schriftführer, August Reichensperger¹⁰⁹ und Hermann von Mallinckrodt¹¹⁰ gegründete Volkverein war als Massenverein angelegt und hatte den Sitz zunächst in Mainz, später in Mönchengladbach. Der Volkverein war ein privater, ohne jede Mitwirkung vonseiten der Kirche entstandener Verein, später aber kirchlich empfohlen: Dies bedeutete, dass die kirchliche Behörde nur das allgemeine Aufsichtsrecht in rein religiösen Angelegenheiten hatte, sonst aber über keinerlei Rechte verfügte.¹¹¹ Der Verein unterstand einem zentralen Vorstand, war in ganz Deutschland verbreitet, vornehmlich aber im Raum der Diözesen Münster, Paderborn und Köln.

¹⁰⁵ Autor unbekannt, Art.: Breuer, Johann Gregor, 1821–1897, katholischer Sozialpädagoge, Hauptlehrer der katholischen Mädchenschule in Elberfeld, in der Biografie von Kolping erwähnt, URL: http://www.deutsche-biographie.de/register_sfz42279.html (Abfrage vom 6. November 2010).

¹⁰⁶ Elberfeld, heute: Stadtteil von Wuppertal.

¹⁰⁷ H. BUDDE, ‚rote‘ Kapläne, 48–51.

¹⁰⁸ MORSEY, Rudolf, Art.: Windthorst, Ludwig, 1812–1891 Mitglied des Reichstags und des Preuß. Abgeordnetenhauses. Nach 1871 Führer des Zentrums, Oppositionsführer, Vorkämpfer und Führer des polit. Katholizismus, schärfster Kritiker der preuß. Kulturkampfgesetzgebung, in: LThK³ 10, 1226–1227.

¹⁰⁹ HÜRTEIN, Heinz, Art.: Reichersperger, August 1808–1895, Jurist und Politiker, in: LThK³ 8, 985.

¹¹⁰ ASCHOFF, Hans-Georg, Art.: Mallinckrodt, Hermann, kath. Parlamentarier, Mitglied des Abgeordnetenhauses und Reichstagsabgeordneter, in: LThK³ 6, 1250.

¹¹¹ KLEIN, Gotthard, Der Volkverein für das katholische Deutschland 1890–1933, Geschichte, Bedeutung, Untergang, in: Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B, Forschungen, Bd. 75, Paderborn (u.a.) 1996, 47–52; [*in Folge*: G. KLEIN, Volkverein].

In dem Gründungsaufwurf des Vorstandes vom November des gleichen Jahres, der auch schon das Ziel des Vereines festlegte, hieß es:

„Schwere Irrtümer und bedenkliche Umsturzpläne treten überall in Erscheinung; die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung ist in ihrer Grundlage bedroht. Die Sozialdemokratie ist es vor allem, welche diese Irrlehren nicht nur verbreiten, sondern auch praktisch ins Leben ausführen will ... Es ist darum dringend geboten, dem anrückenden Feinde mit vereinter und organisierter Kraft furchtlos entgegen zu treten.“¹¹²

Die Mitgliedschaft im Volksverein war zunächst jedem unbescholtenen, männlichen, großjährigen, katholischen Deutschen gegen einen geringen Jahresbeitrag möglich; ab 1908 auch den Frauen.

Man orientierte sich an der Enzyklika *Rerum novarum* und hielt die Bildungs- und Schulungsarbeit, neben dem Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung, des Verbots der Fabrikarbeit verheirateter Frauen und die Anhebung der Reallöhne, für die wesentlichen Ziele. Es bestand eine enge Zusammenarbeit zwischen dem Volksverein und der deutschen Zentrumspartei.

Der Volksverein war bestrebt, jungen Geistlichen oder auch Laien Studien zu ermöglichen, um qualifizierte Führungskräfte heranzubilden. Einer dieser Führungskräfte war der spätere Arbeitsminister Dr. Heinrich Brauns, der für die Zentrumspartei tätig war.

Der Erste Weltkrieg minimierte die Mitglieder um rund ein Drittel, doch konnte der Mitgliederschwund danach wieder ausgeglichen werden. Ab 1922 musste ein ständiger Mitgliederrückgang ebenso hingenommen werden wie der Verlust des Einflusses auf die kath. Jugendverbände. Auch in der Erwachsenenbildung, früher ein Schwerpunkt des Vereins, war der Volksverein nicht mehr unangefochten, denn die Bildungsarbeit verlagerte sich immer mehr zu den katholischen Arbeitervereinen und den Christlichen Gewerkschaften. Der Volksverein wurde ins Abseits gedrängt und immer mehr isoliert.¹¹³

¹¹² Zitiert in: HERMANS, Baldur H.A. Das Problem der Sozialpolitik und Sozialreform auf den deutschen Katholikentagen von 1848 bis 1891, Ein Beitrag zur Geschichte der katholisch-sozialen Bewegung, Bonn 1972, 420; [*in Folge*: B.H.A. HERMANS, Katholikentage].

¹¹³ G. KLEIN, Volksverein, 413.

Die schwierige finanzielle Lage und der immer stärker werdende Nationalsozialismus führten letztlich im Juli 1933 zur Auflösung. Nach dem Zweiten Weltkrieg gab es zwar Versuche katholischer Politiker, den Volksverein wieder zu beleben, allerdings ohne Erfolg.¹¹⁴

II.2.3.1.2.) Politische Parteien

Ab der Mitte des 19. Jahrhunderts verfestigten sich die politischen Strömungen, sodass ab 1861 die Gründungsphase der politischen Parteien einsetzte. 1861 kam es zur Gründung der ‚Deutschen Fortschrittspartei‘ (Liberale) und 1863 zu jener des ‚Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins‘ in Leipzig unter der Führung Ferdinand Lassalles.¹¹⁵ In Eisenach gründeten August Bebel und Wilhelm Liebknecht 1869 die ‚Sozialdemokratische Arbeiterpartei‘¹¹⁶ und 1870 schlossen sich katholische Gruppierungen zur Zentrumsparterie zusammen.¹¹⁷ 1876 kam es zur Gründung der ‚Deutschkonservativen Partei‘, die sich aus unterschiedlichen konservativen Gruppierungen zusammensetzte.¹¹⁸

II.2.3.1.3.) Gewerkschaften

Unter Gewerkschaften versteht man Interessenorganisationen von Arbeitnehmern zur Förderung ihrer Arbeits- und Lohnbedingungen.¹¹⁹ Gewerkschaften sind politische Kampforganisationen.

Die Bezeichnung ‚Gewerkschaft‘ leitete sich von dem Gewerke, der mittelalterlichen Bergwerksgenossenschaft, ab. Eine gewisse Parallelität ließ sich – mit al-

¹¹⁴ G. KLEIN, Volksverein, 417.

¹¹⁵ FETSCHER, Iring, Art.: Lassalle (Namensänderung 1846) Ferdinand, 1825–1864, Theoretiker und Organisator der deutschen Arbeiterbewegung, in: NDB 13, 661–669.

¹¹⁶ GALL, Lothar, Europa auf dem Weg in die Moderne 1850–1890, München 2004, Anhang Zeittafel, 305–307.

¹¹⁷ JEDIN, Hubert (Hg.) Handbuch der Kirchengeschichte, Bd.6, Die Kirche in der Gegenwart, 2.Halbband, Die Kirche zwischen Anpassung und Widerstand (1878 bis 1914), AUBERT, Roger u.a. Sonderausgabe, Freiburg in Breisgau 1973/1985, 30; [in Folge: HKG(J), Kirche zwischen Anpassung und Widerstand].

¹¹⁸ Autor unbekannt, Art.: Deutschkonservative Partei
URL:<http://www.dhm.de/lemo/html/kaiserreich/innenpolitik/dkp/index.html>
(Abfrage vom 10. November 2011).

¹¹⁹ Art.: Gewerkschaften in: FACHREDAKTIONEN, Schülerduden, Die Geschichte, 168.

len Einschränkungen – bezüglich der Lebens- und Arbeitsumstände der Knappen des 15. Jahrhunderts und jenen der Fabrikarbeiter des 19. Jahrhunderts feststellen. Beide Bevölkerungsgruppen waren anzahlmäßig groß, waren lebenslang lohnabhängig, ohne jemals eine reale Aussicht zu haben, selbständig werden zu können. Die sich im 15. Jahrhundert ausbildenden Knappen-Bruderschaften hatten den Zweck, durch regelmäßige Einzahlungen in die Bruderladen bei Notfällen (Arbeitslosigkeit, Naturkatastrophen, Witwen- und Waisenversorgung etc.) in der Lage zu sein, finanzielle Hilfe den Mitgliedern bzw. deren Angehörigen gewähren zu können. Die Aufgaben der Bruderschaften beschränkten sich allerdings nicht nur darauf, sondern gingen darüber hinaus, da sie auch die Interessen der Knappen gegenüber dem Grubenbesitzer vertraten, z.B. bei Lohnverhandlungen.¹²⁰

Im Zuge der industriellen Entwicklung des 19. Jahrhunderts kämpften die Gewerkschaften für bessere Arbeitsbedingungen, wobei sie ihre Forderung nicht nur an die Arbeitgeber, sondern auch an den Staat richteten.

Die Gründung einer christlichen Gewerkschaft 1894 wurde als sinnvoll erachtet, um in der Gewerkschaftsbewegung Präsenz zu zeigen, da die freien (sozialistischen) Gewerkschaften stark zunahmen; wohl aber auch wegen der politischen und religiösen Überzeugung der christlichen Arbeiter, deren Glaube einen Beitritt zu den sozialistischen Organisationen verunmöglichte.

Die christlichen Gewerkschaften sahen sich als Ergänzung und nicht als Konkurrenz zu den bestehenden katholischen Arbeitervereinen. Wie Müller nachwies, waren die christlichen Gewerkschaften zahlenmäßig an Mitgliedern jenen der Sozialdemokratie weit unterlegen, da diese schon jahrzehntelang aktiv gewesen waren.¹²¹

¹²⁰ BRUCKMÜLLER, Ernst, Sozialgeschichte Österreichs, Wien – München 1985;164–166.

¹²¹ MÜLLER, Otto, Die christliche Gewerkschaftsbewegung Deutschlands mit besonderer Berücksichtigung der Bergarbeiter- und Textilarbeiter-Organisationen, in: FUCHS, Carl Johannes (u.a.) (Hg.) Volkswirtschaftliche Abhandlungen der Badischen Hochschulen VIII. Bd., 1. Ergänzungsband Karlsruhe 1905, 246; [in Folge: O. MÜLLER, christliche Gewerkschaftsbewegung].

Unter August Brusts¹²² Führung entstand im Ruhrgebiet 1894 der ‚Gewerkverein christlicher Bergarbeiter‘, andere christliche Gewerkschaften in verschiedenen Sparten folgten. Dem vorhergegangen waren die Bestrebungen Ferdinand Lassalles, der über das Wahlrecht die politische Herrschaft für die Arbeiter eringen und Produktionsassoziationen gründen wollte, welche die Arbeiter zu selbständigen Unternehmern machen sollten; ferner das Wirken von Hermann Schulze-Delitzsch,¹²³ einem Liberalen, der gleichfalls die genossenschaftliche Idee vertrat, aber auf die ausschließliche Selbsthilfe der vornehmlich gewerblichen Stände (kleine Handwerker, Kaufleute, Landwirte) bestand.

Zwischen den katholischen Arbeitervereinen und den christlichen Gewerkschaften kam es um die Jahrhundertwende zu erheblichen Schwierigkeiten. Es entwickelte sich ein Streit bezüglich der Frage, ob es katholischen Arbeitern gestattet sei, auch in Gewerkschaften einzutreten (Gewerkschaftsstreit). Zwei Richtungen standen einander gegenüber: Die eine, die „Berliner-Richtung“, vertrat die Auffassung, dass eine derartige gewerkschaftliche Organisation gleich den katholischen Arbeitervereinen der Kirche zu unterstellen sei und wollte Fachabteilungen¹²⁴ in den Arbeitervereinen einrichten; die andere Richtung, die auch die Mehrzahl des Episkopats hinter sich hatte und vom Volksverein unterstützt wurde, trat für christliche Gewerkschaften ein.¹²⁵ Erst in der Enzyklika ‚Singulari quadem‘ vom 24. September 1912 regelte Pius IX. den Gewerkschaftsstreit. Die Enzyklika besagte im Wesentlichen, dass unter Einhaltung geeigneter Vorsichtsmaßregeln es Katholiken gestattet war, sich gemischten Vereinigungen anzuschließen und es den Bischöfen anheimgestellt wurde, dies zu dulden.

¹²² GREBING, Helga, Art.: Brust, August, 1862–1924, Gewerkschaftsführer, in: NDB¹ 2, 690–691.

¹²³ ALDENHOFF-HÜBINGER, Rita, Art.: Schulze-Delitzsch (bis 1848 Schulze), Franz Hermann, 1808–1883, Politiker, Sozialreformer, Genossenschaftsgründer, in: NDB³ 23, 731–732.

¹²⁴ Fachabteilungen – Zitat: „Sie vereinigen ausschließlich Arbeiter desselben Gewerbes und sind die ersten Vereinigungen innerhalb der christl. Arbeiterschaft, denen mit einem Rechte der Name einer gewerkschaftlichen Organisation beigelegt werden kann. Sie unterscheiden sich aber von den späteren christl. Gewerkvereinen wesentlich dadurch, daß ihre Mitgliedschaft an die Zugehörigkeit zu den betreffenden konfessionellen Vereinen gebunden war oder wenigstens tatsächlich auf die kath. Vereine sich beschränkte.“[sic] in: O. MÜLLER, christliche Gewerkschaftsbewegung, 17.

¹²⁵ Art.: Gewerkschaftsstreit, in: DENZLER, Georg/ANDRESEN, Carl, Wörterbuch Kirchengeschichte, aktualisierte Lizenzausgabe Wiesbaden 2004; 241.

Die Gewerkschaften wurden in der Folge interkonfessionell, parteipolitisch unabhängig und nicht mehr von Geistlichen geführt und beeinflusst; 1933 von den Nationalsozialisten aufgelöst und 1945 wieder gegründet.

II.3.) Die ‚roten Kapläne‘, ‚Hetzkapläne‘ und der kirchliche Sozialpolitiker in ihrer Beziehung zu Staat und kirchlicher Obrigkeit

II.3.1.) In einer Phase der Parteienbildung: Franz Peter Eduard Cronenberg – die Leitfigur der christlich-sozialen Bewegung in Aachen

Cronenberg Franz Peter Eduard (manchmal Franz Peter oder auch nur Eduard) wurde 1836 in Düren, im Regierungsbezirk Köln in Nordrhein-Westfalen geboren, studierte Theologie in Bonn und wurde im Jahre 1864¹²⁶ in Köln zum Priester geweiht. 1868 war er Rektor einer höheren Schule von Lindlar,¹²⁷ von wo er nach Aachen, St. Adalbert, als Kaplan versetzt wurde. 1869 gründete er den ‚Arbeiterverein zum hl. Paulus für Aachen und Burtscheid‘¹²⁸ und stand diesem als Präses vor. Bereits 1870 erfolgte die Herausgabe des Vereinsorgans die ‚Christlich-sozialen Stimmen‘, die sich ausschließlich der Arbeiterfrage widmeten.¹²⁹ Ein Jahr später wurde, unabhängig vom Verein, eine „Baugesellschaft zum hl. Paulus, eingetragene Genossenschaft“ zur Errichtung von Arbeiterwohnungen gegründet¹³⁰ und in der Folge auch Bauplätze außerhalb der Stadt erworben. Es erfolgte die Gründung einer selbstständigen Arbei-

¹²⁶ LEPPER, Herbert, Kaplan Franz Eduard Cronenberg und die christlich-soziale Bewegung in Aachen 1868–1878, in: POLL, Bernhard (Hg.) Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins im Auftrage des Wissenschaftlichen Ausschusses, Bd.79, Jahrgang 1968, Aachen 1968, 63; [*in Folge*: H. LEPPER in: Aachener Geschichtsvereins, Cronenberg].

¹²⁷ Lindlar liegt in Nordrhein-Westfalen, 30 km östlich von Köln.

¹²⁸ CRONENBERG, Franz Peter Eduard, in: HENNING, Hansjoachim/TENNSTEDT, Florian (Hg.) Quellensammlung zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik 1967 bis 1914. Von der Reichsgründung bis zur kaiserlichen Sozialbotschaft (1867–1881), Grundfragen der Sozialpolitik in der öffentlichen Diskussion; Kirchen, Parteien, Vereine und Verbände, I. Abteilung, 8.Bd. begr. von RASSOW, Peter und BORN, Karl Erich, im Auftrag der Historischen Kommission der Akademie der Wissenschaft und der Literatur, (bearb. von STREMMEL, Ralf/TENNSTEDT, Florian/FLECKENSTEIN, Gisela unter Mitarbeit von PETERLE, Margit/RUST-SCHMÖLE, Gisela, Mainz 2006, 474–477; [*in Folge*: H. HENNING/F. TENNSTEDT, Quellensammlung, I. Abteilung, 8. Bd. Von der Reichsgründungszeit bis zur kaiserlichen Sozialbotschaft].

¹²⁹ H. LEPPER in: Aachener Geschichtsverein, Cronenberg, 68.

¹³⁰ H. LEPPER in: Aachener Geschichtsverein, Cronenberg, 72.

terpartei.¹³¹ 1874 gab Cronenberg wegen des neuen Pressegesetzes das christlich-soziale Volksblatt mit dem Namen ‚Paulus‘¹³² heraus und ließ sich als Vertreter der katholischen Arbeiter für die Wahl zum Reichstag bzw. bei der Ersatzwahl 1875 aufstellen, konnte sich aber gegenüber dem Zentrums kandidaten nicht behaupten.¹³³ 1878 wurde er wegen Betrugs und widernatürlicher Unzucht vom Zuchtpolizeigericht zunächst zu einer einjährigen und dann durch die Berufungsinstanz 1879 zu einer zweijährigen Gefängnisstrafe verurteilt, die er sogleich antrat.¹³⁴ Die bürgerlichen Ehrenrechte wurden ihm für die Dauer von fünf Jahren aberkannt.¹³⁵ Nach Verbüßung seiner Haftstrafe wurde er zunächst Volksschriftsteller und ab 1887, nach seiner Wiedereinsetzung in das geistliche Amt, Pfarrvikar von Schiefbahn.¹³⁶ 1894 wurde er, 58-jährig, Rektor an der Kapelle zu Vorst, Pfarre Büttgen,¹³⁷ wo er 1897 auch verstarb.

Franz Peter Eduard Cronenberg war einer der jungen Kapläne, die sich nachhaltig mit den im Elend lebenden Arbeitern auseinandersetzten. Über Cronenbergs geistige Entwicklung bzw. über die von ihm verfolgten Theorien oder über jene Persönlichkeiten, die ihn nachhaltig prägend geformt hatten, konnte nichts in Erfahrung gebracht werden.¹³⁸ Allerdings bot Thun eine Charakteristik von

¹³¹ THUN, Alphons, Die Industrie am Niederrhein und ihre Arbeiter, 1. Teil, in: Staats- und socialwissenschaftliche Forschungen, A. THUN, in: Schmoller, Gustav (Hg.) Industrie, Bd. 2, 2. Heft, Leipzig 1879, 206; Thun gibt keine Jahreszahl an (die Verfasserin), [in Folge: A. THUN, in: G. Schmoller, Industrie].

¹³² H. LEPPER in: Aachener Geschichtsverein, Cronenberg, 69.

¹³³ HIEPEL, Claudia, Arbeiterkatholizismus an der Ruhr, August Brust und der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter, Dissertation, Stuttgart 1999, 27; [in Folge: C. HIEPEL, Arbeiterkatholizismus].

¹³⁴ A. THUN, in: G. Schmoller, Industrie, 210–211.

¹³⁵ Das Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich (1876) vom 26. Februar 1876 führte unter dem § 34 Folgendes an:

„§ 34 Die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte bewirkt ferner die Unfähigkeit, während der im Urtheile bestimmten Zeit 1.) die Landeskarte zu tragen; 2.) in das Deutsche Heer oder in die Kaiserliche Marine einzutreten; 3.) öffentliche Ämter, Würden, Titel, Orden und Ehrenzeichen zu erlangen, 4.) in öffentlichen Angelegenheiten zu stimmen, zu wählen oder gewählt zu werden oder andere politische Rechte auszuüben; 5. Zeuge bei Aufnahmen von Urkunden zu sein; 6. Vormund, Nebenvormund, Kurator, gerichtlicher Beistand oder Mitglied eines Familienraths zu sein, es sei denn, daß es sich um Verwandte absteigender Linie handele und die obervormundschaftliche Behörde oder der Familienrath die Genehmigung ertheile“ [sic].

URL: [http://de.wikisource.org/wiki/Strafgesetzbuch_für_das_Deutsche_Reich_\(1876\)](http://de.wikisource.org/wiki/Strafgesetzbuch_für_das_Deutsche_Reich_(1876)) (Abfrage vom 14. September 2010).

¹³⁶ Schiefbahn ist ein Stadtteil der Stadt Willich, Nordrhein-Westfalen

¹³⁷ H. LEPPER in: Aachener Geschichtsverein, Cronenberg, 148. Büttgen ist ein Stadtteil der Stadt Kaarst im Niederrheingebiet.

¹³⁸ H. LEPPER in: Aachener Geschichtsverein, Cronenberg, 63.

Cronenberg an, in dem er ihn als Mann von „Begabung und höhere(r) Bildung, Energie und volksthümliche(r) Beredtsamkeit, Ehrgeiz, Schlauheit und rücksichtslose(r) Verfolgung seiner Zwecke dazu berufen, der Führer der ersten selbständigen Arbeiterbewegung in Aachen zu werden“ [sic]¹³⁹ beschrieb. Die Vielfältigkeit seiner Projekte und deren Realisierung in relativ kurzer Zeit scheinen Thun recht zu geben.

Zwei Orientierungen wiesen die christlich-sozialen Arbeitervereine in Aachen¹⁴⁰ nach 1860 auf. Die eine Gruppe der Vereine, deren Gründung in die Zeit von 1860 bis 1865 fiel, sah sich als Vertretung der katholischen Standesvereine mit dem Ziel einer „Fortbildung der Mitglieder in religiöser, sittlicher und beruflicher Beziehung“,¹⁴¹ die andere, die in der Zeit von 1868 bis 1871 gegründet wurde, sah ihr Ziel in der sozialen Hebung des Arbeiterstandes. Zur letzteren Gruppe gehörte auch der ‚Arbeiterverein zum hl. Paulus für Aachen undurtscheid‘ (kurz ‚Paulusverein‘ genannt), der in der Folge für Aachen sehr einflussreich und auch politisch sehr bedeutsam wurde.¹⁴²

Der ‚Paulusverein‘, der ursprünglich nur für jugendliche männliche Fabrikarbeiter vorgesehen war¹⁴³ und 1869 bereits 1.000 Jugendliche zählte, erfuhr 1870 einen Umbau, wofür Cronenberg aber keinerlei Gründe angab.¹⁴⁴ Mitglied konnte nun „jeder unbescholtene Mann werden, der das 18. Lebensjahr erreicht hat(te)“, ohne irgendeine Einschränkung¹⁴⁵.

Der Verein hatte zwei Komponenten: Einerseits war er christlich-sozial und andererseits politisch-gewerkschaftlich ausgerichtet, d.h. er fand seine Orientierung in einer „religiösen, demokratischen, sozialen und humanitären“¹⁴⁶ Grund-

¹³⁹ A. THUN, in: G. Schmoller, Industrie, 201.

¹⁴⁰ A. THUN, in: G. Schmoller, Industrie, 199, Aachen undurtscheid waren fast rein katholische Industriestädte.

¹⁴¹ H. LEPPER in: Aachener Geschichtsverein, Cronenberg, 61.

¹⁴² H. LEPPER in: Aachener Geschichtsverein, Cronenberg, 62.

¹⁴³ H. LEPPER in: Aachener Geschichtsverein, Cronenberg, 66.

¹⁴⁴ H. HENNING/F. TENNSTEDT, Quellensammlung, I. Abteilung, 8. Bd. Von der Reichsgründungszeit bis zur kaiserlichen Sozialbotschaft, 474.

¹⁴⁵ ERDMANN, August, Die Christliche Arbeiterbewegung in Deutschland, Stuttgart 1908, 95 [*in Folge*: A. Erdmann; Christliche Arbeiterbewegung].

¹⁴⁶ H. LEPPER in: Aachener Geschichtsverein, Cronenberg, 65.

haltung und versuchte der Arbeiterfrage in Aachen selbstverantwortlich einer Lösung zuzuführen bzw. an einer solchen zu arbeiten.

Was der ‚Paulusverein‘ erreichen wollte und wie er strukturiert war, legten die Statuten des Vereins fest.

Der Verein nahm sich vor

„§ 1 die soziale Hebung des Arbeiterstandes mit gesetzmäßigen Mitteln zu erstreben.

§ 2 Als besondere Mittel zur Erreichung dieses Zweckes werden empfohlen:

a) Pflege einer echt christlichen Gemeinschaft unter den Arbeitern durch regelmäßig stattfindende Versammlungen, gemeinsame Erholungen und freundschaftlichen und hilfsreichen Verkehr im bürgerlichen Leben;

b) Ausbildung des Geistes und Beförderung der Wissenschaft des christlichen Sozialismus durch Vorträge, Fortbildungsunterricht und Verbreitung guter Schriften;

c) praktische Tätigkeit auf dem sozialen Gebiet zur Beratung und zum Schutze der Arbeiter und zur Verbesserung ihrer sozialen Lage.“

Der § 16 setzte sich mit der Zusammensetzung des sozialistischen Komitees und u.a. mit dessen Aufgaben auseinander. Seine Aufgabe war u.a.

"b) die Agitation für die Beförderung der sozialen Aufgaben des Vereins ins Werk zu setzen, zu leiten und zu überwachen und etwaige zu diesem Zweck erforderliche Volksversammlung einzuberufen;

c) bei Gelegenheit von öffentlichen Wahlen das Interesse der Partei der christlichen Sozialisten zu wahren und die zur Agitation erforderlichen Maßnahmen zu treffen.“¹⁴⁷

Der § 1 der Statuten des ‚Paulusvereins‘ sah ausdrücklich eine gewünschte ‚Hebung des Arbeiterstandes‘ und nicht eine ‚Fortbildung‘ vor. Während man bei dem Begriff ‚Fortbildung‘ die zukünftige Entwicklung der Gruppe nicht festlegen kann und daher auch die Möglichkeit in Erwägung ziehen muss, dass sich

¹⁴⁷ ERDMANN, August, Christliche Arbeiterbewegung, Statuten des Paulusvereins, auszugsweise wiedergegeben 95–96.

die Gruppe auflöst oder völlig andere Wege beschreitet als geplant, bleibt bei der ‚Hebung‘ die Gruppe kompakt und soll durch Wissenserweiterung auf eine höhere Stufe gehoben werden.¹⁴⁸

Neben dem § 7, der die Struktur des Vereins und verwaltungstechnische Belange festlegte, traf der § 10 Aussagen bezüglich der Leitung des Vereins (Präses, Senioren und Ordner), indem in den §§ 12 und 13 die Amtsdauer für den Präses mit drei Jahren für die Senioren mit zwei Jahren festsetzte. Präses und Senioren wurden durch die Generalversammlung gewählt und zwar mit absoluter Mehrheit.

Mit der Möglichkeit, die Führungsschicht in einer Generalversammlung auf Zeit wählen zu können, übernahm der Paulusverein mit Cronenberg an der Spitze nicht die hierarchische Struktur der Kirche, sondern war auf Gleichheit bedacht.

Im Vereinshaus, dem sogenannten Paulushaus – erbaut unter Zuhilfenahme von Krediten und von den Beiträgen der Mitglieder der Baugenossenschaft¹⁴⁹ – waren drei kleine Säle und ein großer Saal untergebracht. Letzterer bot Platz für die Aktivitäten des Vereins, für den Chor, für den Dilettantenbund (Schauspieler) und für geselliges Zusammensein, um das Gemeinschafts- und Selbstwertgefühl der Arbeiter zu stärken. Die Intentionen Cronenbergs lagen in dem Bestreben, die Arbeiter an einem gepflegten, sauberen Ort zu sammeln, ihnen Erziehung angeeignet zu lassen und sie zu bilden, fernab von Schnapsbuden oder ausschweifenden Etablissements. Laut Aussage Cronenbergs gelang ihm dies.¹⁵⁰

Wie zu vermuten war, wurde bei der Namensgebung des Vereins ganz bewusst der Name des Apostels Paulus gewählt, um einen Hinweis auf die spezielle Art des Vereins zu geben, der über den üblichen seelsorgerischen Rahmen (belehrende Vorträge, Momente der Unterhaltung und Erholung) hinausgehen und auch politisch aktiv werden wollte. Eine Bestätigung für diese Vermutung und

¹⁴⁸ HOLD, Hermann, PV 2010.

¹⁴⁹ H. LEPPER in: Aachener Geschichtsverein, Cronenberg, 72.

¹⁵⁰ H. HENNING/F. TENNSTEDT, Quellensammlung, I. Abteilung, 8. Bd. Von der Reichsgründungszeit bis zur kaiserlichen Sozialbotschaft, 475.

für Cronenbergs eigene Sicht als Lehrer und Führer in der Nachfolge des Apostel Paulus wies die erste Nummer des ‚Paulus‘ vom 5. Juli 1874 auf.¹⁵¹

Die damals um 1870 herrschenden Parteien waren entweder kurz nach ihrer Gründung oder hatten an der Arbeiterfrage kein Interesse, wie z.B. die Liberalen. Die Konservativen blieben in der Tradition verhaftet und die 1870 gegründete Zentrumspartei nahm die ‚Soziale Frage‘ vorerst in ihrer Dringlichkeit nicht wahr, da auch sie mit ihrer Konsolidierung beschäftigt war. Denn die Katholiken waren keine homogene Bevölkerungsgruppe, sondern in ihr vereinigten sich durchaus unterschiedliche Interessensgruppen (z.B. der katholische Adel war teilweise konservativ, der eine Teil des Bürgertums war liberal, der andere schloss sich der Zentrumspartei an), sodass es schwierig war, diese Gruppierungen in einer Partei zu vereinen, was aber schlussendlich gelang. Durch den einsetzenden Kulturkampf verfestigte sich das Bündnis zwischen Partei und Kirche.

Das Programm der Zentrumspartei stellte zwar einige Forderungen auf, blieb aber eher im Allgemeinen, was Erdmann der Zusammensetzung der Partei zuschrieb.¹⁵²

¹⁵¹ H. LEPPER in: Aachener Geschichtsverein, Cronenberg, Paulus Nr. 1, Christlich-soziales Volksblatt vom 5. Juli 1874 Zitat: „Der Apostel Paulus ist sowohl für die Arbeiter selbst, als auch für diejenigen, welche ihre Thätigkeit dem Interesse des Arbeiterstandes widmen, ein weiser Lehrer und herrlicher Führer. Er belehrt uns über die Nothwendigkeit und Würde der Arbeit. Er geht in der Arbeit selbst mit eigenem Beispiele voran, nicht bloß in der apostolischen Lehrthätigkeit, sondern auch in der materiellen Arbeit, die er übte, um das zu verdienen, was er für seines Lebens Nothdurft brauchte, damit er Niemanden lästig werde“ [sic] 69.

¹⁵² A. ERDMANN, Christliche Arbeiterbewegung, Das Programm der Zentrumsfraktion des Reichstags vom März 1871 enthielt folgende Forderungen: „1. Der Grundcharakter des Reiches als eines Bundesstaats soll gewahrt, demgemäß den Bestrebungen, die auf eine Änderung des föderativen Charakters der Reichsverfassung abzielen, entgegengewirkt und von der Selbstbestimmung und Selbstthätigkeit der einzelnen Staaten in allen inneren Angelegenheiten nicht mehr geopfert werden, als das Interesse des Ganzen es unabweislich fordert. 2. Das moralische und materielle Wohl aller Volksklassen ist nach Kräften zu fördern; für die bürgerliche und religiöse Freiheit aller Angehörigen des Reiches ist die verfassungsmäßige Feststellung von Garantien zu erstreben und insbesondere das Recht der Religionsgemeinschaften gegen Eingriffe der Gesetzgebung zu schützen. 3. Die Fraktion verhandelt und beschließt nach diesen Grundsätzen über alle in dem Reichstag zur Beratung kommenden Gegenstände, ohne daß übrigens den einzelnen Mitgliedern der Fraktion verwehrt wäre, ihre Stimme im Reichstage, abweichend von dem Fraktionsbeschlusse abzugeben“ [sic].

Erdmann merkte allerdings an; „In Wirklichkeit hat das Zentrum deshalb kein wirkliches Programm, weil die Verschiedenheit der im Zentrum vereinigten Interessen ein solches Programm mit klaren Grundsätzen und bestimmten Forderungen gar nicht zuläßt.“ [sic] 129–131.

Die Diktatur des Proletariats lehnte Cronenberg ab, da er meinte, dass „allen Klassen gleichmäßig ihr Recht zuteil werde(n)“ müsse.¹⁵³ Dieser Hinweis mag als Beleg dafür dienen, dass sich Cronenberg – ähnlich wie Franz Hitze – mit den Schriften Karl Marx/Friedrich Engels auseinandergesetzt hatte. Als Führer der Aachener Arbeiter vertrat Cronenberg deren Interessen gegenüber dem liberal und klerikal eingestellten Bürgertum.¹⁵⁴

Dem Übertritt der Arbeiter in das sozialistische Lager traten Cronenberg und Laaf¹⁵⁵ 1870 energisch entgegen, indem sie vehement gegen die Sozialdemokratie und deren Anhänger auftraten.¹⁵⁶ In zeitgenössischen Berichten war zu lesen, dass es dem Paulusverein mit Cronenberg an der Spitze in der Folge nicht nur geglückt war, die Auflösung des sozialistischen Vereins zu erreichen,¹⁵⁷ sondern darüber hinaus die Mitglieder desselben in dem Paulusverein einzugliedern.¹⁵⁸

Cronenbergs Tun stieß bei der herrschenden Bevölkerungsschicht auf wenig Verständnis, ja auf Ablehnung. Bei den für November 1870 angesetzten preußischen Landtagswahlen, bei denen Cronenberg versuchte, den christlichen Arbeitern eine politische Stimme zu geben, sah er die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit den Klerikalen in Aachen (Zentrumspartei), was sich aber als Fehleinschätzung erwies: Denn als nach der Wahl die sozialen Wahlversprechen nicht eingehalten wurden, kam es zwar zu keinem offenen Bruch

¹⁵³ NAUJOKS, Eberhard, Die katholische Arbeiterbewegung und der Sozialismus in den ersten Jahren des Bismarckschen Reiches, Dissertation, Neue Deutsche Forschungen, Abteilung Neuere Geschichte, Bd. 6, STADELMANN, Rudolf, (Hg.) Berlin 1939, 102; [*in Folge*: E. NAUJOKS, katholische Arbeiterbewegung].

¹⁵⁴ E. NAUJOKS, katholische Arbeiterbewegung, 107–108.

¹⁵⁵ LAAF, Johannes, 1840–1906 Priesterweihe 1866, bis 1871 Vizepräsident des Aachener Paulusvereins, 1872–1887 Kaplan in St. Johann in Essen und Präsident des Christlichen Arbeitervereins, Kandidat 1877 bei der Reichstagswahl in Aachen aufseiten der Christlich-Sozialen gegen den offiziellen Kandidaten des Zentrums, 1887 – 1889 Vikar in Würselen, 1889–1891 Vikar in Elsdorf; 1891–1900 Rektor in Etzweiler; 1900 Pfarrer in Berg; 1900 Pfarrer in Angeldorf in: BACHEM-REHM, Michaela, Die katholischen Arbeitervereine im Ruhrgebiet 1870–1914, Katholisches Arbeitermilieu zwischen Tradition und Emanzipation, Dissertation, Stuttgart 2004, 61; [*in Folge*: M. BACHEM-REHM, katholische Arbeitervereine].

¹⁵⁶ A. THUN, in: G. SCHMOLLER, Industrie, 202.

¹⁵⁷ CRONENBERG, Franz Peter Eduard, Schreiben an Reichskanzler Otto Bismarck vom 28. September 1874, in: H. HENNING/F. TENNSTEDT, Quellensammlung, I. Abteilung, 8. Bd. Von der Reichsgründungszeit bis zur kaiserlichen Sozialbotschaft, 474–475.

¹⁵⁸ KLESER, Johann Baptist, (1850–1901), Redakteur in Köln, Schreiben an Ludwig Aegidi vom 15. Februar. 1875, in: H. HENNING/F. TENNSTEDT, Quellensammlung, I. Abteilung, 8. Bd. Von der Reichsgründungszeit bis zur kaiserlichen Sozialbotschaft, 495.

mit der Zentrumspartei, aber zu Unstimmigkeiten, da die Aachener Arbeiter einen Vertreter aus ihren Reihen, einen sozial denkenden Katholiken, in den Reichstag entsenden wollten.¹⁵⁹

Cronenberg wurde durch seine Aktivitäten in Aachen rasch bekannt und Alphons Thun meinte hierzu: „Dieser Mann war eine Macht, welche selbst der Erzbischof von Köln respektieren musste.“¹⁶⁰

Während bis 1870 Cronenberg und seine Partei vorerst unbeanstandet blieben, trat ab 1871 eine Änderung ein. Ab diesem Jahr gingen Denunziationen gegen Cronenberg beim Kölner Erzbischof Paulus Melchers¹⁶¹ ein. Man warf Cronenberg zunächst seine manchmal derben Äußerungen vor, kritisierte seine demokratisch gefärbten Ansprachen, die zu wenig die christlichen Prinzipien beachteten und Hoffnungen in den Arbeitern erweckten, die unerfüllbar waren. Der Kölner Weihbischof Baudri¹⁶² hielt die Anschuldigungen, die gegen Cronenberg vorgebracht wurden, für wahr und beauftragte den Stadtdechanten De Rath, Cronenberg eine Abmahnung zu erteilen, mit der ihm im Wiederholungsfall eine Versetzung angedroht wurde. Cronenberg bestritt die Anschuldigung und bot eine Untersuchung an, da er meinte, dass diese „auf Entstellung und falscher Anklage“ beruhe.¹⁶³

Mit dem Beginn des Kulturkampfes 1871 setzte für die katholische Kirche, speziell in Preußen, eine schwierige Zeit ein. Es kam zu einer Reihe massiver Beschränkungen, was den heftigen Widerstand des Zentrums und der katholischen Kirche hervorrief. Man versuchte, sich gegen den Anspruch des Staates auf die alleinige Gewalt im kulturpolitischen Bereich zu wehren.

1871 war aber auch das Gründungsjahr der Baugenossenschaft, die Cronenberg unabhängig vom ‚Paulusverein‘ errichtete, um günstige und gesunde Wohnungen für die Arbeiter bauen zu können. Damit ging Cronenberg neuerlich

¹⁵⁹ E. NAUJOKS, katholische Arbeiterbewegung, 108.

¹⁶⁰ A. THUN, in: G. Schmoller, Industrie, 202.

¹⁶¹ GATZ, Erwin, Art.: Melchers, Paul, 1813–1895, Bischof von Osnabrück, Erzbischof von Köln, Kardinal, 1876 amtsenthoben in: LThK³ 7, 79.

¹⁶² Autor unbekannt, Art.: Baudri, Johann Anton Friedrich, 1804–1893, Weihbischof von Köln, URL: <http://amtspresse.staatsbibliothek-berlin.de/kurzkliste.php>, (Abfrage vom 21. August 2010).

¹⁶³ H. LEPPER in: Aachener Geschichtsverein, Cronenberg, 72–73.

über die seelsorgerische Tätigkeit hinaus und begab sich in den für ihn weit weniger vertrauten wirtschaftlichen Bereich.

Dass die Tätigkeit Cronenbergs bzw. des Vereins in der Zeit des Kulturkampfes in seiner strengen Form sowohl von Kirche und Staat beobachtet wurde, war verständlich. Denn laut Aussage des Sozialdemokraten Erdmann war der Paulusverein nicht nur der bedeutendste und stärkste Arbeiterverein der christlich-sozialen Bewegung der damaligen Zeit,¹⁶⁴ sondern die Entstehung der starken Arbeitervereine im Raum Aachen gingen auf den „ehrlich anzuerkennenden Eifer der Kapläne Cronenberg, Litzinger und Laaf“ zurück.¹⁶⁵ Zweifellos übte der Verein eine gewisse Vorbildfunktion und damit auch Einfluss auf die anderen Arbeitervereine aus.

Die Spannungen zwischen der Zentrumsparlei und der Arbeiterparlei Cronenbergs nahmen wegen der Untätigkeit des Zentrums bezüglich der ‚Sozialen Frage‘ und des Fehlens eines Sozialprogramms ab 1871 zu; die Masse der Arbeiter hingegen wandte sich immer stärker vom Bürgertum ab.¹⁶⁶

Im nächsten Jahr wurde der Paulusverein erneut auffällig, denn er ergriff im ‚Eupener Fabrikstreit‘ Partei für die Arbeiter.¹⁶⁷ Cronenberg verfasste eine Protestnote bezüglich des Verhaltens der Fabrikherren in Eupen¹⁶⁸ gegenüber ihren Arbeitern. Er rief die Arbeiter zur Besonnenheit auf und unterstützte jene, die durch Aussperrung betroffen waren, mit Geldzuwendungen.¹⁶⁹

Angriffe gegen Cronenberg und gegen Mitglieder des Paulusvereins folgten. Eine Beschwerde der Aachener Regierung beim Erzbischöflichen Generalvikariat bewirkte, dass sich Cronenberg beim Aachener Stadtdechanten De Rath neuerlich verantworten musste und abgemahnt wurde. Die Anzeige beim Landgericht gegen Cronenberg, Laaf und andere Mitglieder des ‚Paulusvereins‘

¹⁶⁴ A. ERDMANN, Christliche Arbeiterbewegung, 95.

¹⁶⁵ A. ERDMANN, Christliche Arbeiterbewegung, 119–120.

¹⁶⁶ E. NAUJOKS, katholische Arbeiterbewegung, 108.

¹⁶⁷ Eupener Fabrikstreit – Die Weber der Fa. P.J. Fremerey stellten im Mai 1872 die Arbeit ein, weil ihre Lohnforderungen nicht erfüllt wurden. Im Gegenzug drohten die Eupener Tuchfabrikanten, ab 1. Juni keine Arbeit mehr zu vergeben und 14 Tage später die Arbeit einzustellen, solange nicht mind. 50 Weber bei oben genannter Firma beschäftigt seien, H. LEPPER in: Aachener Geschichtsverein, Cronenberg 73.

¹⁶⁸ Eupen ist eine Stadt in Belgien, 16 km von Aachen entfernt.

¹⁶⁹ A. THUN, in: G. Schmoller, Industrie, 202.

sowie gegen die Arbeiterführer von Eupen wegen Gefährdung des öffentlichen Friedens und Anstiftung zu Gewalttätigkeiten wurde zwar eingebracht, die Beteiligten auch vernommen, das Verfahren aber letztlich eingestellt.¹⁷⁰

Das Jahr 1873 brachte mit den ersten beiden Maigesetzen (z.B. Vorschriften bezüglich der Priesterausbildung, der königliche Gerichtshof bestimmte über kirchliche Angelegenheiten, unbeugsame Bischöfe konnten von diesem Gericht abgesetzt werden) eine weitere Verschärfung der angespannten Lage. Im gleichen Jahr brachte der Klerus der Erzdiözese Köln dem Erzbischof Melchers seine Ergebenheit dadurch zum Ausdruck, indem er im Voraus alle Maßnahmen desselben goutierte (Ergebenheitsadresse). Cronenberg und Dr. Litzinger¹⁷¹ unterschrieben dieses Papier neben anderen Geistlichen nicht,¹⁷² was zur Folge hatte, dass ein erstes Abrücken Cronenbergs und seiner Leute von der örtlichen klerikalen Leitung erfolgte.¹⁷³

Da die Inaktivität der Zentrumspartei bezüglich der Arbeiterproblematik weiter anhielt, berief Cronenberg für den Dezember 1873 den ersten Kongress der christlichen Arbeiter des Rheinlands und Westfalens in das Paulushaus ein, da die bisherigen Zusammenkünfte der Katholiken, inklusive des sich in Elberfeld befindlichen Zentralkomitees, sich wohl mit der christlichen Caritas beschäftigten, die anstehenden Probleme aber unbeachtet ließen; deshalb erschien ein selbständiges Handeln der christlich-sozialen Arbeitervereine zweckdienlich.

Es wurden viele Absichtserklärungen abgegeben, z.B. bezüglich der Armenpflege, der Errichtung von Baugenossenschaften und Einrichtung von Bildungsvereinen, der Beschaffung von billigen Lebensmitteln etc. und der Beschluss gefasst, die Parteiunabhängigkeit beizubehalten. Daneben wurden Forderungen des örtlichen Aachener Komitees, d.h. Cronenbergs, wie sie schon von

¹⁷⁰ H. LEPPER in: Aachener Geschichtsverein, Cronenberg, 75–76.

¹⁷¹ LITZINGER, Hermann Joseph, Doktor der Theologie, 1839–1895, seit 1871 Kaplan in Aachen, seit 1872 Vizopräsident des Paulusvereines, wird von Alphons Thun als radikaler und kühner Denker und an Bildung Cronenberg überlegen beschrieben, siehe A. THUN, in: G. Schmoller, *Industrie*, 206.

¹⁷² Bestätigt durch das Schreiben des Johann Baptist KLESER, an Ludwig Aegidi vom 14. Februar 1875, in: H. HENNING/F. TENNSTEDT, *Quellensammlung*, I. Abteilung, 8. Bd. Von der Reichsgründungszeit bis zur kaiserlichen Sozialbotschaft, 495.

¹⁷³ A. THUN, in: G. Schmoller, *Industrie*, 202.

Ketteler in seiner Ansprache vom 25. Juli 1869 auf der Liebfrauenheide gestellt worden waren, neuerlich erhoben.¹⁷⁴ Auch die alte Forderung Kettelers nach Produktivgenossenschaften¹⁷⁵ wurde erneut gestellt und auf Vorschlag des Komitees der Arbeiterklasse auf die Einführung des allgemeinen, direkten und geheimen Wahlrechts gepocht.¹⁷⁶

Die Uneinigkeit der Aachener Katholiken trat bei den Wahlen zum preußischen Landtag 1873 offen zutage. Die Mitglieder des ‚Paulusvereins‘ hatten bei der Urwahl für die von der ‚Constantia‘¹⁷⁷ aufgestellten Wahlmänner geworben und diese auch gewählt. Eine mit 2.000 Unterschriften versehene Eingabe des ‚Paulusvereins‘ an die ‚Constantia‘ wollte erreichen, dass einer der drei Kandidaten Cronenberg sein sollte, um die Anliegen der Arbeiter vertreten zu können. Sein Programm (Inhalt unbekannt) und die Eingabe des Paulusvereins wurden nicht beachtet, die Kandidatur Cronenbergs nicht erwähnt und drei Zentrums-kandidaten vorgestellt.¹⁷⁸

Cronenberg, zu einem Kompromiss bereit, machte den Vorschlag den drei vom Zentrum bestellten Kandidaten das Programm des ‚Paulusvereins‘ zu zeigen und diese sollten sich verpflichten, dasselbe im Parlament darzulegen und auch dafür einzutreten. Auch darauf erfolgte keine Reaktion der ‚Constantia‘.¹⁷⁹ Nach Meinung Thuns wären 1873 die Gegensätze zwischen der ‚Constantia‘ und dem ‚Paulusverein‘ noch zu applanieren gewesen, doch fehlte dazu seiner Meinung nach beiderseits der dazu nötige Wille.¹⁸⁰

¹⁷⁴ Vgl. W.E. KETTELER, Die Arbeiterbewegung und ihr Streben im Verhältnis zu Religion und Sittlichkeit, in: Schriften, Aufsätze und Reden 1867–1870, 415–425.

¹⁷⁵ W.E. KETTELER, Die Arbeiterfrage und das Christentum, in: Schriften, Aufsätze und Reden 1848–1866. Der Gedanke der Produktionsgenossenschaften geht auf Hermann Schulze-Delitsch zurück. Ketteler zeigte um 1864 Interesse an den Gedanken Lassalles bezüglich seiner Liberalismuskritik, seines ‚Ehernen Lohngesetzes‘ und seiner Idee der Produktivassoziationen. 367.

¹⁷⁶ A. THUN, in: G. Schmoller, Industrie, 203.

¹⁷⁷ Die Constantia-Gesellschaft war eine 1845 als Bürger- und Wahlverein gegründete Gesellschaft in Aachen, die als eine Art Ortsverein die Politik des Zentrums vertrat, in: Quellentexte zur Geschichte der Deutschen Sozialpolitik, Bd. 8, 494, Fußnote Nr. 6.

¹⁷⁸ H. LEPPER in: Aachener Geschichtsverein, Cronenberg, 83.

¹⁷⁹ H. LEPPER in: Aachener Geschichtsverein, Cronenberg, 84.

¹⁸⁰ A. THUN, in: G. Schmoller, Sozialpolitik, 52.

Die Zeit zwischen Herbst 1873 und Jänner 1874 war von den Auseinandersetzungen zwischen den Kandidaten der ‚Constantia‘ und dem ‚Paulusverein‘ geprägt.¹⁸¹

Der Verein wurde von den Arbeitern gut angenommen, man zählte 1874 bereits 4.000 Mitglieder, 1875 5.000 Mitglieder¹⁸² und bot gegen ein geringes Entgelt die Möglichkeit, sowohl gute Nahrungsmittel zu beziehen¹⁸³ als belehrende Vorträge zu hören, Theatervorstellungen von guter Qualität zu genießen,¹⁸⁴ aber auch, wie aus den Vereinsstatuten ersichtlich, eine Hinführung zum christlichen Sozialismus.¹⁸⁵

Wie erinnerlich war im § 16 c der Vereinsstatuten die Wahrung der Interessen der Arbeiterschaft bereits festgesetzt worden. Da sich der Paulusverein durch die ‚Constantia‘ nicht mehr vertreten sah, traten zwei katholische Parteien in Aachen für die Reichstagswahlen im Jänner 1874 an. Damit war der Bruch zwischen dem Paulusverein und der Zentrumsparterie vollzogen.

Bei den Reichstagswahlen wurde Cronenberg als Vertreter der neu gegründeten ‚Katholischen Volkspartei‘¹⁸⁶ 1874 und 1875 gegen den Zentrumskandidaten Baudri¹⁸⁷ und nach dessen Tod gegen Freiherr Max von Biegeleben¹⁸⁸ auf-

¹⁸¹ H. LEPPER in: Aachener Geschichtsverein, Cronenberg, 84.

¹⁸² H. LEPPER in: Aachener Geschichtsverein, Cronenberg, 67.

¹⁸³ Brief des Johann KLESER an Ludwig Aegidi vom 15. Februar 1875, in: H. HENNING/F. TENNSTEDT, Quellensammlung, I. Abteilung, 8. Bd. Von der Reichsgründungszeit bis zur kaiserlichen Sozialbotschaft, Bd. 8, 495,

¹⁸⁴ Brief Cronenbergs an Bismarck vom 28. September 1874, in: H. HENNING/F. TENNSTEDT, Quellensammlung, I. Abteilung, 8. Bd. Von der Reichsgründungszeit bis zur kaiserlichen Sozialbotschaft, 475.

¹⁸⁵ H. LEPPER in: Aachener Geschichtsverein, Cronenberg, ‚Paulus‘ Christlich-soziales Volksblatt Nr. 1 vom 5. Juli 1874. Cronenberg: „Das Christlich-Soziale muß nach Cronenberg für die Freiheit und Rechte des Volkes eintreten, die gesellschaftliche Situation aufzeigen und die Agitation der Gegner beobachten.“[sic] 69.

¹⁸⁶ H. LEPPER in: Aachener Geschichtsverein, Cronenberg, 85.

¹⁸⁷ Autor unbekannt, Art.: Baudri, Friedrich Peter Ludwig, 1808–1874, deutscher Maler, Stadtrat in Köln, Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses und Reichstagsmitglied, Zentrumsangehöriger, Bruder des Kölner Bischofs Johann Anton Friedrich Baudri URL: http://de.wikipedia.org/wiki/Friedrich_Baudri, (Abfrage vom 24. August 2010).

¹⁸⁸ Autor unbekannt, Art.: Biegeleben, Maximilian, 1813–1899, hessischer und deutscher Politiker, URL: http://de.wikipedia.org/wiki/Maximilian_von_Biegeleben, (Abfrage vom 24. August 2010).

gestellt, unterlag aber.¹⁸⁹ Dennoch blieb der ‚Paulusverein‘ bedeutsam für das politische Leben in Aachen.

Ab 1874 wurden die Vorwürfe gegen Cronenberg immer intensiver. Man warf ihm zunächst vor, die Vergnügungen im ‚Paulushaus‘ zu verschwenderisch gestaltet, seine Aufgabe als Seelsorger vernachlässigt, die Spaltung der Katholiken Aachens herbeigeführt zu haben und seinen Aufgaben nicht gewachsen zu sein. Der zentrale Vorwurf bestand jedoch nach der Meinung Thuns darin, dass Cronenberg eine selbständige Arbeiterpartei gegründet hatte.¹⁹⁰

Nicht er, so entgegnete Cronenberg, habe die Spaltung herbeigeführt, sondern „die materiell ausgebeuteten Katholiken“ wollten sich „von ihren katholischen Ausbeutern in Ausübung ihrer bürgerlichen Rechte fernerhin nicht bevormunden lassen.“¹⁹¹ Cronenberg führte mit dieser Aussage der Zentrumsparlei nicht nur die nicht mehr zu unterdrückende Selbständigkeit der katholischen Arbeiter in politischer Hinsicht ganz deutlich vor Augen, sondern auch die fehlende Solidarität der Katholiken untereinander.

Was Cronenberg in dieser Zeit wollte, legte er in seiner neugegründeten Zeitung¹⁹² mit dem Namen ‚Paulus, Christlich-socials Volksblatt‘ in der ersten Nummer vom 5. Juli 1874 dar:

„Wir werden in demselben eintreten für die Freiheit und die Rechte des Volkes; mit unnachsichtiger Offenheit werden wir die Schäden der heutigen Gesellschaft aufdecken, aber nicht bei denselben stehen bleiben, sondern bis zu den Quellen vorzudringen versuchen; freudig werden wir denen uns beigesellen, welche nach Heilmitteln für die socialen Schäden suchen. Der Christlich-Sociale darf sich nicht begnügen, durch Wort und Schrift aufzuklären und zu belehren, er muß auch praktisch vorgehen: dazu freilich bedarf er der Beispiele. Unparteiisch werden wir deßhalb Alles registriren, was auf unserer und der Gegner Seite in dieser Beziehung

¹⁸⁹ A. THUN, in: G. Schmoller, Industrie, 205.

¹⁹⁰ A. THUN, in: G. Schmoller, Industrie, 206.

¹⁹¹ H. LEPPER in: Aachener Geschichtsverein, Cronenberg, Zitat Cronenbergs in Paulus Nr. 23 vom 6. Dezember 1874, 96.

¹⁹² H. LEPPER, in: Aachener Geschichtsverein, Cronenberg. Das 1874 erlassene Pressegesetz hatte die Einstellung verschiedener Zeitungen, darunter auch der ‚Christlich-socialen Stimmen‘, der ‚Christlich-socialen Briefe‘, ‚Die Plaudereien über Dies und Jenes aus der Gesellschaft‘, deren Leser vornehmlich die des ‚Paulusvereins‘ waren, zur Folge. 69.

geleistet wird. Allerdings ist auf dem socialen Gebiete viel geschrieben und noch mehr gesprochen worden, aber echt socialer Thaten sind bisheran wenig aufzuweisen. Der Wortschwall mag sich in der Luft verflüchtigen, aber das geschriebene Wort bleibt. Deßhalb ist es unsere Pflicht, dem christlichen Arbeiter durch gerechte Kritik behülflich zu sein, daß er sich ein unbefangenes Urtheil über die verschiedenen für's Volk bestimmten socialen Schriften bilden kann“ Und er endet mit: „Möge Gottes reicher Segen das Blatt auf seiner Wanderung in die Arbeitswelt begleiten, damit immer mehr wachse und blühe und reichliche Früchte bringe die christlich–sociale Partei.“[sic]¹⁹³

Einen deutlichen Wink gab Cronenberg allen jenen, die sich auch 1874 mit der schwierigen Lage der Arbeiter gar nicht oder nur in unzureichendem Maße auseinandersetzten, war aber zur Zusammenarbeit mit anderen Gruppierungen bereit.

Durch die allgemeine wirtschaftliche Krisensituation als Folge des ‚Wiener Bankkrachs‘ von 1873 kam auch die Baugenossenschaft in massiven Zahlungsschwierigkeiten, wobei Cronenberg die Lage der Baugenossenschaft besser dargestellt hatte, als sie war.¹⁹⁴ Die von den Arbeitern seinerzeit bereitgestellten Mittel zur Errichtung von Wohnungen hatten nicht gereicht, folglich waren Hypotheken aufgenommen worden, wobei die größte in der Höhe von 17.000 Thaler nun fällig gestellt wurde und der Gläubiger nicht bedient werden konnte. Andere Einlagenkündigungen folgten. Die in den Statuten festgelegte Vereinbarung, dass Genossenschaftsmitglieder im Notfall jederzeit über ihre Spareinlagen verfügen können, war verbunden mit der Absicht, die behobenen Gelder später wieder der Genossenschaftskasse zuzuführen: Man hatte wahrscheinlich bei der Erstellung der Statuten nur an kleinere Beträge gedacht, nicht an große. Diese Ungenauigkeit, erwies sich nun als Bumerang.¹⁹⁵

Die Lage für den ‚Paulusverein‘ wurde immer schwieriger. Durch Denunziationen von Führern der ultramontanen Partei gegen die Person Cronenbergs bzw. auch gegen den Verein selbst, sah sich Cronenberg im September 1874 veranlasst, Bismarck um die Bereitstellung eines Darlehens aus dem Staatsfond in

¹⁹³ H. LEPPER in: Aachener Geschichtsverein, Cronenberg, 69.

¹⁹⁴ H. LEPPER in: Aachener Geschichtsverein, Cronenberg, 100.

¹⁹⁵ A. THUN, in: G. Schmoller, Industrie, 207–208.

der Höhe von 50.000 Talern zu ersuchen, das der Kultusminister Falk bereits abgelehnt hatte.

Auf die Bitte Cronenbergs beauftragte Bismarck trotz bereits erfolgter Ablehnung von Falk über einen Vertrauensmann seinen Sohn Wilhelm, Erkundigungen über die Baugenossenschaft einzuziehen, was dieser auch tat. Obwohl sich Bismarck beim preußischen Finanzminister für Cronenberg verwendete, lehnte dieser auch ab.¹⁹⁶

Bemerkenswert war, dass Bismarck Erkundigungen über eine an sich schon abgeschlossene Sache einholen ließ, was auf ein gesteigertes Interesse für die Person Cronenbergs bzw. seine Partei hindeutete. Das Ansuchen Cronenbergs war vom September 1874 in einer Zeit der strengen Form des Kulturkampfes, wo, vornehmlich in Preußen, kirchenfeindliche Politik betrieben wurde. Mögliche Erklärungen für die Vorgehensweise Bismarcks waren die Tatsachen, dass es dem Paulusverein unter der Leitung Cronenbergs gelungen war, eine Etablierung eines sozialistischen Vereins in Aachen zu verhindern¹⁹⁷ und durch seine Kandidatur der Zentrumspartei Stimmen zu entziehen.

¹⁹⁶ H. HENNING/F. TENNSTEDT, Quellensammlung, I. Abteilung, 8.Bd. Von der Reichgründungszeit Reichsgründungszeit bis zur kaiserlichen Sozialbotschaft. Wilhelm berichtete am 4.Oktober 1874 an den Vertrauten Bismarcks, Lothar Bucher: „Was ich 'unauffällig' über die von Ihnen beregte Sache erfahren konnte, habe ich gesprächsweise von hiesigen Einwohnern, ganz so, wie ihn der Kaplan Cronenberg in seiner Vorstellung geschildert hat. Dieser selbst hat hier den Ruf eines eifrigen Ultramon(tan)en, obgleich er seine Gesinnung nicht sehr zur Schau trägt, er soll aber den gesamten Verein, bestehend aus 4 000 – 5 000 Mitgliedern vollkommen in der Hand haben, d.h. sie stimmen, wie er befiehlt. So hatte er sich bei der letzten Wahl in den Reichstag wählen lassen wollen, und zwar, um nominell klerikale, in der Tat aber soziale Interessen zu vertreten. Dies hat auch die Spaltung zwischen ihm und der übrigen ultramontanen Partei von hier veranlaßt, weil er durch seine Kandidatur die Stimmen seines Vereins dem rein ultramontanen Kandidaten entzog. Nun haben die Parteigänger des letzteren das Mittel angewandt, welches sie hier vielfach gebrauchen, um Abtrünnige in ihre Arme zurückzuführen und Proselyten zu machen, nämlich den pekuniären Ruin des Betreffenden anzubahnen, wie es der Kaplan ganz richtig angibt. Dies Mittel ist schon mit Erfolg bei vielen hiesigen liberalen Geschäftsleuten gebraucht, die bis dicht an den Bankrott gebracht, durch Entziehung ihrer Kundenschaft, nur den Ausweg behielten, sich gegen Zusicherung ihrer Bekehrung durch ultramontanes Geld auslösen zu lassen. So soll nun allerdings auch das der Baugesellschaft des Vereins gehörige Haus im nächsten Monat zur Subhastation kommen. Dies habe ich vorläufig nur in der Unterhaltung erfahren können, ohne durch genaueres Fragen aufzufallen“ [sic] 476–477.

¹⁹⁷ H. HENNING./F. TENNSTEDT, I. Abteilung, 8. Bd. Von der Reichsgründungszeit bis zur kaiserlichen Sozialbotschaft, 495, bzw. A. THUN, in: G. Schmoller, Industrie, Zitat: „Die Socialdemokratie wurde völlig ausgerottet. In Volksversammlungen zog sie überall den kürzeren; wo, wie am 12. Januar 1870, in der Turnhalle drei Lassalleaner auftraten, wurden sie von den Kaplänen Cronenberg und Laaf niedergeredet, im Jahre 1877 brachten sie bei der Wahl kaum 50

Interessant war festzustellen, dass Cronenberg laut Thun die Baugenossenschaft 1874 durch Hilfestellung vonseiten des Zentrums hätte retten können, allerdings unter der Bedingung, nie wieder als Vereinsleiter bzw. als Zeitungsherausgeber tätig zu sein.¹⁹⁸

Nun erhob sich die Frage, warum Cronenberg sich zunächst an den Minister und später an Bismarck selbst wandte? Von der Zentrumspartei war für Cronenberg Hilfe nur unter Erfüllung der oben genannten Bedingung zu erwarten. In Aachen schien es damals gängige Praxis gewesen zu sein, Personen die sich von der Zentrumspartei gelöst hatten, durch Machinationen in Richtung eines finanziellen Engpasses zu bringen und ihnen nur unter der Bedingung der Rückkehr zu der Zentrumspartei Hilfe angedeihen zu lassen¹⁹⁹ – was für Cronenberg nicht infrage kam. Hilfe vonseiten des Staates hätte ihm seine Unabhängigkeit bewahrt.

Die Unstimmigkeiten zwischen der ‚Constantia‘²⁰⁰ und dem Paulusverein bzw. Cronenberg nahmen zu, die Fronten verhärteten sich. So schrieb die Zeitung ‚Echo der Gegenwart‘²⁰¹ in Bezug auf den Einfluss Cronenbergs auf die Aachener Arbeiter in seiner Ausgabe vom 2. Dezember 1874 in der Nr. 332 Folgendes: „Es wäre wirklich erwünscht, wenn dem Treiben dieses Volks...führers endlich einmal ein Ende gemacht würde“; diese Unterstellung ein Volksverführer zu sein, wies Cronenberg heftig zurück.²⁰²

Stimmen auf, und noch im Januar 1878 konnte die Kölner Freie Presse schreiben: alles was in Aachen nicht nach christlichem Sozialismus riecht, ist verpönt.“[sic] 202.

¹⁹⁸ A. THUN, in: G. Schmoller, Industrie, THUN spricht von einem Freiherr Sch.v.A (vermutlich Burghard Schorlemer-Alst), 1825–1895, Zentrumspolitiker, Abgeordneter des Preußischen Landtags und Reichstagsabgeordneter, Gegner Bismarcks und noch von weiteren hervorragenden Parteileuten, 207.

H. LEPPER in: Aachener Geschichtsverein, Cronenberg, Lepper bezieht sich auf Thun und schreibt die Abkürzung Sch.v.A. – Schorlemer-Alst mit vollem Namen aus und fügt als zweite Möglichkeit der Kapitalbeschaffung die Verwaltung des Kölner Priesterseminars an; 99.

A. ERDMANN, Christliche Arbeiterbewegung, Erdmann spricht von Hilfe durch das Zentrum, 100.

¹⁹⁹ Siehe Fußnote 196 dieser Arbeit (die Verfasserin).

²⁰⁰ Präsident der ‚Constantia-Gesellschaft‘ war 1874 Arn. Foerster, ein Gymnasiallehrer, der als Finanzexperte galt und deshalb als Mitglied für den Reichstag erwünscht war, er galt als „ausgeprägt ultramontan“ in: H. LEPPER, Aachener Geschichtsverein, Cronenberg, 94, Fußnote.

²⁰¹ ‚Echo der Gegenwart‘ das „1848 von Peter Kaatzer gegründetes Organ des politischen Katholizismus in Aachen, seit der Gründung des Zentrum energischer Verfechter der Politik der Partei“, in: H. LEPPER, Aachener Geschichtsverein, Cronenberg, 65–66.

²⁰² H. LEPPER in: Aachener Geschichtsverein, Cronenberg, 96–97.

Verdacht kam auf, ob Cronenberg und sein Vizepräsident Dr. Litzinger politisch und kirchlich auch rechtgläubig wären und beide wurden zum Erzbischof Melchers zitiert. Cronenberg konnte sich anscheinend gegen die Anwürfe erfolgreich verteidigen.²⁰³ Litzinger verlangte eine Beweisvorlage und eine Gegenüberstellung mit den Anklägern, was aber nicht geschah. Melchers glaubte den Anklägern mehr als den Beklagten.²⁰⁴ Schlussendlich erhielten beide 1875 von dem Erzbischof einen strengen Verweis, blieben aber weiterhin die leitenden Personen des ‚Paulusvereins‘, was insofern erstaunlich war, weil Melchers²⁰⁵ die Kapläne während des Kulturkampfes zwar nicht versetzen, aber deren Tätigkeit im Verein hätte untersagen können (Gehorsamspflicht). Obwohl die Sozialdemokraten schon zu Beginn der 70er-Jahre von Cronenberg aus Aachen vertrieben worden waren, versuchten sie 1874 erneut, in Aachen Fuß zu fassen. Melchers sah möglicherweise daher im Verbleib Cronenbergs bzw. Litzingers in ihren Funktionen eine Möglichkeit, die Arbeiter im katholischen Bereich zu halten und nicht an die Sozialdemokratie zu verlieren.²⁰⁶

Was Cronenberg bei seiner Vorladung bei Melchers ins Treffen geführt hatte, ist unbekannt. In seinem Brief an Bismarck vom 28. September 1874 sprach er bezüglich der Seelsorge lediglich von belehrenden Vorträgen und Theatervorstellungen, allerdings lag der thematische Schwerpunkt dieses Briefes auf ganz anderem Gebiet. Thun bestätigte die Theater- und Opernvorstellungen im ‚Paulushaus‘, wies aber auch darauf hin, dass zumindest anfangs Vorträge und unentgeltliche Unterrichtsstunden abgehalten, Verstorbene zu Grabe geleitet und Messen für dieselben gelesen wurden.²⁰⁷ Die Behandlung ethisch-religiöser Themen (Familie, Stellung des Vaters in der Familie) konnte Naujoks durch Vereinsnotizen belegen.²⁰⁸

²⁰³ A. ERDMANN, Christliche Arbeiterbewegung, 99.

²⁰⁴ A. THUN, in: G. Schmoller, Industrie, 207.

²⁰⁵ Melchers wurde 1876 wegen Nichteinhaltung der Maigesetze vom Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten verurteilt und aus seinem Amt als Erzbischof von Köln entlassen in: URL: <http://amtspresse.staatsbibliothek-berlin.de/vollanzeige.php>, (Abfrage vom 5. September 2010).

²⁰⁶ H. LEPPER in: Aachener Geschichtsverein, Cronenberg, 98–99.

²⁰⁷ A. THUN, in: G. Schmoller, Industrie, 201.

²⁰⁸ E. NAUJOKS, katholische Arbeiterbewegung, 98.

Die Lage für den ‚Paulusverein‘ musste zunehmend schwieriger geworden sein, denn ein Studienfreund von Dr. Litzinger, Dr. Johann Baptist Kleser, wandte sich in dem Brief vom 15. Februar 1875 an seinen ehemaligen Professor mit der Bitte um Hilfe für den Paulusverein. Der Verfasser brachte seine persönliche Ansicht über das Handeln von Präses und Vizepräses, über das Vereinsleben und die Auseinandersetzungen mit der ultramontanen Presse dem Adressaten zur Kenntnis. Der Briefschreiber äußerte die Befürchtung, dass die eventuelle Beseitigung der Vereinsleitung (aufgrund von Lügen und Verleumdungen) auch das Ende des Vereins bedeuten könnte. Er hatte Sorge, dass sich die Arbeiterschaft noch nicht genug vom ultramontanen Einfluss distanziert hätte und sich wieder der ultramontanen Geistlichkeit zuwenden könnte, was später zum Teil auch geschah.²⁰⁹

Im zweiten Kongress der christlichen Arbeiter von Rheinland und Westfalen im November 1875 wurden zum Teil die früheren Beschlüsse wiederholt und ein neuer gefasst. Es erging die Empfehlung, alle christlichen Sozialisten mögen sich in einem Zentralverein vereinen, um bei den Reichstagswahlen einen eigenen Arbeiterkandidaten aufstellen zu können.²¹⁰

Die ‚Constantia‘ bzw. die Zentrumspartei hatten ein natürliches Interesse, die politische Einheit der Katholiken in Aachen wiederherzustellen. Zwei Möglichkeiten wurden angedacht: entweder eine Annäherung der ‚Constantia‘ mit dem ‚Paulusverein‘ oder den Führer des ‚Paulusvereins‘, Cronenberg, von der Spitze zu entfernen – letztere Möglichkeit wurde gewählt.

Durch einen vorgeschobenen Mann erklärte man den Genossenschaftsmitgliedern, dass eine Rettung der Genossenschaft mit einem Direktor Cronenberg nicht möglich sei.²¹¹ Mit der Bankrotterklärung vom 1. Jänner 1876 verloren 600

²⁰⁹ KLESER, Johann Baptist, Brief an Ludwig Aegidi vom 15. Februar 1875, in: H. HENNING/F. TENNSTEDT, Quellensammlung, I. Abteilung, 8. Bd. Von der Reichsgründungszeit bis zur kaiserlichen Sozialbotschaft, 494–497.

²¹⁰ A. THUN, in: G. Schmoller, Industrie, 204.

²¹¹ H. LEPPER, in: Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins, Cronenberg, 101.

Arbeiter teilweise ihre Spareinlagen²¹² und die Baugenossenschaft wurde für zahlungsunfähig erklärt.²¹³

Nachdem Cronenberg erfahren hatte, dass ohne sein Wissen geheime Konferenzen mit Vorstandsmitgliedern abgehalten worden waren,²¹⁴ legte er seine Funktion als Präses nieder, um sie erst dann wieder aufzunehmen, wenn die Generalversammlung ihn wieder wähle. Die am 5. April 1876 stattgefundene Wahl, die unter Umgehung der Statuten abgewickelt wurde, brachte den Sieg für den Kandidaten der ‚Constantia‘, Kaplan Teus, der von sich selbst sagte, dass er von der ‚Sozialen Frage‘ überhaupt nichts verstünde.²¹⁵ Die Folge war eine Spaltung des Vereins, da ein Teil der Vereinsmitglieder nach wie vor Cronenberg anhängen und der andere sich Kaplan Teus zuwandte.²¹⁶

Der Wahlkampf für die Reichstagswahl 1877 begann im Dezember 1876. Es kam zu einer Änderung des Parteinamens von „Katholische Volkspartei“ in „christlich-soziale Partei“; Kandidat war Johannes Laaf,²¹⁷ der gegen Biegeleben knapp unterlag.²¹⁸

Im August des Jahres 1878 wurde das Paulushaus verkauft. Für die Reichstagswahl 1878 – noch vor dem Prozess Cronenbergs, der nicht mehr kandidieren konnte – hatte die christlich-soziale Bewegung nur mit großer Mühe schlussendlich einen Kandidaten aufgestellt, der aber nur wenige Stimmen erhielt.

Bei der Verurteilung Cronenbergs wegen des Sittlichkeitsdelikts wurden vor allem die Glaubwürdigkeit und die Integrität der Zeugen von einzelnen Autoren in Zweifel gezogen.²¹⁹ Im Berufungsverfahren wurden Entlastungszeugen für Cro-

²¹² E, NAUJOKS. katholische Arbeiterbewegung, 112.

²¹³ A. THUN, in: G. Schmoller, Industrie, 208.

²¹⁴ A. THUN, in: G. Schmoller, Sozialpolitik, Thun spricht hier von Machinationen. 52.

²¹⁵ TEUS, Kaplan, Vorname und biografische Daten nicht bekannt, galt als Rivale Cronenbergs und Sprachrohr der ‚Constantia‘, Naujoks kath. Arbeiterbewegung, 114, vgl. A. THUN, in: G. Schmoller, Industrie; Zitat Teus: „Ich verstehe von der sozialen Frage keine Bohne“, 209– 210.

²¹⁶ A. ERDMANN, Christliche Arbeiterbewegung, 100, vgl. A. THUN, in: G. Schmoller, Industrie, 208–209, H. LEPPER; in: Aachener Geschichtsverein, Cronenberg 129.

²¹⁷ H. LEPPER in: Aachener Geschichtsverein, Cronenberg, 103.

²¹⁸ H. LEPPER in: Aachener Geschichtsverein, Cronenberg, 126.

²¹⁹ H. LEPPER in: Aachener Geschichtsverein, Cronenberg. Der Hauptzeuge sei ein „Mann von minder geistiger Veranlagung“ gewesen, der später selbst im Gefängnis war.145. A. ERDMANN, Christliche Arbeiterbewegung, 100, Der Staatsanwalt sagte zu einem der drei Zeu-

nenberg nicht gehört. Auch als er nach seiner Entlassung eine Rehabilitierung anstrebte, verweigerten die Gerichte eine Wiederaufnahme des Verfahrens.

Von der Unschuld Cronenbergs waren sowohl Litzinger als auch der Exerzitenmeister Cronenbergs, Capernus Heymer, überzeugt, der sich auch für Wiederermöglichung der Zelebration 1883 einsetzte.²²⁰

Mit der Verurteilung Cronenbergs verlor der einst einflussreiche Arbeiterverein zum hl. Paulus im nächsten Jahrzehnt stark an Bedeutung und war in den späten 80er-Jahren praktisch nicht mehr existent.²²¹

II.3.2.) In der Phase der beginnenden Sozialgesetzgebung: Franz Hitze – vom Sozialromantiker zum Sozialpolitiker

Franz Hitze wurde 1851 in Hanemike, Kreis Olpe, im Sauerland als Sohn eines wohlhabenden Bauern und Fuhrunternehmers geboren.²²² Er studierte von 1872–1877 in Würzburg²²³ bzw. in Paderborn Theologie und Philosophie²²⁴ und wurde 1878 dort zum Priester geweiht.²²⁵ Bereits während seines Studiums befasste er sich mit der ‚Sozialen Frage‘, indem er mit Aloys Schäfer²²⁶ 1874 die Studentenverbindung ‚Unitas‘ in Würzburg gegründet und auch erste Vorträge über soziale Fragen gehalten hatte.²²⁷ In der Zeit von 1878 bis 1880 erfolgte eine weitere zweijährige Ausbildung am Vatikanischen Kolleg Campo Santo,²²⁸

gen, dass dieser eigentlich auf die Anklagebank gehöre und A. THUN, in: G. Schmoller, Industrie, Thun bemerkte, dass der Prozess „eine Reihe von Unsittlichkeiten auch bei den Gegnern auf(decke).“ 210-211.

²²⁰ H. LEPPER in: Aachener Geschichtsverein, Cronenberg, 145–146.

²²¹ H. LEPPER in: Aachener Geschichtsverein, Cronenberg, 147.

²²² STEGMANN, Franz Josef, Art.: Hitze Franz, in: NDB 9, 272.

²²³ Laut BBKL 2, 903 studierte Hitze Theologie und Philosophie in Würzburg.

²²⁴ MOCKENHAUPT Hubert, Art.: Hitze, Franz, in: LThK³ 5, 172.

²²⁵ BBKL 2, 902–904.

²²⁶ SCHÄFER, Aloys, 1853–1914 kath. Theologe, Univ. Prof. f. NT in: DBE, Bd. 8, 546:

²²⁷ MORSEY, Rudolf, Franz Hitze – Sozialreformer und Sozialpolitiker, Eine Einführung in Vita und Werk, in: GABRIEL, Karl/GROSSE KRACHT, Herman-Josef (Hg.) Franz Hitze (1851–1921), Sozialpolitik und Sozialreform "Beginnen wir einmal praktisch...", Paderborn 2006, 19; [in Folge: R. MORSEY, Franz Hitze – Sozialreformer und Sozialpolitiker, in: K. GABRIEL/ H.J. GROSSE KRACHT, Hitze].

²²⁸ BBKL 2, 903 und MORSEY, Rudolf, Einführung in: K. GABRIEL/H.J. GROSSE KRACHT, Hitze; Laut Morsey war eine Anstellung in der zuständigen Diözese aufgrund des Kulturkampfes nicht möglich und so wurde Hitze vom Bischof nach Rom geschickt, um Kirchengeschichte zu studieren, er beschäftigte sich vornehmlich mit sozialwissenschaftlichen Themen; 18.

wo er auch als Kaplan tätig war.²²⁹ Ab 1881 wurde er Generalsekretär von ‚Arbeiterwohl. Verband katholischer Industrieller und Arbeiterfreunde‘ (kurz ‚Arbeiterwohl‘) in Mönchengladbach – eine Stellung, die er bis zu seinem Tode innehatte.²³⁰ Von 1882–1893 und von 1898–1912 war er als Abgeordneter der Zentrumsparterie im Preußischen Abgeordnetenhaus und von 1884–1912 im Deutschen Reichstag tätig. 1890 war er Mitbegründer des ‚Volksvereins für das katholische Deutschland‘ und dessen erster Generalsekretär.²³¹ 1893 erfolgten zwei Ernennungen; einerseits zum Prälaten²³² und andererseits durch die theologische Fakultät der Universität in Münster ehrenhalber zum Doktor der Theologie, wo er als außerordentlicher Professor den Lehrstuhl für Christliche Gesellschaftslehre innehatte.²³³ 1897 trat er für die Gründung des Deutschen Caritasvereins ein²³⁴ und starb am 20. Juli 1921 in Bad Nauheim.²³⁵

Hitze wurde von seinen Zeitgenossen als ein Mann von außergewöhnlicher „Selbstlosigkeit, Bescheidenheit, Fleiß, Hilfsbereitschaft“ und Güte beschrieben, aber auch der Humor soll zu seinen Wesenszügen gehört haben.²³⁶ Die Beschäftigung mit der ‚Sozialen Frage‘ (Arbeiterschutz, Sozialversicherung und die Alters- und Invaliditätsversicherung) wurde zu seinem Lebensinhalt. Sozialpolitisch ausgerichtete Zeitschriften, wie z.B. die ‚Christlich-sozialen Blätter‘, die ‚Historisch-politischen Blätter‘ sowie die Schriften von Lassalle und Karl Marx, mit denen er sich ausführlich auseinandersetzte,²³⁷ vor allem aber die Werke Kettlers,²³⁸ beeinflussten ihn stark.

²²⁹ MOCKENHAUPT, Hubert, Art.: Hitze, Franz, in: LThK⁵ 5, 172.

²³⁰ F. HITZE, Kapital und Arbeit, Nachwort 1921, in: K. GABRIEL/H.J. GROSSE KRACHT, Hitze, 165, Fußnote.

²³¹ BAUTZ, Friedrich Wilhelm, (Hg.) Art.: Hitze, Franz, in: Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon Bd. 2, Hamm 1990, 902–904; URL: http://www.bautz.de/hitze_f.shtml (Abfrage vom 8. Februar 2010) [*in Folge*: BBKL].

²³² R. MORSEY, Franz Hitze – Sozialreformer und Sozialpolitiker, in: K. GABRIEL/H.J. GROSSE KRACHT, Hitze, 24.

²³³ BBKL 2, 902–904.

²³⁴ R. MORSEY, Franz Hitze – Sozialreformer und Sozialpolitiker, in: K. GABRIEL/H.J. GROSSE KRACHT, Hitze, 21.

²³⁵ MOCKENHAUPT; Hubert, Art.: Hitze, Franz, in: LThK⁵ 5, 172.

²³⁶ R. MORSEY, Franz Hitze – Sozialreformer und Sozialpolitiker, in: K. GABRIEL/H.J. GROSSE KRACHT, Hitze, 34.

²³⁷ BBKL 2, 902–904.

²³⁸ F. HITZE, Kapital und Arbeit, Nachwort 1921, in: K. GABRIEL/H.J. GROSSE KRACHT, Hitze, 158.

Der Beginn der beruflichen Tätigkeit Hitzes fiel in die Zeit des allmählich abflauenden Kulturkampfes, eingeleitet durch das erste Milderungsgesetz im Jahre 1880, dem zwei andere in den Jahren 1882 und 1883 folgten, sodass es in der Folge zu einer Zurücknahme der meisten der Kulturkampfgesetze kam. 1881 trat Hitze als Generalsekretär in den Verband ‚Arbeiterwohl‘ des Industriellen Franz Brandts in Mönchengladbach ein und wurde als erster Seelsorger für die „hauptamtliche Verbandstätigkeit als moderne Form indirekter Seelsorgsarbeit freigestellt.“ Hitze wohnte im Hause Brandts, hatte Familienanschluss und Brandts erwies sich bald als väterlicher Freund, der ihm zunächst den Weg in das Preußische Abgeordnetenhaus und etwas später auch in den Reichstag ebnete und so ihm die Möglichkeit bot, auf politischer Ebene an der Lösung der ‚Sozialen Frage‘ mitzuwirken.²³⁹

In seinen frühen Schriften ‚Quintessenz der socialen Frage‘ und ‚Kapital und Arbeit und die Reorganisation der Gesellschaft‘, beide von 1880 und in Rom verfasst, stellte Hitze zunächst als Sozialtheoretiker bzw. Sozialromantiker seine Ideen zur Lösung der Arbeiterproblematik vor.

Die Ursache der ‚Sozialen Frage‘ sah Hitze einerseits im Abfall vom Christentum und dem damit verbundenen religiös-sittlichen Niedergang,²⁴⁰ indem er meinte: „In einer wirklich lebenskräftigen christlichen Weltanschauung hätte das Naturgesetz der ungehemmten Concurrenz, die Ausdehnung des Kampfes um's Dasein auch auf die menschliche Gesellschaft nie Anerkennung und Geltung erlangen können, (es) wäre schon längst eine gesellschaftliche Gegenorganisation geschaffen worden“,²⁴¹ andererseits in der Problematik des modernen Wirtschafts- und Gesellschaftsgefüges durch die Einsetzung der Maschine in den Arbeitsprozess.

²³⁹ R. MORSEY, Franz Hitze – Sozialreformer und Sozialpolitiker, in: K. GABRIEL/H.J. GROSSE KRACHT, Hitze, 20–21.

²⁴⁰ Vgl. dazu: W.E.KETTELER, Fünfte Predigt vom 19. Dezember 1848 „Der Unglaube erscheint mir als die einzige Quelle des ganzen Verderbens, der Glaube an Christus in der katholischen Kirche als das einzige Mittel der Heilung.“ in: W.E. KETTELER, Schriften, Aufsätze und Reden 1848–1866, 77.

²⁴¹ HITZE, Franz, Die Quintessenz der socialen Frage, ^{2. Auflage} Paderborn 1880, 6–7; [*in Folge*: F. HITZE, Quintessenz].

Lassalle vertrat die Meinung, dass die Maschine ‚die verkörperte Revolution‘ sei, und Hitze stimmte ihm zu, da durch den Einsatz der Maschine die bis dahin herrschende Gesellschaftsordnung ins Wanken geriet und die Eigentumsverhältnisse verändert wurden. Denn das Großkapital, welches bisher vornehmlich an den Grundbesitz (Adel und Kirche) gebunden war, verlagerte sich immer mehr hin zum Großbürgertum, das wirtschaftlich sehr potent wurde.

Zweifellos hatte der Einsatz von Maschinen auf die Lebensführung der Menschen Auswirkungen, die Hitze negativ sah. So wurde z.B. die Arbeitsteilung eingeführt, in der Entlohnung kein Unterschied zwischen Jung und Alt gemacht, was zu frühen Heiraten führte und in der Folge zum Ansteigen der Bevölkerung und dadurch zu einem Überangebot an Arbeitskräften. Die relativ leichte Bedienung der Maschine ermöglichte es auch Frauen und Kindern, in der Fabrik zu arbeiten.²⁴²

Die politischen Ideologien interessierten Hitze schon seit seiner Studienzeit und er beschäftigte sich damit auch eingehend. Eine dieser großen politischen Ideologien war der Sozialismus. Unter dem (marxistischen) Sozialismus verstand man eine Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung, in der das Privateigentum (speziell die Produktionsmittel) durch ein einheitliches Gesellschaftseigentum ersetzt wurde.²⁴³ Während der Liberalismus das Recht des Kapitals betonte und das Problem der ‚Sozialen Frage‘ leugnete, sah die sozialdemokratische Richtung (wie sie von Marx und Lassalle vertreten wurden) die Notwendigkeit, die bestehende Gesellschaftsordnung zu stürzen, da diese als ungerecht angesehen wurde. Hitze meinte, dass die konservative, christliche Anschauung die Mitte zwischen den beiden Richtungen sei, da sie sowohl das Recht der Arbeit als auch das des Kapitals betone; diese Position wäre auf Ausgleich und Versöhnung bedacht.²⁴⁴ Als Lösungsmöglichkeit für die ‚Soziale Frage‘ kam 1880 nach Meinung Hitzes nur der Sozialismus in einer ständischen Form in Betracht.²⁴⁵

²⁴² F. HITZE, Quintessenz, 19–20.

²⁴³ H. AUBIN/W. ZORN, Wirtschaftsgeschichte, 135.

²⁴⁴ HITZE, Franz, Kapital und Arbeit und die Reorganisation der Gesellschaft, Paderborn 1880 1, Vortrag, 10; [*in Folge*: F. HITZE, Kapital und Arbeit].

²⁴⁵ F. HITZE, Quintessenz, 24.

Hitze verwendete zwar den Begriff ‚Sozialismus‘, verstand ihn aber völlig anders als die Sozialdemokraten.²⁴⁶ Er griff auf das ‚ens sociale‘ – das den Menschen als ein auf Gemeinschaft angelegtes Wesen ansah – zurück und verwendete den Begriff ‚sozialistisch‘ als eine Worthülse, unterlegte ihm allerdings einen anderen, nicht politischen, sondern philosophischen Sinn.²⁴⁷ Das ‚ens sociale‘ war dem Menschen schon von Anfang her eigen und wurde ihm nicht, wie im Sozialismus, von außen ‚übergestülpt‘. Den Begriffsinhalt, wie er im 19. Jahrhundert in politischer Hinsicht verstanden wurde, konnte Hitze nicht akzeptieren.

Hitze kritisierte den häufigen Wechsel der Belegschaft in den Fabriken. Allerdings ließen sich die im 19. Jahrhundert einsetzenden ‚Wanderbewegungen‘ der Arbeiter nicht ausschließlich an die Arbeitgeber zurückbinden, da der häufige Stellungswechsel unterschiedliche Gründe hatte, wie z.B. das Nicht-Einfügen-Können eines Teiles der Arbeiterschaft in den Fabrikalltag, die niedrigen Löhne aufgrund der Zuwanderung neuer Arbeitskräfte und die Einförmigkeit der Arbeit.²⁴⁸ Daher war der Anteil an ‚Stammpersonal‘ gering. Hitze trat 1880 für eine veränderte, von mehr ‚Stetigkeit‘ geprägte Beziehung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer und für eine ‚feste‘ Besoldung ein. Er begründete dies damit, dass „der Lohnarbeiter mehr ist als eine ‚Ware‘²⁴⁹ die bloß gekauft wird, wo und soweit es Profit einbringt“²⁵⁰, und verwies damit auf das Grundrecht des Menschen – die Menschenwürde, die allen Menschen in gleicher Weise zu-

²⁴⁶ F. HITZE, Quintessenz, „Den Sozialismus kann man erstens als allgemeines Prinzip nehmen, in dem Sinne, wie wir den Menschen ein ‚sociales Wesen‘ nennen, als die ergänzende, die Gegenseite ‚den Gegenpol‘ des Individualismus, wirtschaftlich wie politisch. Man kann ihn im engeren Sinne nehmen, in seiner extremen Form, wie ihn die Social-Demokraten wollen. Und da kann man ihn wieder als reines volkswirtschaftliches System fassen – ausschließlichen Staats- und Gemeinde =Betrieb – oder aber in seiner concreten Gestaltung als die Partei der Socialdemokratie. Als allgemeines Prinzip, als Gegenseite des Individualismus ist er ganz und voll berechtigt, gerade so berechtigt wie dieser. Als rein volkswirtschaftliches System ist er theilweise, für gewisse Productionsgebiete, z.B. Verkehrswesen am Platze, aber in seiner Verallgemeinerung auf a l l e Productionsgebiete viel zu extrem, practisch und theoretisch unhaltbar. Der concrete Socialismus als politische Parteiorganisation endlich ist radical, republicanismisch, und atheistisch zugleich, also in jeder Hinsicht zu bekämpfen.“[sic]13.

²⁴⁷ HOLD, Hermann, PV 2009.

²⁴⁸ PIERENKEMPER, Toni, (Hg.) Grundzüge der modernen Wirtschaftsgeschichte, Bd. 1, Unternehmensgeschichte, Eine Einführung in ihre Methoden und Ergebnisse, Stuttgart 2000, 155.

²⁴⁹ Ähnlich bei Lassalle, in: W.E. KETTELER, Fürsorge der Kirche für die Fabrikarbeiterin: Schriften, Aufsätze und Reden 1867–1870, Fußnote Nr. 23, 437.

²⁵⁰ F. HITZE, Quintessenz, 29.

kommt, ihn als ein Wesen der Freiheit definiert und ihn befähigt, sittlich zu handeln. Nur Waren haben Preise, Menschen haben Würde (Kant, Metaphysik der Sitten).²⁵¹ Er rekurrierte auf die von Kant aufgestellte Selbstzweckformel, die besagt, dass der Mensch Zweck an sich ist (Subjektstellung der Person) und kein Mittel.

Nicht als ‚Ware‘, sondern als Mitarbeiter des Arbeitsgebers sah Hitze die Arbeitnehmer an. Er sprach dem Arbeiterstand nicht nur das Recht auf Arbeit zu, sondern ging darüber hinaus und meinte, dass dieser auch einen Anspruch „auf den Mitgenuß des (nationalen) Kapitals und seiner Früchte“ hätte und folgerte daraus ein „Mit-Recht zur Ordnung der Produktion.“^[sic]²⁵² Allerdings inkludierte ein Mitspracherecht keinen Anspruch der Arbeiter auf die Produktionsmittel, wie es der Marxismus tat.

Daraus ergaben sich zwei zu bedenkende Momente. Erstens: Hitze dachte sozialistisch – allerdings nach seiner Definition, aber nicht marxistisch. Zweitens: Er dachte an Partizipation und sprach damit eine der für dieses Jahrhundert ganz zentralen Frage, nämlich die des Eigentums und der Arbeit, an.

Hitze berief sich,²⁵³ wie Ketteler in seiner ersten Adventpredigt vom 19. November 1848, auf die Eigentumslehre des Thomas von Aquin. Diese besagte, dass Gott der alleinige Eigentümer aller irdischen Güter sei und dem Menschen nur ein Nutzungsrecht zugestünde. Wobei man beim Nutzungsrecht zu unterscheiden hätte zwischen dem Recht der Fürsorge und der Verwaltung und dem Recht des Fruchtgenusses. Den Fruchtgenuss sah Thomas als das Gemeingut aller an, welcher daher mit anderen, die in Not sind, zu teilen sei.²⁵⁴

Zum Thema ‚Eigentum‘ nahm unter anderem auch die Enzyklika ‚Quod apostolici muneris‘ von Leo XIII. vom 28. Dezember 1878 Stellung und wies auf die

²⁵¹ WOLBERT, Werner, Art.: Menschenwürde, in: ROTTER, Hans/VIRT, Günter (Hg.) Neues Lexikon der christlichen Moral, Innsbruck, Wien 1990, Zitat: „Was einen Preis hat, an dessen Stelle kann auch etwas anderes, als Äquivalent, gesetzt werden; was dagegen über allen Preis erhaben ist, mithin kein Äquivalent verstattet, das hat eine Würde“ (Grundlegung zur Metaphysik der Sitten BA 77) [sic] 489.

²⁵² F. HITZE, Quintessenz, 29.

²⁵³ F. HITZE, Kapital und Arbeit, 4. Vortrag, Das Recht auf Arbeit, 166.

²⁵⁴ W.E. KETTELER, Erste Predigt vom 19. November 1848, in: Schriften, Aufsätze und Reden 1848–1866, 26–30.

bestehende Ungleichheit der Menschen hin und vertrat den Standpunkt, dass Eigentum und Besitz unantastbar und unverletzlich seien,²⁵⁵ nach Marx sollte nur die Arbeit die alleinige Eigentumsquelle sein.²⁵⁶

Nach Meinung Hitzes hätte der Arbeiter ein Recht, dass ihm Arbeit gegeben werde. Er wies darauf hin, dass es im Christentum kein absolutes, souveränes Besitzrecht gäbe und „die Besitzenden als Stand n i c h t das Recht haben, die Nichtbesitzenden, Arbeitenden vom Mitgenuß einfach a b z u w e i s e n.“²⁵⁷ [sic] „Wenn die Besitzer nicht Lust haben zur Production, weil sie schon Producte genug haben oder reich genug sind, so müssen sie eben den Arbeitern die Arbeitsmittel zuweisen zu eigenem Gebrauch, bis sie wieder selbst die Production in die Hand nehmen.“[sic]²⁵⁸

Hertling, der ein reges Interesse an sozialpolitischen Fragen hatte, ging in seinem Buch: ‚Aufsätze und Reden socialpolitischen Inhalts‘ von 1884 auf das Argument Hitzes in dessen Buch: ‚Kapital und Arbeit‘ bezüglich des Rechtes auf Arbeit ein. Er folgte der Argumentation Hitzes nicht, denn er unterschied zwischen dem Recht zu arbeiten, welches jedermann in Anspruch nehmen könne und dem Recht auf Arbeit. Letzteres mag eventuell eine sittliche Pflicht der Besitzenden sein, aber keine Rechtspflicht.²⁵⁹ Hitze präzisierte in der Folge und verwies diese Rechte resp. Pflichten an die Gesellschaft, die er als „Mittelglied in dem Arbeiter und Besitzer in Beziehung treten“²⁶⁰ ansah.

1921 bezog sich Hitze neuerlich auf dieses Thema. Er verwies auf die Weimarer Reichsverfassung, die sich zum Ziel gesetzt hatte, das Wirtschaftsleben so

²⁵⁵ DENZINGER, Heinrich, Kompendium der Glaubensbekenntnisse und kirchlichen Lehrentscheidungen, HÜNERMANN, Peter, verbessert, erweitert, ins Deutsche übertragen und unter Mitarbeit von HOPING; Helmut, ^{38. aktualisierte Auflage} Freiburg im Breisgau [u.a.] 1999. Enzyklika Quod apostolici muneris, Auszug: „Während nämlich die Sozialisten das Recht auf Eigentum als eine menschliche Erfindung verleumden, die der natürlichen Gleichheit der Menschen widerstreite, und im Streben nach einer Gütergemeinschaft meinen, man dürfe Armut nicht mit Gleichmut ertragen und könne die Besitztümer und Rechte der Reicheren ungestraft verletzen, anerkennt die Kirche, daß die Ungleichheit unter den Menschen, die den Kräften des Leibes und des Geistes nach von Natur aus verschieden sind, auch beim Besitz von Gütern viel besser und nützlicher ist, und gebiete, daß das Recht auf Eigentum und Besitz, das von der Natur selbst hervorgegangen ist für jedermann unantastbar und unverletzlich sei“[sic] 842.

²⁵⁶ F. HITZE, Kapital und Arbeit, 1. Vortrag, 10.

²⁵⁷ F. HITZE, Kapital und Arbeit, 4. Vortrag, das Recht auf Arbeit, 148–149.

²⁵⁸ F. HITZE, Kapital und Arbeit, 4. Vortrag, das Recht auf Arbeit, 153.

²⁵⁹ G.HERTLING, Aufsätze und Reden, 31–32.

²⁶⁰ F. HITZE, Kapital und Arbeit, 4. Vortrag, das Recht auf Arbeit, 149.

auszurichten, dass allen Gerechtigkeit und ein menschenwürdiges Dasein zuteil werden sollte.²⁶¹

Eine mögliche Lösung der ‚Sozialen Frage‘ sah Hitze in der Reorganisation der Berufsstände,²⁶² wie sie die Zünfte des Mittelalters aufgewiesen hatten,²⁶³ wobei Hitzes Vorliebe für die mittelalterliche Ordnung durchaus der Linie von Teilen der Kirche entsprach, die auch deren Philosophie wieder aufnahm.

Der Eintritt in ‚Arbeiterwohl‘ brachte Hitze dazu, seine Meinungen zu überdenken. Vor 1881 schien Hitze wenig direkten Kontakt mit Arbeitern gehabt zu haben. „Als Kind vom Lande hatte ich nie persönlichen Einblick in die konkreten Verhältnisse und in die Psyche der industriellen Großstadtarbeiter gewonnen“, wie er in dem Nachwort zu ‚Kapital und Arbeit und die Reorganisation der Gesellschaft‘ von 1921 schrieb.²⁶⁴ Hitze sah in dem Verhalten des städtischen Proletariats, das er zunächst als nur dunkle, sich rasch vergrößernde Masse wahrnahm, eine Gefahr für das Land. So hatte er auch im Gegensatz zu Cronenberg und Müller, die beide für das allgemeine Wahlrecht eintraten, zunächst diesbezüglich auch Bedenken, indem er meinte: „Das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht führt aber mit der Zeit notwendig zur Majorisierung durch das Proletariat“,²⁶⁵ das er damals gar nicht richtig kannte. Erst durch seine Arbeit im Verband ‚Arbeiterwohl‘ kam er in näherem Kontakt mit den Arbeitern, sah deren Elend und die Verbitterung gegenüber den Besitzenden und rückte von seinem vorigen Standpunkt ab. 1882 trat er „auf Grund innerer Überzeugung“ für das gleiche Wahlrecht ein.

Eine Sozialreform erschien Hitze aber als absolut notwendig. Durch Erziehung und Schulung sollte eine Hebung der Arbeiter erreicht werden und diese befähigen, an der Gestaltung des Staates mitarbeiten zu können.²⁶⁶

²⁶¹ F. HITZE, Kapital und Arbeit, Nachwort 1921, in: K. GABRIEL/H.J. GROSSE KRACHT, Hitze, 159.

²⁶² F. HITZE, Quintessenz, Vorwort, ohne Seitenangabe.

²⁶³ Vgl. dazu: W.E. KETTELER, Schriften, Aufsätze und Reden 1848–1866, Staatsverfassungen, 290.

²⁶⁴ F. HITZE, Kapital und Arbeit, Nachwort 1921, in: K. GABRIEL/H.J. GROSSE KRACHT, Hitze, 164.

²⁶⁵ F. HITZE, Kapital und Arbeit, zitiert in: E. HANISCH, Denken, 197.

²⁶⁶ F. HITZE, Kapital und Arbeit, Nachwort 1921, in: K. GABRIEL/H.J. GROSSE KRACHT, Hitze, 164–166.

Wirtschaftlich gesehen hatte die ‚Soziale Frage‘ eine ihrer Wurzeln im Liberalismus, der eine enge Bindung mit dem Bürgertum einging, für den freien Wettbewerb in wirtschaftlichen Belangen stand und auf Gewinnmaximierung bedacht war. Die Arbeiter mussten sich mit schlechter Bezahlung, die ein kärgliches Auskommen kaum ermöglichte, begnügen, verbunden mit täglichen Arbeitszeiten von 12 bis 14 Stunden²⁶⁷ inklusive Sonntagsarbeit abfinden. Frauen- und Kinderarbeit waren zunächst üblich.

Die ‚Soziale Frage‘ war sowohl eine sittliche, sodass deren Problemlösung der Kirche zufiel, als auch eine Rechtsfrage, die der Staat zu lösen hatte. Themen, wie Senkung der Arbeitszeit, Schutzgesetzgebung für die Arbeiter, Sonntagsruhe, Schutz des Familienlebens, Verbot der Frauenarbeit²⁶⁸ sowie die Möglichkeit der Weiterbildung des Arbeiters durch ausreichende Freizeit,²⁶⁹ waren unter anderem Forderungen Hitzes an die Regierung auf der 29. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands in Frankfurt am Main im September 1882.

Die Notwendigkeit einer Sozialreform erkannte auch Bismarck, als er ab 1883 begann, mit drei Versicherungen (Krankenversicherung, Unfallversicherung, Invaliditäts- und Altersversicherung) erste Schritte in Richtung soziale Absicherungen zu setzen, die einen gewissen Schutz allerdings nur für die Arbeiter bzw. für deren Angehörige brachten,²⁷⁰ wohl auch, um soziale Unruhen bzw. ein Erstarken der Sozialdemokratie einzudämmen.

Die Abänderung der Gewerbeordnung vom 1. Juli 1883 brachte Erleichterungen für die Arbeiter. So wurde die Arbeitsverpflichtung zur Sonn- und Festtagsarbeit abgeschafft, die Arbeit der Kinder unter zwölf Jahren in den Fabriken verboten und die tägliche Arbeitszeit für Kinder unter vierzehn Jahren auf sechs Stunden

²⁶⁷ K. SCHATZ, Säkularisation, 166.

²⁶⁸ Vgl. dazu: W.E. KETTELER, Fürsorge der Kirche für die Fabrikarbeiter, in: Schriften, Aufsätze und Reden 1867–1870, 447.

²⁶⁹ BORN, Karl Erich/HENNING, Hansjoachim/TENNSTEDT, Florian (Hg.) Quellensammlung zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik 1867 bis 1914, begr. von RASSOW, Peter, im Auftrag der Historischen Kommission der Akademie der Wissenschaften und der Literatur, II. Abteilung, Bd. 3, Arbeiterschutz, Von der kaiserlichen Sozialbotschaft bis zu den Februarerlassen Wilhelm II.(1881–1890). bearb. von AYASS, Wolfgang, Darmstadt 1998, 43: [*in Folge*: K.E. BORN/H. HENNING/F. TENNSTEDT, Quellensammlung, II. Abteilung, Bd. 3, Arbeiterschutz, Von der kaiserlichen Sozialbotschaft bis zu den Februarerlassen].

²⁷⁰ NIPPERDEY, Thomas, Deutsche Geschichte 1866–1918. Bd. 1, Arbeitswelt und Bürgergeist, München 1998, 341.

eingeschränkt. Die Freistellung der Kinder für die Schule und für den religiösen Unterricht wurde fixiert. Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter wurden von gewissen gefährlichen Arbeitsvorgängen dispensiert.²⁷¹ Die Gewerbeordnung erfuhr in der Folge weitere Novellen, die zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und zur Fürsorge für die Witwen und Waisen in Form von Entschädigungen dienten.²⁷²

Hitze sah das Unglück der Arbeiter in deren Vereinzelung, in ihrer Schutzlosigkeit gegenüber den anderen Ständen und in ihren persönlichen Schicksalsschlägen (kollektive und individuelle Ohnmacht). Dem Einzelnen war es nicht möglich, kollektive Ohnmacht abzuwehren, Organisationen allerdings schon. Die sich daraus ergebende Notwendigkeit bestand nun darin, Vereinigungen zu bilden, die den veränderten wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und religiösen Verhältnissen Rechnung trugen.

Lange vor der Gründung der christlichen Gewerkschaft 1894 hatten sich die anderen Gewerkschaften etabliert. Hitze traute 1880 den damaligen Gewerksvereinen, die er als ‚Zünfte der Neuzeit‘ titulierte, nicht allzu viel. Er sah sie als zu schwach an und meinte, dass dies auch so bleiben werde, „bis der Staat sich derselben annimmt, sie mit öffentlichen Rechten ausstattet und (ihnen eine) neue umfassende Selbstverwaltung einräumt.“²⁷³ Er billigte zwar die Gewerksvereine als Kampforganisationen gegen die Arbeitgeber, meinte aber, dass sie Parteien wären, nicht Stände.²⁷⁴ 1917 lobte er die Unterstützungstätigkeit der Gewerkschaft für die Arbeitslosen und stellte deren Tätigkeit der eher schleppenden des Staates gegenüber.²⁷⁵

²⁷¹ Vgl. dazu; W.E. KETTELER, Die Arbeiterbewegung und ihr Streben im Verhältnis zu Religion und Sittlichkeit, in: W. E. KETTELER, Schriften, Aufsätze und Reden 1867–1870, 416 und 418.

²⁷² R. MORSEY, Sozialreformer und Sozialpolitiker, in: K. GABRIEL/H.J. GROSSE KRACHT, Hitze, 29.

²⁷³ F. HITZE, Kapital und Arbeit, 15. Vortrag, 528.

²⁷⁴ F. HITZE, Kapital und Arbeit, 15. Vortrag, 527.

²⁷⁵ HITZE, Franz, Geburtenrückgang und Sozialreform, Bd. 3, in: Ehe und Volksvermehrung, MAUSBACH, Joseph, Ehe und Kindersegen vom Standpunkt der christlichen Sittenlehre, STICKER, Georg, Geschlechtsleben und Fortpflanzung vom Standpunkt des Arztes, HITZE; Franz, Geburtenrückgang und Sozialreform, M. Gladbach 1917, 189; [in Folge: F. HITZE, Geburtenrückgang, in: Ehe und Volksvermehrung].

Eine andere Form der Organisation waren die Innungen, mit denen sich Hitze sowohl in Vorträgen als auch in seinen Schriften auseinandersetzte. Bei einem seiner Vorträge zum Thema ‚Die Organisation des Handwerks‘ legte er seinen Standpunkt bezüglich der obligatorischen und der ‚freien‘ Innungen dar. Den Vorteil der obligatorischen Innungen sah er darin, dass diese ihre Mitglieder kannten, sie konnten daher Kontrolle ausüben und ausgedehnte Kredite gewähren.²⁷⁶ Im Gegensatz zu den ‚freien‘ Innungen war er der Meinung, dass Ordnung Zwang erfordere. Der Innungszwang wurde per Gesetz von 1897 beschlossen und ergänzt durch die „Gewerbeförderung“, die seinerzeit auf Antrag von Trimborn-Hitze 1892 errichtet worden war.²⁷⁷

Wie Baldur H.A. Hermans in seiner Dissertation von 1972 feststellte, propagierte Hitze ab dem Katholikentag 1884 in Amberg auf allen weiteren Katholikentagen „die christliche Organisation der Arbeitervereine als Schutz und Waffe gegen die sozialistische Agitation und Organisation.“²⁷⁸ Grundlage war der Artikel 35 der Enzyklika ‚Humanum genus‘ Leos XIII. vom 20. April 1884; dort wurde unter dem Titel ‚Sammlung der katholischen Arbeiter und Handwerker‘, die Gründung ehrbarer Vereine unter bischöflicher Leitung gewünscht. Der Papst begründete seinen Wunsch damit, dass es zu einem Verfall der Zünfte und Innungen gekommen war, diese aber sehr wohl als nachahmenswerte Beispiele für die Kommunitäten der modernen Zeit gelten könnten, um die Sittlichkeit, die Frömmigkeit und den religiösen Unterricht sicherzustellen.

Hitze reagierte prompt darauf und sah in katholischen Arbeitervereinen eine Möglichkeit der Abschirmung katholischer Arbeiter vor der Sozialdemokratie, die seit 1881 ihre Mandatszahl verdoppelt hatte.²⁷⁹ Sein Antrag zur Gründung von katholischen Arbeitervereinen als kirchliche Standesvereine unter dem Vorsitz eines vom Bischof bestellten Geistlichen wurde angenommen.

²⁷⁶ F. HITZE, Kapital und Arbeit, 13. Vortrag, 476.

²⁷⁷ F. HITZE, Kapital und Arbeit, Nachwort 1921, in: K. GABRIEL/H.J. GROSSE KRACHT, Hitze, 171.

²⁷⁸ B.H.A. HERMANS, Katholikentage, 378.

²⁷⁹ Autor unbekannt, Art.: Deutsches Kaiserreich, Mandatsverteilung im Deutschen Reichstag: 1881: 12 Mandate, 1884: 24 Mandate URL: http://de.wikipedia.org/wiki/Deutsches_Kaiserreich (Abfrage vom 4. September 2011).

Aufgabe der Vereine sollte es sein, neben Angeboten geselliger Art, mittels Vereinsbibliotheken und Vorträgen christlichen Inhalts „den Arbeiter wieder in Verbindung mit der Kirche (zu) bringen.“²⁸⁰ Damit wurde zugegeben, dass sich ein immer größer werdender Teil der Arbeiterschaft von der Kirche nachhaltig abwendete.

Wie sich die Arbeitervereine der Politik gegenüber verhalten sollten, berichtete Erdmann, der eine längere Passage aus dem Heft ‚Arbeiterwohl‘ Nr. 10 bis 12 von 1886 zitierte. Darin meinte Hitze: „Die Vereine müssen sich aller Agitation, aller Versuche der Einwirkung auf kommunale und politische Wahlen enthalten.“ Bezüglich der Aufgabe des Präses schrieb Hitze, neben dem Bemühen um Versöhnung und Ausgleich der gesellschaftlichen Gegensätze unter anderem die Gesetzgebung und die Arbeitgeber betreffend, Folgendes:

„Nicht als ob etwa die Fehler der Arbeitgeber und der Gesetzgebung beschönigt oder geleugnet werden sollten, dieselben stehen einfach nicht zur Diskussion, gehören nicht auf die Tribüne des Arbeitervereins, dafür gibt es andere Stellen ... Es ist gut, wenn der Präses die Arbeitgeber gelegentlich besucht, sie über die Bestrebungen des Vereins aufklärt, ihr Wohlwollen für den Verein erbittet. Vielfach gibt es auch noch Arbeitgeber..., die jeden für einen Aufwiegler halten, der sich ihrer Arbeiter annimmt.“²⁸¹

Die Zeitschrift ‚Arbeiterwohl‘ war vorwiegend ein Informationsblatt für die Präsidalräte und gab damit zumindest ein gewisses Verhalten für diese vor. Die gewünschte politische Abstinenz der Arbeitervereine erschwerte zwar das ‚Mündigwerden‘ der katholischen Arbeiter in politischer Hinsicht, stellte aber für die Arbeitgeber doch ein gewisses Maß an Beruhigung vor sozialdemokratischer Agitation der Arbeiter dar. Der Vorschlag Hitzes, die Arbeitgeber über die Präsidalräte von den Zielen der Vereine zu informieren, ermöglichte es aber auch den Unternehmern Einfluss zu nehmen. Wie wenig klar die politische Positionierung der Präsidalräte unter den Arbeitgebern noch 1886 war, zeigte der Hinweis auf den letzten Teil des Satzes, wo von „Aufwieglern“ gesprochen wurde. Klar-

²⁸⁰ HITZE, F., Generalversammlung der Katholiken Deutschlands in Breslau 1886, vom 29. August – 2. September 1886, in: B.H.A. HERMANS, Katholikentage 406.

²⁸¹ A. ERDMANN, Christliche Arbeiterbewegung, 209–210.

gestellt werden sollte, dass sich die Präsidien keineswegs in die Nähe der Sozialdemokraten positioniert hatten, sondern gegen den gemeinsamen Feind, die Sozialdemokratie, auftraten. Das zentrale Moment war, neben dem erbetenen Verständnis für die katholischen Arbeitervereine, der Schutz der Präsidien und damit der Kirche selbst, verbunden mit dem Bemühen deren Mitgliederschwund so gering als möglich zu halten.

Dennoch blieb die Arbeiterfrage bzw. der Arbeiterschutz blieb für Hitze das zentrale Thema auf den Katholikentagen der Jahre 1882 bis 1891. Die Bandbreite der Forderungen Hitzes erstreckte sich von der Beobachtung der Sittlichkeit in den Fabriken durch Ältestenkollegien, der Forderung nach ausreichenden Löhnen bis hin zur Gründung von der Fabrikkranken- und Arbeiterunterstützungskassen, wie sie auch schon Ketteler gefordert hatte,²⁸² bzw. den Bau von Hospizen für unverheiratete Arbeiter und Haushaltungsschulen.

Bereits 1881 bei seinem Eintritt in dem Verband ‚Arbeiterwohl‘ hatte Hitze die „Verhältnisse und die Sünden und Unterlassungen der besitzenden und regierenden Klasse gegenüber dem Arbeiterstand“ als Ursache des Elends der Arbeiter erkannt.²⁸³ 1887 bei der Generalversammlung in Trier nahm er dieses Thema unter anderem wieder auf. Nachdem Hitze das Ziel der christlichen Sozialpolitik, die Bewahrung der christlichen Kultur (z.B. Thron, Altar, Freiheit der Kirche, Achtung, Liebe) betont hatte, kam er am Schluss seiner Rede auf das Thema „Schuld“ zu sprechen, indem er sagte: „(E)es gilt aber auch die Lösung einer alten heiligen Schuld an den deutschen Arbeiterstand, die wir gemeinsam abzutragen haben.“²⁸⁴ Allerdings waren nur einige wenige Arbeitgeber in den 80er-Jahren bereit, die schlechte Situation ihrer Arbeiter durch Errichtung von

²⁸² Vgl. dazu; W.E. KETTELER, Fürsorge der Kirche für die Fabrikarbeiter, in: Schriften, Aufsätze und Reden 1867–1870, 440.

²⁸³ F. HITZE, Kapital und Arbeit, Nachwort 1921, in: K. GABRIEL/H.J. GROSSE KRACHT, Hitze, 165.

²⁸⁴ F. HITZE, Rede vom 29. August 1887 auf der 34. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands in Trier, in: K.E. BORN/H. HENNING/F. TENNSTEDT, Quellensammlung, II. Abteilung, Bd. 3, Arbeiterschutz, Von der kaiserlichen Sozialbotschaft bis zu den Februarerlassen, 496–500.

Wohnungen und Wohlfahrtseinrichtungen verschiedenster Art (Einrichtungen zur Weiterbildung, Speisesäle, Badeanstalten etc.²⁸⁵) zu verbessern.

Dass die Beschäftigung kirchlicher Kreise mit der ‚Sozialen Frage‘ bzw. mit der Sozialdemokratie drei Jahre vor *Rerum novarum* keinesfalls so üblich gewesen war, wie es vielleicht erforderlich gewesen wäre, zeigte Hitze 1888 auf der 35. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands in Freiburg in Breisgau. Er wandte sich in einem flammenden Appell an seine Zuhörer und forderte diese auf, nicht nur die „Anwaltschaft des armen Mannes zu übernehmen“, sondern auch die Sozialdemokratie zu studieren. „Auch in der Sozialdemokratie sind Wahrheit und Irrtum gemischt, der Irrtum wird gefährlich durch die Wahrheit, die ihm beigemischt ist“. Er nahm die Geistlichen in die Pflicht, indem er von der großen Verantwortung sprach, die ihnen nach Meinung Hitzes zukam, da das Christentum die ‚Soziale Frage‘ lösen müsse. Dieser Verantwortung schien sich der große Teil des Klerus nicht stellen zu wollen. Allerdings erschien die Reserviertheit besonders der älteren Priestern gegenüber (sozial-)politischen Problemen aufgrund ihrer Erfahrungen während des Kulturkampfes bis zu einem gewissen Grad verständlich. Hitze bot die Hilfe von ‚Arbeiterwohl‘ an und griff in seiner Ausführungen über weite Strecken auf die Bestimmungen der Fabrikordnung bzw. die Einrichtungen der Fa. Brandts als mögliche Anregungen zurück.²⁸⁶

Einen Einblick in das damalige Verständnis der Bischöfe in Preußen zur ‚Sozialen Frage‘ gab deren Hirtenbrief vom 23. August 1890, den Erdmann zumindest in Teilen wiedergab. Nachdem auch dort die Bedeutung der Kirche bei der Lösung der sozialen Frage zum Ausdruck gebracht wurde, gaben die Bischöfe ihre Meinung dazu ab. Nicht äußere Umstände würden das soziale Übel bewirken, sondern die innere Beschaffenheit der Menschen; in dem Mangel an Tugend, rechter Gesinnung, Genussucht und Habgier. „Gerechtigkeit,

²⁸⁵ KLEE, H. Vorname nicht ausgeschrieben, (Hg.) Neueste Mittheilungen, V. Jahrgang, Nr. 99, in: Amtspresse Preußens vom 12. Oktober 1886. URL: <http://amtspresse.staatsbibliothek-berlin.de/ausgabe.php> (Abfrage vom 21. August 2010).

²⁸⁶ F. HITZE, Rede vom 6. September 1888 auf der 35. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands in Freiburg in Breisgau, in: H. HENNING/F. TENNSTEDT, Quellensammlung, II. Abteilung, 1.Bd., Von der kaiserlichen Sozialbotschaft bis zu den Februarerlassen, 338–344.

Billigkeit und Wohlwollen" wurden von den Arbeitgebern verlangt. Bezüglich der Arbeiter hieß es, man "flöße den Arbeitern Arbeitsamkeit, Geduld, Genügsamkeit, Sparsamkeit, Bescheidenheit ein, man bewahre sie vor Unsittlichkeit und Unmäßigkeit, man schütze die Jugend vor Entartung, man schaffe ein sittenreines und zufriedenes Familienleben."²⁸⁷ Damit könnte die ‚Soziale Frage‘ "entschärft" werden. Konstruktive Vorschläge für die Ausführung dieser Zielvorgaben unterblieben.

Der Wunsch Hitzes, die Sozialdemokratie überwinden zu können, erfüllte sich bei den Reichstagwahlen 1890 nicht; im Gegenteil: Diese konnte ihren Stimmenanteil gegenüber 1887 verdoppeln.²⁸⁸ Hitze schrieb das ausschließlich dem „gebildeten liberalen Bürgertum“ zu, weil durch „den Materialismus des ‚Manchester‘- Bürgertums sei die arbeitende Klasse erst in ‚den Kampf ums Dasein‘ geführt worden.“²⁸⁹

Allerdings erwies sich die Zeit um 1890 (Februarerlasse 1890 und Rerum novarum 1891) durch die starke Zunahme der Vereinstätigkeit für die katholisch-soziale Arbeiterbewegung als eine Zeit des Höhepunkts. Dafür gab es mehrere Gründe und zwar: Zunächst wurden die katholischen Arbeitervereine vom Papst gewünscht und damit sanktioniert. Ferner durch den 1890 entstandenen ‚Volkverein für das katholische Deutschland‘, in dem Hitze ab 1892 die ‚praktisch-sozialen Kurse‘ abhielt, um den Arbeitern religiöse und staatsbürgerliche Themen nahezubringen,²⁹⁰ durch die Katholikentage, die das Anliegen des Volkvereins mittrugen, und nicht zuletzt durch das nun gesteigerte Interesse des Klerus für die Arbeiterseelsorge.

Die oft gestellten Forderungen der Zentrumsparterie unter tatkräftiger Mitwirkung Hitzes für eine Erweiterung des Arbeiterschutzes an die staatliche Autorität fanden ihre Erfüllung im Arbeiterschutzgesetz vom 1. Juni 1891.

²⁸⁷ A. ERDMANN, Christliche Arbeiterbewegung, 214.

²⁸⁸ Autor unbekannt, Art.: Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Stimmenanzahl in Prozent: 1887 – 10,1%, 1890 – 19,8%, URL: http://de.wikipedia.org/wiki/Sozialdemokratie_Partei_Deutschlands (Abfrage vom 30. September 2010).

²⁸⁹ F. HITZE, in: B.H.A. HERMANS, Katholikentage, 379–380.

²⁹⁰ Um 1892 betrug die jährliche Teilnehmerzahl 500 bis 1.000 Personen, R. MORSEY, Franz Hitze – Sozialreformer und Sozialpolitiker, in: K. GABRIEL/H.J. GROSSE KRACHT, Hitze, 24.

Zwei Themenkreise blieben bis jetzt ausgespart und zwar: die katholische Arbeiterjugend und die Fabrikarbeit der Frauen.

Schwierig war es für Hitze, der, dem Beispiel Kolpings folgend, seit den 80er-Jahren versuchte, die Arbeiterjugend für die katholische Sache zu gewinnen, indem er mehrfach auf die Notwendigkeit der Gründung von Jugendvereinen hinwies. Zwar wurde dank seines Aufrufs am Katholikentag von 1886 in Breslau seine Idee umgesetzt und es bildeten sich bis ca. 1900 etwa 40 Vereine, dennoch nahm deren Anzahl bald wieder ab und erst nach dem Ersten Weltkrieg wieder zu.

Hitzes wiederholtes Auftreten gegen die Fabrikarbeit der Frauen,²⁹¹ speziell gegen die Nachtarbeit schien verständlich, wenn man sich die Zunahme der Frauenarbeit in den Fabriken ansah. Diese hatte sich in der Zeit von 1882 bis 1907 verdoppelt.²⁹²

Hitze war der Meinung, dass die Arbeitsteilung – der Mann sorgt für das Einkommen, die Frau versorgt den Haushalt und erzieht die Kinder – „aufgrund der Anlage und Natur der Geschlechter“ von Gott her begründet sei. Die Berufstätigkeit der Frau berge die Gefahr, dass der Sinn für die Häuslichkeit abnehmen könnte. In der richtigen Haushaltsführung und dem klugen Sparen sah er aber ein wichtiges, volkswirtschaftliches Moment.²⁹³

Die von Hitze angeführten Argumente hatten sicher zum Teil ihre Berechtigung und lagen auf der damals gesellschaftlich vorherrschenden Linie des Patriarchats. Aber Hitze schien vergessen zu haben, dass zwar erst im 19. Jahrhundert die berufstätige Frau vermehrt die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich lenkte, obwohl die den unteren Schichten angehörenden Frauen, vor allem in den Städten, schon lange vorher berufstätig gewesen waren (z.B. Marktfrauen, Putzmacherinnen, Kinder- und Stubenmädchen etc.). Die Verhältnisse, die

²⁹¹ HITZE, F. Rede vom 29. August 1887, in: K.E. BORN/H. HENNIN/G .F. TENNSTEDT, Quellensammlung, II. Abteilung, Bd. 3, Arbeiterschutz, Von der kaiserlichen Sozialbotschaft bis zu den Februarerlassen 496–500. Vgl. dazu: W. E. KETTELER, Die Arbeiterbewegung und ihr Streben im Verhältnis zu Religion und Sittlichkeit, in: Schriften, Aufsätze und Reden 1867–1870, 420.

²⁹² F. HITZE, Geburtenrückgang, in: Ehe und Volksvermehrung, 31.

²⁹³ F. HITZE, Geburtenrückgang, in: Ehe und Volksvermehrung, 93–94.

Hitze sich für die Familie wünschte, waren ein Abbild der bürgerlichen, situier- ten Familie und widersprachen der realen Wirklichkeit, da die Arbeiterfamilie auf das Zubrot der Frau angewiesen war, was zugegebenermaßen das Konkur- renzverhältnis zwischen Mann und Frau in der Fabrik verschärfte. Hitzes Nei- gung zur Sozialromantik schlug hier durch.

Gegen Ende seines Lebens griff Hitze 1917 in dem Band ‚Ehe und Volksver- mehrung‘ unter dem Titel ‚Geburtenrückgang und Sozialreform‘ seine alten Forderungen bezüglich eines erhöhten Schutzes der Familie, der Aus- dehnungen diverser Versicherungen, des Rufes nach besserer Bildung, der Verbesserung der Wohnungsverhältnisse für Arbeiter etc. wieder auf.

Nach dem Ersten Weltkrieg von 1918 gehörte Hitze ab 1919 als Mitglied der Zentrumspartei dem Verfassungsausschuss an; die parlamentarische Demokra- tie bejahte er.²⁹⁴

Hitze, als erfahrenes Mitglied der Zentrumspartei, brachte im Laufe der Jahre im Verband mit anderen zahlreiche Anträge zur Verbesserung der wirtschaftli- chen und gesellschaftlichen Lage der Arbeiter ein. Seiner Idee einer Neuord- nung der Gesellschaft auf ständischer Grundlage blieb Hitze lebenslang treu.²⁹⁵

Teile der Forderungen, die seinerzeit schon Ketteler aufgestellt hatte, konnten in den 90er-Jahren durch das Zusammenwirken aller Parteien in Gesetzkraft erwachsen.

1893 wurde Hitze ao. Professor für Christliche Gesellschaftslehre. Die Themen seiner Lehrtätigkeit ab 1893 an der ‚Königlichen Akademie‘ in Münster (ab 1903 Universität) bezogen sich ausschließlich auf den Arbeiterschutz, die Arbei- terorganisation und die Sozialfürsorge.²⁹⁶ Sein Wissen und seine große Erfah- rung auf dem Gebiet der praktischen Sozialpolitik gab Hitze im Rahmen seiner universitären Tätigkeit an die nächsten Generationen weiter. 1905 brachte Hitze

²⁹⁴ R. MORSEY, Franz Hitze – Sozialreformer und Sozialpolitiker, in: K. GABRIEL/H.J. GROSSE KRACHT, Hitze, 31.

²⁹⁵ F. HITZE, Kapital und Arbeit, Nachwort 1921, in: K. GABRIEL/H.J. GROSSE KRACHT, Hit- ze, 156–157.

²⁹⁶ R. MORSEY, Franz Hitze – Sozialreformer und Sozialpolitiker, in: K. GABRIEL/H.J. GROSSE KRACHT, Hitze, 21–22.

ein Lehrbuch mit dem Titel ‚Die Arbeiterfrage und die Bestrebungen zu ihrer Lösung‘ als Hilfestellung für die Praxis heraus.²⁹⁷

Seine über 40 Jahre dauernde Tätigkeit auf sozialpolitischem Gebiet machte ihn zu einem der bekannten Führer des sozialen Katholizismus.

II.3.3.) Auf der Basis von Rerum novarum und den Februarerlassen: Otto Müller – Förderer der politischen Arbeiterbildung und Organisator von Arbeitervereinigungen seit der Jahrhundertwende

Otto Müller wurde am 9. Dezember 1870 in Eckenhagen (Bergisches Land) als Sohn eines Lehrers geboren, studierte von 1889–1894 Theologie in Bonn und wurde 1894 zum Priester geweiht. 1896 wurde er Kaplan in Mönchengladbach und führte als Vorsitzender den dortigen katholischen Arbeiterverein. Ab 1900 übernahm er die Stelle des Generalsekretärs des Verbandes der Arbeitervereine der Erzdiözese Köln.²⁹⁸ Ab 1899 arbeitete er als Referent für Arbeiterfragen und soziales Vereinswesen in der Zentrale des ‚Volksvereins für das katholische Deutschland‘ und gründete im selben Jahr mit August Pieper die ‚Westdeutsche Arbeiter-Zeitung‘ (WAZ) mit dem Ziel, die Arbeiterschaft besser erreichen zu können. Er gab aber die Leitung im selben Jahr noch ab und übertrug diese dem Arbeitersekretär Johann Gisberts.²⁹⁹ Als Zweitstudium wählte Müller das Studium der Nationalökonomie, das er von 1902–1904 in Freiburg in Breisgau³⁰⁰ belegte, und promovierte 1904 zum Doktor rer. pol.³⁰¹ 1904 wurde er erster Generalsekretär des neu gegründeten ‚Verbandes der katholischen Arbeiter- und Knappenvereine Westdeutschlands‘ und 1906 Diözesanpräses von Köln, 1918 entlassen und im gleichen Jahr erfolgte seine Ernennung zum

²⁹⁷ R. MORSEY, Franz Hitze – Sozialreformer und Sozialpolitiker, in: K. GABRIEL/H.J. GROSSE KRACHT, Hitze, 24.

²⁹⁸ MÜLLER, Otto, Die christliche Gewerkschaftsbewegung Deutschlands mit besonderer Berücksichtigung der Bergarbeiter- und Textilarbeiter-Organisationen, in: Volkswirtschaftliche Abhandlungen der Badischen Hochschulen, Bd. VIII. 1. Ergänzungsband, FUCHS; Carl Johannes (u.a.) (Hg.) Karlsruhe 1905, Vorwort, XI; [*in Folge*: O. MÜLLER, christliche Gewerkschaftsbewegung]

²⁹⁹ ARETZ, Jürgen, Art.: Müller, Otto in: NDB, Bd. 18, 465.

³⁰⁰ WINKELHEIDE, Josef, Art.: Müller, in: LThK³ 7, 519.

³⁰¹ ARETZ, Jürgen, Art.: Müller, Otto in: NDB, Bd. 18, 465.

Verbandspräses der ‚Katholischen Arbeiternehmer Bewegung Westdeutschlands‘ (KAB³⁰²) in Köln³⁰³ und 1922 zum Prälaten.³⁰⁴ Er betätigte sich in der Zeit zwischen 1919 und 1929 als Zentrums-Stadtverordneter in Mönchengladbach und nach der Verlegung der Verbandszentrale der Arbeitervereine nach Köln bekleidete er auch dort die Stellung eines Stadtverordneten des Zentrums bis 1933. Bereits in den 30er-Jahren hatte er im Kölner Kettelerhaus Kontakt mit Gegnern des Nationalsozialismus, der sich nach 1942 vertiefte. Er wurde im Juli 1944 verhaftet und starb, fast erblindet und schwer magenkrank, im September desselben Jahres in der Gestapohaft.³⁰⁵

Müller galt als eine ruhige, besonnene Persönlichkeit,³⁰⁶ überdurchschnittlich begabt und äußerst arbeitsam. Je nach der politischen Orientierung wurde er von den Liberalen als ein ‚roter Kaplan‘ und von den Sozialisten als ein ‚Schwarzer‘ gesehen,³⁰⁷ was die Unsicherheit der Zuordnung dieser Geistlichen außerhalb des kirchlichen Bereichs aufzeigte. Er war befreundet mit August Pieper und Franz Hitze, die auch seine Ratgeber waren.³⁰⁸ Die Schwerpunkte seiner Tätigkeiten lagen auf vor allem auf der Arbeiterbildung und der

³⁰² WINKELHEIDE, Josef, Art.: „Katholische Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands (KAB) ist als Bundesverband (1996 ca. 300 000 Mitgl., 1971 gegr.) der Zusammenschluss des Süd-dt. Verbandes (München, gegr. 1891): Verband kath. Arbeitervereine; 1906 Verband kath. Arbeiterinnenvereine), des West-dt. Verbandes (Köln, gegr. 1904), des Landesverbandes Rottenburg-Stuttgart (gegr. 1926) sowie der Christlichen Arbeiterjugend CAJ (Essen, gegr. 1947) und des Verbandes der kath. it. Arbeitnehmer ACLI (Frankfurt (Main). ... Sie ist eine Glaubens-, Aktions- u. Selbsthilfegemeinschaft.“ in: LThK³ 5, 1348–1349.

³⁰³ WINKELHEIDE, Josef, Art.: Müller, in: LThK³ 7, 519.

³⁰⁴ HEHL, Ulrich, Katholische Kirche und Nationalsozialismus im Erzbistum Köln 1933–1945, in: Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, in Verbindung mit ALBRECHT, Dieter/KRAUS, Andreas/REPGEN, Konrad, MORSEY, Rudolf (Hg.) Reihe B, Forschungen, Bd. 23, Mainz 1977, 236.

³⁰⁵ ARETZ, Jürgen, Art.: Müller, Otto, in: NDB 18, 465.

³⁰⁶ ARETZ, Jürgen, Katholische Arbeiterbewegung und Nationalsozialismus, Der Verband katholischer Arbeiter- und Knappenvereine Westdeutschlands 1923–1945, Dissertation in: der Kommission für Zeitgeschichte, in Verbindung mit ALBRECHT, Dieter/LILL, Rudolf/REPGEN, Konrad, MORSEY Rudolf (Hg.) Reihe B, Forschungen, Bd. 25, Mainz 1978; 232 [*in Folge*: J. ARETZ, Arbeiterbewegung und Nationalsozialismus].

³⁰⁷ ARETZ, Jürgen, Otto Müller 1870–1944, in: Zeitgeschichte in Lebensbildern, Bd. 3 Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts, ARETZ, Jürgen/MORSEY, Rudolf/RAUSCHER, Anton (Hg.) Mainz 1979, 191; [*in Folge*: J. ARETZ, Zeitgeschichte].

³⁰⁸ H. BUDDE, ‚rote Kapläne‘ 59.

Organisation der Arbeiterschaft in den Arbeitervereinen, Genossenschaften und Gewerkschaften.³⁰⁹

Der Beginn der 90er-Jahre war von zwei wichtigen Dokumenten geprägt. Staatlicherseits erließ Wilhelm II. 1890 die Februarerlasse, mit denen er eine Verbesserung der Lage der Arbeiter bezüglich der Arbeitszeit, der Dauer und der Art der Arbeit wünschte. Einerseits habe es die Staatsgewalt so zu regeln, dass „die Erhaltung der Gesundheit, die Gebote der Sittlichkeit, die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter und ihr Anspruch auf gesetzliche Gleichberechtigung gewahrt bleiben“ [*sic*], und andererseits wünschte der Kaiser, dass eine Einrichtung geschaffen werde, die die Zusammenarbeit der Arbeitnehmervereine mit den Arbeitgeberern und den Organen des Staates ermöglichen sollte, damit die Arbeiter in der Lage wären, ihre Wünsche auch zu äußern.³¹⁰

Vonseiten der Kirche stellte die Sozialzyklika *Rerum novarum* von 1891 die Position der Kirche aus ihrem Verständnishorizont dar. Zentrale Themen waren im Wesentlichen die Eigentumsproblematik, die Bewahrung der Eigenständigkeit der Familie gegenüber dem Staat, die scharfe Verurteilung von Gewalt, die Versöhnung der Klassen, die Wahrung der Würde der Arbeiter und die Pflichten der Arbeitgeber gegenüber ihren Arbeitnehmern. Die Bewältigung der ‚Sozialen Frage‘ bedurfte nach *Rerum novarum* der Zusammenarbeit von Kirche, Staat und Arbeiterschaft. Der Kirche kam es zu, neben ihrer karitativen Tätigkeit, die sittliche und religiöse Gesinnung zu stärken, dem Staat oblag die Förderung des Gemeinwohls und der Arbeiterschaft die Bereitschaft, aktiv an der Verbesserung ihrer Lage mitzuarbeiten (Selbsthilfe), was in Form der Arbeitervereinigungen möglich wäre.³¹¹

Die oben genannten Dokumente bildeten die Basis der frühen Tätigkeit Müllers. Er zog zunächst Bilanz über die Erfahrungen, die bezüglich des Umgangs mit der Arbeiterproblematik in den 80er-Jahren gemacht worden waren. Die bishe-

³⁰⁹ BUDDE, Heinz, Handbuch der christlich-sozialen Bewegung, Recklinghausen 1. Auflage 1967 206–207; [*in Folge*: H. BUDDE, Handbuch].

³¹⁰ HAMMANN, O., Vorname nicht ausgeschrieben (Hg.) Neueste Mittheilungen, II. Jahrgang, Nr. 12, in: Amtspresse Preußens, vom 7. Februar 1890. Februarerlasse, URL: <http://amtspresse.staatsbibliothek-berlin.de/vollanzeige.php> (Abfrage vom 15. August 2010).

³¹¹ A. ANZENBACHER, Christliche Sozialethik, 138–139.

rige staatliche Politik war trotz des Sozialistengesetzes nicht imstande gewesen, eine Ausbreitung der Sozialdemokratie zu verhindern bzw. diese zurückzudrängen, und durch die paternalistische Fürsorge vonseiten der christlichen Sozialpolitik war ein selbständiges Mitgestalten der Arbeiter nicht oder nur bedingt möglich gewesen. Als Beispiel für diese Art ließ sich laut Müller der paternalistisch geführte Verband ‚Arbeiterwohl‘ anführen, der zwar Wohlfahrtseinrichtungen und Bildungsmöglichkeiten anbot, aber darüber nicht hinauskam.³¹²

Ziel der katholischen Arbeitervereine musste es nun sein, diese von der paternalistischen Schiene zu lösen, um die Arbeiterschaft als gleichwertigen ‚Stand‘ unter den anderen Ständen etablieren zu können.

Allerdings bestand eine Reihe von Schwierigkeiten, zunächst auch im kirchlichen Bereich selbst. Während im Hirtenbrief der preußischen Bischöfe von 1890 die Tätigkeit des Klerus in den Vereinen sowohl von den Bischöfen als auch vom Papst noch gelobt wurde, enthielt jener zehn Jahre später einerseits der Dank an jene Geistlichen, die in den Vereinen tätig waren, andererseits wurde aber auch bemerkt, dass bei manchen Geistlichen „der rechte Eifer erkaltet sei und das Interesse nachgelassen habe, welches diese Arbeit erfordert“,³¹³ oder überhaupt kein Interesse an der neuen Form der Seelsorge bestand.³¹⁴

Im politischen Bereich machte Müller 1901 die starke Zunahme der Sozialdemokratie bei den Reichstagswahlen erhebliche Sorgen.³¹⁵ Wie Hitze hatte sich auch Müller bereits während seiner Studienzeit mit der ‚Sozialen Frage‘ beschäftigt und sah die katholischen Arbeitervereine als ein Mittel zur Selbsthilfe³¹⁶ und als ‚Schutzwehr‘ gegen die atheistische Sozialdemokratie. Darum bedauerte er auch die mangelnde Bereitschaft mancher Geistlichen bzw. die feh-

³¹² O. MÜLLER, christliche Gewerkschaftsbewegung, 12–13.

³¹³ O. MÜLLER, katholische Arbeitervereine, 4.

³¹⁴ RITTER, Emil, Die katholisch-soziale Bewegung Deutschlands im neunzehnten Jahrhundert und der Volksverein, Köln 1954, 286; [in Folge: E. RITTER, katholisch-soziale Bewegung und der Volksverein].

³¹⁵ Die Sozialdemokratie hatte 1890 einen großen Wahlsieg errungen und mit 1.430.000 Stimmen ihren Stimmenanteil fast verdoppelt, in: A. ERDMANN, Christliche Arbeiterbewegung, 213.

³¹⁶ O. MÜLLER, christliche Gewerkschaftsbewegung, 16.

lende Einsicht der Arbeiter zur Mitarbeit an den nötigen Reformen³¹⁷ – ein Problem, das nach Meinung Müllers unbedingt gelöst werden musste.

Die Arbeiter mussten von der Notwendigkeit der Mitarbeit überzeugt werden und auch die übrigen Stände hatten sich daran zu beteiligen. Die Forderung Müllers nach Mitarbeit aller Stände sah er darin begründet, dass den Arbeitern Rechte vorenthalten worden waren, die andere schon besaßen (z.B. die Teilhabe an den Errungenschaften der damaligen Zeit oder ein menschenwürdiges Dasein). Müller stimmte diesbezüglich mit Hitze überein, der ebenfalls von der Abtragung einer Schuld an dem Arbeiterstand sprach, die alle abzutragen hätten.

Die Bildung der Arbeiter lag Müller sehr am Herzen, denn nur über den Weg der Bildung würde es den Arbeitern möglich sein, an der Lösung der ‚Sozialen Frage‘ mitzuarbeiten und ihren weiteren Lebensweg günstig beeinflussen zu können. Es galt, das niedrige Bildungsniveau derselben zu heben, was allerdings auf erhebliche Schwierigkeiten stieß, da die Arbeiter geistigen Anstrengungen gegenüber eher zurückhaltend waren. Müller machte 1901 ganz deutlich klar, dass nicht das Vergnügen bei den Vereinssitzungen der Arbeitervereine im Vordergrund zu stehen habe, sondern die belehrenden Vorträge.³¹⁸ Er erkannte die Notwendigkeit der Heranbildung von Arbeiterführern aus den eigenen Reihen, da diese die Arbeitswelt genau kannten und auch einen guten Zugang zu den Kollegen hatten.

Zur Unterstützung der Bildungsarbeit erschien zwar ab 1. April 1899 die Westdeutsche Arbeiterzeitung (WAZ) als Verbandswochenblatt der Katholischen Arbeiternehmer Bewegung (KAB),³¹⁹ allerdings wurde sie, wie Müller sagte,

³¹⁷ E. RITTER, katholisch-soziale Bewegung und der Volksverein, Zitat von Müller: „Man kann noch soviel reden von sozialem Elend, sozialen Pflichten usw., solange die Arbeiter sich nicht ebenfalls ihrer Pflicht, miteinzugreifen bewußt werden, wird alle Mühe und Arbeit an der materiellen Hebung unseres Volkes nicht den gewünschten Erfolg finden. Leider sind wir davon noch weit entfernt. Weite Kreise des arbeitenden Volkes stehen der sozialen Bewegung noch gleichgültig gegenüber. Es ist in ihnen noch nicht das Bewusstsein erwacht, daß sie zu einem Stande gehören, der der Hebung bedürftig ist, und daß auch sie an dieser Hebung mitzuarbeiten haben“ [sic] 284–285.

³¹⁸ O. MÜLLER, katholische Arbeitervereine, 39–40.

³¹⁹ H. BUDDE, Handbuch, Die KAB sah sich als katholische Standesorganisation ohne gewerkschaftliche Aufgaben, wollte aber Bildungsarbeit leisten und „betrachtet sich als ein organisato-

nicht besonders gut aufgenommen, da sie als schwierig zu lesen galt.³²⁰ Aufgabe dieser Zeitschrift war es, sich mit grundsätzlichen und tagespolitisch relevanten Fragen auseinanderzusetzen, die Verbindung sowohl zwischen der Verbandsleitung und den Mitgliedern als auch die Vernetzung der Vereine untereinander herzustellen. Die ‚WAZ‘ bestand bis 1934, wurde ab Jänner 1935 in ‚Ketteler-Wacht‘ umbenannt und 1938 verboten.³²¹

Den Zweck der katholischen Arbeitervereine legte Müller 1901 in seinem Entwurf für die katholischen Arbeitervereine dar. Unter Punkt zwei wurde u.a. „die Bekämpfung der socialistischen Irrtümer“*[sic]*, wie schon bei Cronenberg und Hitze, angestrebt und unter Punkt sieben wurden politische Bestrebungen ausgeschlossen,³²² was Erdmann allerdings anders sah: Seiner Meinung nach hatten die Arbeitervereine die Ansprüche der Kirche, des Zentrums und des Unternehmertums zu befriedigen. Die Mitglieder sollten gläubig bleiben, der Einfluss der Unternehmer durch Ehrenmitgliedschaft gesichert und die Politik des Zentrums den Arbeitern nahegebracht werden.³²³

Während eine Reihe von Vorträgen und Veranstaltungen von allen Mitgliedern besucht werden konnten, waren die ‚socialen Unterrichtskurse‘ speziell den intelligenteren Mitgliedern vorbehalten, die Arbeiterführer in den Vereinen werden sollten, um soziale Reformen voranzutreiben. Nach Müllers Vorstellung sollte der Kurs auf 30 Mitglieder im Alter von 30–40 Jahren beschränkt bleiben.

risches Instrument der gesellschaftspolitischen Verwirklichung der Grundsätze und Ordnungsprinzipien katholischer Soziallehre.“ 153.

³²⁰ JOOS, Joseph, Die KAB in der Geschichte der christlichen Arbeiterbewegung (Deutschlands, Kartellverband der katholischen Arbeiter-Bewegung Deutschlands (Hg.) Köln 1963, 19; *[in Folge: J. JOOS, Die KAB]*.

³²¹ BUDDE, Heinz, Christentum und soziale Bewegung, in: Der Christ in der Welt, Eine Enzyklopädie, in verantwortlicher Zusammenarbeit mit deutschen und französischen Autoren, HIRSCHMANN, Johannes (Hg.) XIII. Reihe, Christentum und Kultur, Bd. 5. ^{2.Auflage} Aschaffenburg 1962, 129.

³²² O. MÜLLER, katholische Arbeitervereine, Entwurf des Statuts eines kath. Arbeitervereins: Auszug: 1.) Wahrung und Förderung der Religiosität und Sittlichkeit seiner Mitglieder im festen Anschluß an die Kirche. 2.) Belehrung und Aufklärung der Mitglieder über die Bestrebungen der christlichen Socialreform und Bekämpfung der socialistischen Irrtümer, 3.) Schutz und Förderung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter, besonders durch Erziehung zur praktischen Mitarbeit an den Bestrebungen zur gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Hebung ihres Standes, 4.) Pflege der geistigen und gewerblichen Bildung, 5.) Schaffung von Wohlfahrtseinrichtungen, 6.) Förderung der Standestugenden und Hebung des Standesbewußtseins, 7.) Pflege echter Kameradschaft sowie veredelnder Unterhaltung und Geselligkeit. (Politische Bestrebungen sind ausgeschlossen) *[sic]* 62.

³²³ A. ERDMANN, Christliche Arbeiterbewegung, 212–213.

Die Kursteilnehmer hatten eigenständig Referate über die aktuellen Probleme ihres Industriebezirkes zu halten, über mögliche Lösungen nachzudenken und praktische Maßnahmen zu deren Durchführung vorzuschlagen. Der Vorsitz wurde wechselweise geführt, der Präses besorgte das auszuarbeitende Material und übte gegebenenfalls Kritik.³²⁴ Als nächsten Schritt dachte Müller für die besten Absolventen der Unterrichtskurse systematische Studien an, um später in der Funktion als Arbeitersekretäre auch politischen Aufgaben übernehmen und in christlichen Organisationen oder der Gewerkschaft tätig sein zu können.³²⁵

Erdmann, der die katholischen Arbeitervereine aufmerksam beobachtete, berichtete über das mangelnde Interesse der Arbeiter an den Unterrichtskursen. Er berief sich dabei auf einen Artikel in der WAZ von 1908, Nr. 20, in dem von nur einer geringen Auslastung (3 oder 4% der Mitglieder) dieser Kurse die Rede war und „daß es in der Tat mit den Unterrichtskursen nicht recht vorangehe“ [sic].³²⁶ Allerdings nahmen in den folgenden Jahren die Mitglieder die Bildungsmöglichkeiten vermehrt in Anspruch, denn Joseph Joos³²⁷ bestätigte in seiner Schrift ‚Die katholischen Arbeitervereine‘ von 1913 den Erfolg der katholischen Arbeitervereine an der ‚kulturellen Hebung‘ seiner Mitglieder, wengleich die Vereinstätigkeiten seiner Meinung nach in der Öffentlichkeit nicht genügend Beachtung fanden.³²⁸

Nach Ansicht Müllers sollten die katholischen Arbeitervereine Einfluss auf die Zentrumspartei und auf die gesetzgebenden Körperschaften haben. Da aber eine direkte Einflussnahme auf das politische Geschehen aufgrund des Vereinsrechtes nicht zulässig war, regte Müller mit anderen 1908 die Gründung der ‚Politischen Komitees‘ an. Diese Komitees bestanden aus den Arbeitersekretären der Diözesen, Vertretern der christlichen Gewerkschaften sowie aus ka-

³²⁴ O. MÜLLER, katholische Arbeitervereine, 54–55.

³²⁵ O. MÜLLER, katholische Arbeitervereine, 30–31.

³²⁶ A. ERDMANN, Christliche Arbeiterbewegung, 242.

³²⁷ GIERS, Joachim, Art: Joos, Josef, 1878–1965, Redakteur bei der Westdeutschen Arbeiterzeitung, Arbeiterführer und Politiker, 1919 Mitglied der Nationalversammlung, 1920–33 Mitglied des Reichstages als Abgeordneter der Zentrumspartei, NDB 10, 595–596.

³²⁸ JOOS, Joseph, Die katholischen Arbeitervereine, 1. bis 3. Tausend. in: Studenten-Bibliothek, Sekretariat Sozialer Studentenarbeit (Hg.) 12. Heft, M. Gladbach 1913, 3; [in Folge: J. JOOS, katholische Arbeitervereine].

tholischen Vertretern der politischen Gremien (Reichs- und Landtagsabgeordnete). Über diesen Umweg versuchte Müller, den katholischen Arbeitervereinen Einfluss zunächst auf die Steuerpolitik und ab 1916 auch auf die preußische Schulreform zu ermöglichen.³²⁹ Als Müller 1917 noch für das allgemeine Wahlrecht und die Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts in Preußen eintrat, zog er sich als Diözesanpräses von Köln die Missbilligung seines Kardinals Felix Kardinal von Hartmann zu. Das Dreiklassenwahlrecht war ungleich und indirekt. Ausschlaggebend für die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Klasse war das Steueraufkommen. Da jede Klasse die gleich große Anzahl von Wahlmännern stellte, waren die Arbeiter aufgrund ihres geringen Steuereinkommens gegenüber den höheren Klassen stark unterrepräsentiert.³³⁰ Das allgemeine Wahlrecht hätte den politischen Einfluss der Arbeiter wesentlich erhöht. Müller hatte sich mit der Befürwortung der Installierung der ‚Politischen Komitees‘ und seinem Eintreten für das allgemeine Wahlrecht in Opposition zu Teilen der Zentrums- partei und des Episkopats gestellt, was ihm wahrscheinlich die zeitweise Absetzung als Diözesanpräses eingebracht hatte.³³¹

Neben der Bildung bedurfte auch die praktische Vereinsarbeit einer Neuordnung. Zwar hatte das bereits unter Hitze herausgegebene Blatt ‚Arbeiterwohl‘ den Arbeiterpräses Anregungen für die praktische Vereinstätigkeit gegeben, allerdings schien es, um ein System in die Vereinstätigkeit bringen zu können, zweckmäßig die Vereine organisatorisch zusammenzufassen.³³² Auf Anregung Müllers schlossen sich 1904 die katholischen Arbeitervereine der westdeutschen Diözesen zum ‚Verband³³³ katholischer Arbeiter- und Knappenvereine Westdeutschlands‘ zusammen, dessen erster Generalsekretär Müller wurde; aus dem Vereinskatholizismus der Verbandskatholizismus.³³⁴ Die Zusammen-

³²⁹ J. ARETZ, Zeitgeschichte, 195–196.

³³⁰ Art.: Dreiklassenwahlrecht, in: FACHREDAKTIONEN, Schülerduden, Die Geschichte 115.

³³¹ J. ARETZ, Zeitgeschichte, 195–196.

³³² E. RITTER, katholisch-soziale Bewegung und der Volksverein, 282.

³³³ Den Begriff ‚Verband‘ definiert Weber folgendermaßen: „Eine nach außen regulierend beschränkte oder geschlossene soziale Beziehung, wenn die Innehaltung ihrer Ordnung garantiert wird durch das eigens auf deren Durchführung eingestellte Verhalten bestimmter Menschen.“ URL:<http://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition&verband.html> (Abfrage vom 21. September 2010).

³³⁴ J. ARETZ, Zeitgeschichte, 195.

ziehung der einzelnen Vereine zu Verbänden ließ das angestrebte Ziel, die „Förderung der Arbeitervereinsbewegung“, durch das einheitliche Vorgehen leichter verfolgen als in den einzelnen Vereinen, da eine straffere Organisation möglich war. 1911 schlossen sich die drei Hauptverbände zum ‚Kartellverband katholischer Arbeitervereine West-, Süd- und Ostdeutschlands‘ zusammen.³³⁵

Wie schon ausgeführt, kam es 1894 zur Gründung der christlichen Gewerkschaften in Mainz,³³⁶ für die der Volksverein geworben hatte.³³⁷ Die Gewerkschaften verstanden sich als politische Organe und Müller schrieb ihnen eine große Bedeutung zu, denn sie ermöglichten Verhandlungen über die Arbeitsverträge zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf gleicher Augenhöhe. In dem Schlussteil seines Buches „Die christliche Gewerkschaftsbewegung Deutschlands“ von 1905 fasste er seine Sichtweise über den Zustand und die Möglichkeiten der christlichen Gewerkschaften zusammen. Als Nachteil sah er die geringe Mitgliederzahl der christlichen gegenüber den sozialdemokratischen Gewerkschaften. Gründe hierzu waren die späte Entstehung der christlichen Gewerkschaften und die Irritationen unter den christlichen Arbeitern durch die Gründung der Fachabteilungen, was zur Folge hatte, dass sich die Arbeiter an der Gewerkschaftsarbeit nur mäßig beteiligten. Als Vorteil sah er die Dominanz der christlichen Gewerkschaften in den Industriezentren der Provinzen von Rheinland und Westfalen gegenüber den sozialdemokratischen. Was die Zukunftsaussichten betraf, erhoffte er sich von dem süddeutschen Raum Zuwächse, war aber skeptisch bezüglich der anderen Landesteile.³³⁸

Auch Müller hatte, wie Hitze, Probleme, zwei Bevölkerungsgruppen in die Katholische Arbeiterbewegung einzugliedern; und zwar die Frauen und die Ju-

³³⁵ M. BACHEM-REHM, katholische Arbeitervereine, 173.

³³⁶ O. MÜLLER, christliche Gewerkschaftsbewegung, 1905 fasste Müller die ‚Mainzer Leitsätze‘ zusammen: Demnach sollen die Gewerkschaften interkonfessionell und unparteiisch sein, einzelne Berufsstände umfassen und sich aus Ortsgruppen zusammensetzen. Aufgaben: Hebung der leiblichen und geistigen Lage der Berufsgenossen (Versicherung bei Krankheit, Unfälle, Arbeitslosigkeit u.a.), Mittel zur Durchführung der Aufgaben: belehrende sowie auch bildende Vorträge über sozialen und gewerbliche Fragen des Berufsstandes, Taktik: Unternehmer und Arbeiter beanspruchen eine größtmögliche Verzinsung ihrer Einsatzes bei der Güterproduktion, der Unternehmer aufgrund seines Kapitaleinsatzes und der Arbeiter aufgrund seiner Arbeitskraft; Streik soll nur als letztes Mittel und wenn Aussicht auf Erfolg angewandt werden. 103–104.

³³⁷ E. RITTER, katholisch-soziale Bewegung und der Volksverein, 182.

³³⁸ O. MÜLLER, christliche Gewerkschaftsbewegung, 245–248.

gendlichen. Zwar wurde der erste Arbeiterinnenverein schon 1867 in Mönchengladbach gegründet, allerdings ging die Entwicklung dieser Vereine nur schleppend vonstatten. Nach der Jahrhundertwende kam es zwar zur Installation von Verbänden und zu einem Aufschwung durch die Unterstützung der christlichen Gewerkschaften, aber auch hier war der Erfolg nur mäßig. Als Gründe ließen sich die späte Auseinandersetzung mit der Erwerbstätigkeit der Frau, der Gewerkschaftsstreit und das mangelnde Selbstbewusstsein der Frauen anführen.³³⁹

Müller verkannte die Zeitverhältnisse nicht; er meinte, dass man sich nach den Tatsachen, die man nicht ändern könne, zu richten habe. Im Gegensatz zu Hitze bzw. Ketteler, die sich beide gegen die Erwerbstätigkeit der verheirateten Frau in den Fabriken aussprachen, bewertete Müller 1913 die Berufstätigkeit der Frauen aus wirtschaftlicher Notwendigkeit auch in den Fabriken nicht nur negativ. Die Vorteile sah er in der „Festigung ihres Charakters, zur Erwerbung des Selbst-, Verantwortungs- und Pflichtbewusstseins vermag die harte Schule der Arbeit nicht wenig beizutragen“, räumte allerdings auch ein, dass es für weibliche Arbeitskräfte trotz des 1891 erlassenen Arbeiterschutzgesetzes noch erhebliche Nachteile gab (niedrige Löhne, mögliche Gesundheitsschädigung des weiblichen Organismus, Gefährdung des religiösen und sittlichen Wohles, Ausbeutung), die den Ruf nach einer Arbeiterinnenfürsorge dringlich notwendig erscheinen ließen.³⁴⁰

Durch die Zunahme der Erwerbstätigkeit der Frauen erwies sich eine verstärkte Bemühung der Einbindung katholischer Frauen und Mädchen in christliche Vereinigungen (Arbeiterinnenvereine und Gewerkschaftsbewegung) als absolut notwendig, denn der zahlenmäßige Unterschied zwischen den in christlichen und sozialistischen Vereinen organisierten Frauen war eklatant. So betrug z.B. die Anzahl der katholischen Arbeiterinnen in den christlichen Gewerkschaften

³³⁹ M. BACHEM-REHM, katholische Arbeitervereine, 227–229.

³⁴⁰ MÜLLER, Otto, Diözesanpräses der kath. Arbeiterinnenvereine der Erzdiözese Cöln, Arbeiterinnenfürsorge in weiblichen Jugendvereinen, in: Soziale Tagesfragen, 32. Heft, Volksverein für das kath. Deutschland (Hg.) M. Gladbach zweite, vollständig umgearbeitete Auflage. 3. bis 6.Tausend 1913, 6–7; [in Folge: O. MÜLLER, Arbeiterinnenfürsorge].

um 1910 rund 27.000 Personen, jene der sozialistischen rund 200.000.³⁴¹ Ebenso wie bei den Männern war es für Müller ein Anliegen, die geistige und religiöse Bildung der Frauen voranzutreiben.³⁴² Ihm erschien es wichtig, Frauen aus höheren Ständen zur Unterstützung der Präsidien für Vorträge über frauenspezifische Themen (Gesundheitslehre, Kinderernährung, Haushaltsfragen, etc.) zu gewinnen.³⁴³ Bürgerfrauen und Adelige gründeten 1903 den ‚Katholischen Frauenbund‘ mit der Zielsetzung, sich der Arbeiterinnenfürsorge anzunehmen. Allerdings erwies sich der Zugang zu den Arbeiterinnen und ihrer Arbeitswelt als schwierig und der Erfolg war nur mäßig.³⁴⁴ Die Idee der Unterrichtskurse wollte Müller auch bei den Frauen verwirklicht sehen, da diese nur vereinzelt eingeführt worden waren. Die Mädchen bzw. Frauen sollten dazu ermuntert werden, Fragen nach Vorträgen zu stellen, zum selbständigen Nachdenken angeregt und dazu befähigt werden, in den Diskurs mit anderen treten zu können. Ziel war auch hier die Heranbildung von Arbeiterinnenführerinnen.

Als ein weiteres Problem erwies sich knapp vor dem Beginn des Ersten Weltkrieges das mangelnde Interesse der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen an der Vereinsarbeit. So betrug der Prozentsatz der jugendlichen Arbeiter 1911 reichsweit in den katholischen Jugendvereinigungen nur 6,25%.³⁴⁵ Daher empfahl Otto Müller den Eintritt von Jugendlichen in die christlichen Organisationen gleich bei Arbeitsantritt,³⁴⁶ was die Chance eines späteren Übertritts in die Arbeitervereine bedeutend erhöhen würde. Er entwarf für die 17–21-jährigen Jungarbeiter ein Papier, welches eine alters- und berufsspezifische Trennung in Form von Arbeiterjugendvereinen vorsah. Müller griff damit einen Punkt wieder auf, den seinerzeit bereits Hitze am Katholikentag von 1886 gefordert hatte, nämlich Vereine für die Jugend. Zwar wurde Müllers Vorschlag auch umgesetzt, allerdings mit sehr mäßigem Erfolg, da die Arbeitervereine von den Gesellen-

³⁴¹ O. MÜLLER, Arbeiterinnenfürsorge, 12.

³⁴² O. MÜLLER, Arbeiterinnenfürsorge, 14–16.

³⁴³ O. MÜLLER, Arbeiterinnenfürsorge, 50–51.

³⁴⁴ M. BACHEM-REHM, katholische Arbeitervereine, 227.

³⁴⁵ O. MÜLLER, in: M. BACHEM-REHM, katholische Arbeitervereine, 218.

³⁴⁶ O. MÜLLER, Arbeiterinnenfürsorge, 14.

vereinen Kolpings als Rivalen angesehen wurden und beide Organisationen sich gegenseitig behinderten.³⁴⁷

Der Rückgang der Mitglieder bei den katholischen Arbeitervereinen im ‚Westdeutschen Verband‘ hielt auch noch in der 1918 ausgerufenen Weimarer Republik an, während jene der christlichen Gewerkschaften stark zulegten. 1921 waren rund 84% der Mitglieder des Westdeutschen Verbandes in einer christlichen Gewerkschaft organisiert,³⁴⁸ was für die Attraktivität dieser Organisation sprach. Müller dachte über diese Entwicklung nach und kam zu dem Schluss, dass die Präses zum Teil das Vertrauen der Arbeiter und der Jugend verloren und die Arbeitervereine bisher „einer absoluten Monarchie mit dem Schein einer konstitutionellen Verfassung“ geglichen hätten. Um die Zukunft der Arbeitervereine zu sichern, meinte er: „Sollen die Arbeitervereine Zugkraft behalten, so werden sie dem demokratischen Zeitgeist nachgeben müssen“. Otto Müller entwickelte ein Konzept, welches neben dem Präses einen Laien an der Vereinsspitze vorsah, das aber scheiterte; die alleinige Leitung der Arbeitervereine durch die Präses blieb erhalten³⁴⁹ und damit der unmittelbare Einfluss der kirchlichen Hierarchie.

In der Zeit zwischen Mai 1921 bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs bildete das ‚Würzburger Programm‘ die Basis für die ‚Katholische Arbeitnehmer Bewegung‘. Dieses betonte im Wesentlichen die Absage sowohl an den Kapitalismus wie auch an den Sozialismus, die Gleichberechtigung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer und sah im Gemeinwohl das Endziel.³⁵⁰

Wie bei der Erstellung des ‚Würzburger Programms‘, so hatte Müller auch für die 1927 erfolgte Gründung des ‚Reichsverbandes der katholischen Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine Deutschlands‘ Vorarbeit geleistet. Müller wollte die Katholische Arbeiterbewegung nicht nur auf Landesebene verankert wissen, sondern auch international. Er begann zu Beginn der 20er-Jahre, mit Joseph

³⁴⁷ M. BACHEM-REHM, katholische Arbeitervereine, 220–222.

³⁴⁸ HAFFERT, Claus, Die katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands in der Weimarer Republik, in: Düsseldorf Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens, Bd. 38, BEHR, Hans-Joachim u.a. (Hg.) Essen 1994, 35; [in Folge: C. HAFFERT, katholische Arbeitervereine Westdeutschlands].

³⁴⁹ O MÜLLER, in: C. HAFFERT, katholische Arbeitervereine Westdeutschlands, 65–66.

³⁵⁰ C. HAFFERT, katholische Arbeitervereine Westdeutschlands, 92–93.

Joos und dem Niederländer Confrator Poels, die Katholischen Arbeiter-Internationale (KAI) aufzubauen, die anfänglich auch Erfolge zu verbuchen hatte, aber deren Ausbau infolge der Weltwirtschaftskrise von 1929 und der Machtergreifung der Nationalsozialisten 1933 nicht weiter vorangetrieben wurde.³⁵¹

Nach der Übersiedlung der Zentrale des westdeutschen Verbandes von Mönchengladbach nach Köln 1929 und der Errichtung des Kettelerhauses richtete Müller sein Hauptaugenmerk auf karitative Angelegenheiten. Neben der Hilfe für jugendliche Arbeitslose, die Förderung von Konsum- und Baugenossenschaften versuchte er erneut, auch die politische Schulung der Vereinsmitglieder voranzutreiben.³⁵²

1932 dachte Müller in der ‚Sozialen Revue‘ über die berufsständischen Organisationen nach und verwies auf Pius XI. Dieser forderte, dass Gerechtigkeit eine neue Ordnung schaffen müsse, ferner die Befriedigung der Erfordernisse des Gemeinwohls und das Hintanhalten von Arbeitskämpfen. Lösungsansätze sah Müller zunächst in einer geistigen Annäherung von Arbeitgeber und Arbeitnehmer, um arbeitspolitische Kämpfe zu verhindern. Als Basis einer berufsständischen Organisation konnte sich Müller, neben den Betriebsräten, die Betriebsgemeinschaft, also der Unternehmer, die Arbeiter und die Angestellten vorstellen, der eine weitere Stufe, die Wirtschaftskammer als Vertreter der Unternehmer, folgen sollte.³⁵³ Müller trat aber dafür ein, dass der Staat über der Wirtschaft stehen sollte, um nötigenfalls in die Eigentumsverhältnisse zum Wohl aller eingreifen, die Geld- bzw. Kreditbewegung beobachten und die Kaufkraft schützen zu können.³⁵⁴

1933 ergriff Hitler die Macht.³⁵⁵ Am 4. Juli 1933 löste sich die Zentrumspartei auf. Müller, der gegen den Nationalsozialismus war, glaubte anfänglich, dass

³⁵¹ J. ARETZ, Zeitgeschichte, 197.

³⁵² J. ARETZ, Zeitgeschichte, 198.

³⁵³ MÜLLER, Otto, Gedanken zu berufsständischen Organisationen, in: Soziale Revue, katholische internationale Quartalschrift, München 1932, 71–72; [in Folge: O. MÜLLER, Gedanken zu berufsständischen Organisationen].

³⁵⁴ O. MÜLLER, Gedanken zu berufsständischen Organisationen, 73.

³⁵⁵ FEST, Joachim, Art.: Hitler, Adolf, 1889–1945 nationalsozialistischer Politiker, Reichskanzler, in: NDB 9, 250–266.

nationalsozialistischen Übergriffe gegen die Kirche und ihre Einrichtungen durch den Artikel 31 des im Juli 1933 unterzeichneten Reichskonkordats³⁵⁶ ausgeschlossen seien, was sich als Irrtum erwies. Daher wandte sich Müller 1933 direkt an Hitler und ersuchte um eine Aussprache wegen der Übergriffe gegen die katholischen Arbeitervereine, die aber nicht gewährt wurde. 1934 erfolgte das Doppelmitgliedschaftsverbot.³⁵⁷

In den folgenden Jahren kam es vonseiten des Staates zu einer Reihe von Maßnahmen, die das kirchliche Leben stark beeinträchtigten; wie z.B. Predigt-, Rede- und Schulverbote, zwangsweise Versetzungen, auch Freiheitsstrafen wurden verhängt.³⁵⁸

Aufgrund der schwierigen gesellschaftlichen und politischen Situation versuchte Pius XI. 1935 in ‚Ad catholici sacerdotii‘ das Grundsätzliche des Priesteramtes bzw. der Priesterausbildung klar darzulegen, das da war: Die Seelsorge, die Spendung der Sakramente und die Verkündigung des Wortes Gottes; von einem Eintreten des Klerus für politische Ziele wurde nichts gesagt.³⁵⁹ Als der Papst mit seiner Enzyklika ‚Mit brennender Sorge‘ vom 14. März 1937 gegen die Behinderung der katholischen Kirche in Deutschland protestierte, antwortete die Staatsführung in den Jahren 1937 und 1938 v.a. mit der Auflösung der

³⁵⁶ J. JOOS, Die KAB, Art. 31 des Reichskonkordats: „Diejenigen katholischen Organisationen und Verbände, die ausschließlich religiösen, rein kulturellen und caritativen Zwecken dienen und als solche der kirchlichen Behörde unterstellt sind, werden in ihren Einrichtungen und in ihrer Tätigkeit geschützt; diejenigen katholischen Organisationen, die außer religiösen, kulturellen und caritativen Zwecken auch anderen wie sozialen oder berufsständischen Aufgaben dienen, sollen, unbeschadet einer etwaigen Einordnung in staatliche Verbände, den Schutz des Art. 32, Abs. 1, genießen, sofern sie Gewähr dafür bieten, ihre Tätigkeit außerhalb jeder politischen Partei zu entfalten; die Feststellung der Organisationen und Verbände, die unter die Bestimmungen des Artikels fallen, bleibt vereinbarlicher Abmachung zwischen Reichsregierung und dem deutschen Episkopat vorbehalten.“ [sic] 81.

³⁵⁷ J. ARETZ, Zeitgeschichte. Durch dieses Verbot wird eine Mitgliedschaft bei der Deutschen Arbeitsfront (DAF) und bei einem katholischen Arbeitsverein unmöglich. Die Mitglieder der katholischen Arbeitervereine standen nun vor der Wahl, sich zwischen beiden entscheiden zu müssen Da die Mitgliedschaft beim DAF meist für den Erhalt eines Arbeitsplatzes notwendig war, sind manche dadurch in Not geraten. 199.

³⁵⁸ HEHL, Ulrich, (Bearbeiter u.a.) *Priester unter Hitlers Terror, Eine biographische und statistische Erhebung*, I, ^{3. wesentlich veränderte und erweiterte Auflage} Unter Mitwirkung der Diözesanarchive, in: *Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe A, Quellen 37*, Paderborn [u.a.] 1996; 75; [*in Folge*: U. HEHL, *Priester unter Hitlers Terror*].

³⁵⁹ U. HEHL, *Priester unter Hitlers Terror*, Seit dem Konkordatsabschluss im Juli 1933 war es den Geistlichen in Deutschland untersagt, sich parteipolitisch zu betätigen; 108.

kirchlichen Jugendorganisationen und dem Entfall der Religionsstunden in den Volksschulen.³⁶⁰

Zwar hatte schon ab 1936, unter dem Druck der nationalsozialistischen Zwangsmaßnahmen, ein Mitgliederschwund bei der westdeutschen Katholischen Arbeiternehmer Bewegung eingesetzt, dennoch gelang es dieser Institution, als einzigem katholischen Verband während der gesamten Dauer des Dritten Reiches zu bestehen.

Müller, der Gegner des Nationalsozialismus war, hatte bereits in den 30er-Jahren Kontakt zu Widerstandskreisen.³⁶¹ Mit Wissen Müllers fanden im Kettelerhaus seit Beginn der 40er-Jahre Versammlungen von Widerständlern, die gegen das nationalsozialistische Regime waren, statt. Bei einzelnen Besprechungen, die Letterhaus³⁶² und Groß,³⁶³ beide wurden zum Tode verurteilt und hingerichtet, für besonders gefährlich hielten, war Müller wegen seiner großen Wahrheitsliebe nicht anwesend, wurde aber über die Resultate informiert. Begründet wurde dieses Vorgehen damit, dass er im Falle einer Vernehmung andere Widerstandskämpfer gefährden könnte. Müller, so wurde gesagt, soll ungeduldig gewesen sein, da ihm, nach G. Letterhaus, der Gattin von Bernhard Letterhaus, die „Beseitigung Hitlers nicht schnell genug“ gehen konnte und er machte sich schon 1943 Gedanken bezüglich der Vereine für die Zeit danach.³⁶⁴

Nach der Verhaftung seiner Mitarbeiter wurde auch Müller wegen Beteiligung an der Planung des Attentats auf Hitler im Juli 1944 von der Gestapo im August 1944 inhaftiert und verstarb am 12. Oktober des gleichen Jahres.³⁶⁵

³⁶⁰ U. HEHL, *Priester unter Hitlers Terror*, 82.

³⁶¹ J. ARETZ, *Zeitgeschichte*, 201.

³⁶² ARETZ, Jürgen, Art.: Letterhaus, Bernhard (1894–1944), Arbeiterführer, Verbandssekretär der westdeutschen KAB, URL:<http://www.deutsche-biographie.de/sfz50670.html> (Abfrage vom 27. November 2011).

³⁶³ HAUSMANN, Jakob, Art.: Groß, Nikolaus Franz, 1898–1945, kath. Gewerkschaftlicher und Schriftführer der WAZ, <http://www.deutsche-biographie.de/sfz24015.html> (Abfrage vom 27. November 2011).

³⁶⁴ J. ARETZ, *Arbeiterbewegung und Nationalsozialismus*, 232.

³⁶⁵ U. HEHL, *Priester unter Hitlers Terror*, 767.

III.) Priester als ‚Hetzkapläne‘, ‚rote Kapläne‘ und der kirchlichen Sozialpolitiker – ein Skandal?

III.1.) Nicht zutreffend sind die Bezeichnungen ‚Hetzkaplan‘ und ‚roter Kaplan‘, zutreffend die Bezeichnung sozialer Kaplan

Der Begriff ‚Hetze‘ wird u.a. folgendermaßen definiert: „Hetze, unsachliche, gehässige, verleumderische, verunglimpfende Äußerungen und Handlungen, die Haßgefühle feindselige Stimmungen u. Emotionen gegen jmdn., etw. erzeugen.“ [sic]³⁶⁶

Wie bereits ausgeführt, waren die Bezeichnungen ‚Hetzkaplan‘ und ‚roter Kaplan‘ Fremdbezeichnungen von Gegnern im außerkirchlichen Bereich. Eine mögliche Erklärung für die Verwendung des Begriffes ‚Hetzkaplan‘ mag in der Tatsache liegen, dass sich diese Geistlichen im politischen Bereich schwer einordnen ließen. Der Begriff ‚Hetzkaplan‘ war schon vor 1862 ein geläufiger Begriff³⁶⁷ und schien eine Hilfsbezeichnung für Priester gewesen zu sein, die sich der Arbeiterproblematik annahmen.

Eine Begriffsänderung von ‚Hetzkaplan‘ in ‚roter Kaplan‘ fand mutmaßlich erst nach der Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei 1869 statt. Die Farbe „Rot“ bzw. die roten Fahnen werden im politischen Bereich mit der Sozialdemokratie, mit kommunistischen Bewegungen und auch mit Revolutionen im Zusammenhang gebracht. Bei der Revolution von 1848 in Berlin waren die bei den Barrikadenkämpfen mitgeführten Fahnen allerdings dreifarbig (schwarz,

³⁶⁶ DROSDOWSKI, Günther, Art.: Hetze, Duden, Deutsches Universalwörterbuch, herausgegeben und bearbeitet vom Wissenschaftlichen Rat und den Mitarbeitern der Dudenredaktion unter der Leitung von DROSDOWSKI Günther, Mannheim – Wien – Zürich ^{2.}, völlig neu bearbeitete und stark erweiterte Auflage 1989, 703; *in Folge*: [G. DROSDOWSKI, Duden].

³⁶⁷ Siehe Seite 6 dieser Arbeit.

gelb, rot).³⁶⁸ Auch die Fahnen der um 1850 gegründeten sozialistischen Arbeitervereine wiesen eine unterschiedliche Farbgebung auf. Allerdings gewann die rote Fahne für die Sozialdemokratie in der Folge bis zum Ende des Kaiserreichs immer mehr an Bedeutung, wengleich es auch noch andere Symbole der sozialistischen Arbeiterbewegung gab, wie z.B. die ‚Bruderhände‘, die aufgehende Sonne oder die Freiheitsgöttin mit einer Fackel.³⁶⁹ Erst auf dem internationalen Arbeiterkongress im Juli 1889 in Paris wurde die rote Fahne zum Banner der Internationale erklärt.³⁷⁰

Die Bezeichnungen ‚Hetzkaplan‘ und ‚roter Kaplan‘ lassen sich nicht mehr aufrechterhalten, da sich keine objektiven Gründe für eine Zuordnung zu dem jeweiligen Begriff angeben lassen. Alle drei Geistlichen waren ‚soziale Kapläne‘³⁷¹ und Gegner der Sozialdemokratie.

III.2.) Der Kulturkampf und Bismarck

Das Wort ‚Kulturkampf‘ ist ein von Ferdinand Lassalle geprägter und von Rudolf Virchow³⁷² bei seiner Rede am 17. Jänner 1873 im Preußischen Landtag verwendeter Begriff.³⁷³ Darunter versteht man die Auseinandersetzungen zwischen dem Deutschen Reich und der katholischen Kirche in der Zeit zwischen 1871 und 1887 aufgrund der Säkularisierung von Staat und Gesellschaft, wurzelnd in der Aufklärung, der Französischen Revolution und den Freiheitsbewegungen von 1848 sowie des im 19. Jahrhundert in Deutschland einsetzenden Liberalismus. Ziel u.a. war die Trennung von Kirche und Staat.

³⁶⁸ MÄDER, Peter M./MATTERN, Günter, Fahnen und ihre Symbole Drapeaux et leurs symboles, Flags and their symbols, Bd. 5, Zürich 1993, 52.

³⁶⁹ BREDNICH, Rolf Wilhelm/SCHMITT, Heinz (Hg.) Symbole. Zur Bedeutung der Zeichen in der Kultur, 30. Deutscher Volkskundekongreß in Karlsruhe vom 25. bis 19. September 1995, Münster [u.a.] 1997, 242–243.

³⁷⁰ Autor unbekannt, Art.: Rote Fahne, URL: <http://www.stmk.spoe.at/steiermark/service/lexikon/rote-fahne-1> (Abfrage vom 17. April 2011).

³⁷¹ H: BUDDE, ‚rote Kapläne‘ 9.

³⁷² Autor unbekannt, Art.: Virchow, Rudolf, 1821–1902, Pathologe, URL: <http://dhm.de/lemo/html/biografien/VirchowRudolf/> (Abfrage vom 18. Dezember 2010).

³⁷³ MORSEY, Rudolf, Der Kulturkampf, in: RAUSCHER; Anton (Hg.) Geschichte und Staat, Bd. 247–249, Der soziale und politische Katholizismus, Entwicklungslinien in Deutschland 1803–1963, Bd. 1, München – Wien 1981, 72; [in Folge: R. MORSEY, Der Kulturkampf].

Für Rudolf Morsey zählten die Gründung der Zentrumspartei, das Unfehlbarkeitsdogma und Bismarcks Sorge um das Reich wegen eines möglichen französisch-österreichischen Bündnisses gegen das neu installierte Deutsche Reich zu den Ursachen des Kulturkampfes.³⁷⁴

Ab den 60er-Jahren hatte die antikirchliche Haltung in der Bevölkerung zugenommen. Die Kirche reagierte auf die kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklungen mit der Enzyklika ‚Quanta cura‘ Pius IX. von 1864. Im Syllabus, dem Verzeichnis der 80 Irrtümer zur Enzyklika, kam zu einer heftigen Abwehr der modernen Ideen in Form der Verurteilung der ‚ismen‘ (Pantheismus, Rationalismus, Sozialismus, Indifferentismus, Agnostizismus, Liberalismus und Demokratie).

Um die Zeit des Ersten Vatikanischen Konzils 1869/1870 verschlechterte sich das Verhältnis von Kirche und Staat, einerseits durch die 1870 gegründete Zentrumspartei, deren Mitglieder Bismarck, der selbst parteiunabhängig war, als Reichsfeinde ansah, andererseits durch den Pakt Bismarcks mit den Liberalen. Bismarcks erklärter Gegner war ab 1874 der Führer der Zentrumspartei, Ludwig Windthorst, der im Kulturkampf die Stellung und die Rechte der Kirche verteidigte.

Während sich die Bischofskonferenzen im August 1870 in Fulda und jene im Mai 1871 in Eichstätt nur mit der Problematik des Infallibilitätsdogmas des Ersten Vaticanums beschäftigten, rückte 1871 der Konflikt der preußischen Bischöfe gegenüber dem Staat, der durch das Unfehlbarkeitsdogma hervorgerufen worden war, in das Zentrum des öffentlichen Interesses.

Bismarck, der u.a. die Trennung von Kirche und Schule und die Verlagerung des Religionsunterrichtes aus den Schulen anstrebte, bekundete zunächst weder ein besonderes Interesse an dem Ersten Vatikanum noch an den dort gefassten Beschlüssen, die er als innerkirchlich ansah; das änderte sich aber, als die Bischöfe begannen, gegen Andersdenkende Strafen zu verhängen, damit den kirchlichen Bereich verließen und in den staatsbürgerlichen Bereich eintrugen. Bismarcks Aufmerksamkeit galt weniger der Infallibilität des Papstes,

³⁷⁴ R. MORSEY, Der Kulturkampf, 76–77.

als dem Zentrum und den Ultramontanen, da er überzeugt war, „daß Kurie und Zentrum sich gegen das Reich verschworen hätten.“^[sic] Mit der Schließung der katholischen Abteilung im Kultusministerium am 8. Juli 1871 begann der Kulturkampf.³⁷⁵

Am 7. September 1871 wurden zwei Schreiben abgefasst. Eines war gerichtet an Wilhelm I. Als Absender zeichneten die katholischen Bischöfe Preußens. Die Bischöfe verwahrten sich ausdrücklich „den Geist unserer kirchlichen Versammlung als einen humanitäts- und staatsfeindlichen darzustellen und durch Erregung von Misstrauen gegen die Kirche die hohen Staatsbehörden zu feindseligen Maßregeln gegen dieselbe zu veranlassen“³⁷⁶ und erhoben Protest gegen Eingriffe in den kirchlichen Glaubens- und Rechtsbereich.

Wilhelms Antwort auf die Eingabe der Bischöfe wies auf die generell günstige Stellung der katholische Kirche in Preußen und auf die unveränderte Gesetzeslage hin, daher müsse der anstehende Konflikt von innerkirchlichen Geschehnissen ausgelöst worden sein, machte aber auch die Ankündigung, dass notfalls dieser Konflikt durch neue kirchenpolitische Gesetze vonseiten der Regierung gelöst werden würde.³⁷⁷

Das zweite Dokument, ebenfalls vom 7. September 1871, war als eine Denkschrift für die Öffentlichkeit bestimmt und wies neuerlich auf die Infallibilitätsproblematik hin, ging aber darüber hinaus und pochte auf die vom Preußischen Staat gegenüber der katholischen Kirche gewährte Anerkennung, woraus gefolgt wurde, dass für die Beurteilung von Glaubensfragen und für die Besetzung von Lehrenden ausschließlich die katholische Kirche zuständig sei.

Der Kulturkampf umfasste reichsweit eine Reihe von Maßnahmen. Zu den wichtigsten Gesetzen gehörten, z.B. der Kanzelparagraph, das Jesuitengesetz und das Zivilehegesetz. In Preußen kam es zur Abschaffung der Verfassungsgaran-

³⁷⁵ HKG(J), Kirche zwischen Anpassung und Widerstand, 30–36.

³⁷⁶ GATZ, Erwin, (Bearbeiter), Die preußischen Bischöfe an Wilhelm I. in: Akten der Fuldaer Bischofskonferenz I 1871–1887, in: Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, In Verbindung mit ALBRECHT, Dieter/KRAUS, Andreas/REPGEN, Konrad, MORSEY/Rudolf (Hg.) Reihe A: Quellen. Bd. 22 Mainz ^{1. Auflage} 1977, 9; [*in Folge*: E. GATZ, Fuldaer Bischofskonferenz 1871–1887].

³⁷⁷ E. GATZ, Fuldaer Bischofskonferenz 1871–1887, Wilhelm I. an Melchers vom 18. Oktober 1871, 9.

tien von 1850, zur Erlassung der Maigesetze von 1873–1875, die die Kirche der Staatsaufsicht unterstellte, zur Anzeigepflicht der Bischöfe an die staatlichen Behörden bei der Besetzung geistlicher Stellen, wobei eine Einspruchsfrist vonseiten des Staates abzuwarten war, was die Bischöfe ablehnten, und zum Klostersgesetz 1875.³⁷⁸ Maßnahmen, die Bismarck, unterstützt von den Nationalliberalen, durchsetzte und dadurch den Druck auf die katholische Kirche (Zentrumspartei) verstärkte.

Die Situation nahm an Schärfe zu, als Dr. Falk³⁷⁹ Kultusminister wurde (Maigesetze). Dieser vertrat er die Meinung, dass der katholische Klerus abhängig sei von Mächten, die sich außerhalb des Deutschen Reiches befänden und die daher kein nationales deutsches Bewusstsein haben könnten. In seiner Rede vom 9. Jänner 1873 registrierte er eine doppelte Abhängigkeit und zwar: eine innere durch die Bildung und eine äußere durch den Zugang zu Beschäftigungen, die es dem Klerus ermögliche, die Interessen des Staates zu schädigen.³⁸⁰ Daher galt es, Angriffe gegen den Staat abzuwehren, um den Bestand des Deutschen Reiches nicht zu gefährden.

Eine weitere Verschärfung erfolgte durch die Enzyklika Pius IX. ‚Quod nunquam‘ 1875, die die Kulturkampfgesetze verurteilte, zum Teil für nichtig erklärte und zum Widerstand des Klerus aufrief. Die Reaktion des Staates war die Erlassung des ‚Brotkorbgesetz‘ von 1875, darunter verstand man die Einstellung aller staatlichen Geldleistungen an die katholische Kirche.³⁸¹

³⁷⁸ K. SCHATZ, Säkularisation, Der Kanzelparagraph von 1871 bedrohte Geistliche, die von der Kanzel eine, den öffentlichen Frieden gefährdende Erörterung staatlicher Angelegenheiten‘ betrieben, mit Strafe.

Jesuitengesetz von 1872 – Ausweisung der Jesuiten aus dem Reich und Auflösung ihrer Niederlassungen.

Zivilehegesetz von 1875 – die Zivilehe ist obligatorisch, die kirchliche Eheschließung folgt danach.

Klostersgesetz von 1875 – Nur die Orden, die sich mit Krankenpflege beschäftigten, wurden in Preußen geduldet, alle anderen nicht. 131–132.

³⁷⁹ SKALWEIT, Stephan, Art.: Falk, Paul Ludwig Adalbert, 1827–1900, preuß. Kultusminister von 1872–1879, URL: <http://www.deutsche-biographie.de/sfz15511.html> (Abfrage vom 8. Mai 2011).

³⁸⁰ Provinzial-Correspondenz, Elfter Jahrgang, Nr. 3 vom 15. Jänner 1873, in: Amtspresse Preußens. URL: <http://amtspresse.staatsbibliothek-berlin.de/vollanzeige.php> (Abfrage vom 30. August 2010).

³⁸¹ HKG(J), Kirche zwischen Anpassung und Widerstand, 45.

Der Kulturkampf, der eine starke Einengung der katholischen Kirche mit sich brachte, da unter anderem auch viele Pfarrstellen unbesetzt blieben, bewirkte aber, dass die Katholiken sich hinter die Bischöfe und die Zentrumsparterie stellten, woran auch die Maigesetze nichts änderten.³⁸² Die versuchte Trennung von Gläubigen und Amtskirche misslang, die Kirche ging gestärkt aus dem Kulturkampf hervor.

Bismarck hatte den Widerstand der Kirche falsch eingeschätzt. Ab 1876 begann der Kulturkampf zu stocken und Bismarck wandte sich langsam vom Kulturkampf ab. Mit Beginn des Pontifikats Leo XIII.³⁸³ 1878 trat eine allmähliche Entspannung ein. Begründet einerseits durch den Willen des Papstes, die Kirche aus ihrer Isolation herauszuführen, um mehr Handlungsfreiheit zu gewinnen, und durch die Hinwendung Bismarcks zum Zentrum und zu den Konservativen, um im Kampf gegen die Sozialdemokratie gestärkt zu sein; andererseits durch die drei Milderungsgesetze in den 80er-Jahren, bei denen die Maigesetze zwar nicht abgeschafft, aber die staatlichen Behörden dazu ermächtigt wurden, diese nicht zu vollziehen. Leo XIII. und Bismarck gingen aufeinander zu. Rom tolerierte die Nichtaußerkraftsetzung der Maigesetze und Bismarck erbat sich Leo XIII. als Schiedsrichter in dem Konflikt mit Spanien um die Karolineninseln. Damit entsprach er den Wunsch des Papstes nach Anerkennung des Hl. Stuhles als Völkerrechtssubjekt, das durch den Verlust des Kirchenstaates 1870 verloren gegangen war. Seinen Abschluss fand der Kulturkampf in den Friedengesetzen von 1887.³⁸⁴

III.3.) Tätigkeitsfelder der ‚Hetzkapläne‘, der ‚roten Kapläne‘ und des Sozialpolitikers und deren Bewertung

Cronenberg war, neben seiner Stellung als Kaplan, erfolgreich bei der Gründung des ‚Paulusvereins‘, der Vereinsblätter und der Errichtung und der Bau-genossenschaft. Seine politischen Ambitionen – die ‚Katholische Volkspartei‘,

³⁸² HKG(J), Kirche zwischen Anpassung und Widerstand, 41–42.

³⁸³ KÖHLER, Oskar, Art.: Leo XIII. 1810–1903, Papst seit 1878, in: LThK³ 6, 828–830.

³⁸⁴ K. SCHATZ, Säkularisation, 137–139.

später ‚christlich-soziale Partei‘ genannt – und seine Aufstellung als Mandatar scheiterten ebenso wie das Bestreben, die Baugenossenschaft durch die Gewährung von einem Kredit zunächst durch kirchennahe Kreise und letztlich durch staatliche Mittel liquid zu halten. Nach seiner Verurteilung verlor der ‚Paulusverein‘ bald seine Bedeutung für Aachen.

Hitze trat nach nur kurzer Tätigkeit als Kaplan in den Verband ‚Arbeiterwohl‘ ein. Er betätigte sich literarisch, hielt Vorträge, engagierte sich für die Arbeiterbildung und war lange Zeit erfolgreich als Mandatar der Zentrumspartei tätig. Seine Spezialgebiete waren der Arbeiterschutz, die Sozial-, Alters- und Invaliditätsversicherung und seine Leistungen fanden auch Anerkennung. Aufgrund seiner großen Erfahrung als Sozialpolitiker gelang es ihm mit Erfolg, die christliche Gesellschaftslehre auch auf universitärem Boden zu etablieren.

Müller, der auch Präses in einem Arbeiterverein war, hatte vor allem Erfolg als Organisator, dem es gelang, die vielen Vereine zu Verbänden zu vereinen. In der Zeit des nationalsozialistischen Regimes war er bemüht, die katholischen Verbände am Leben zu erhalten, was ihm im Falle der ‚Westdeutschen Arbeitnehmer Bewegung‘ auch gelang. Ein besonderes Augenmerk legte Müller auf die Fortbildung der Arbeiter (z.B. durch die politischen Komitees, durch die WAZ, durch Vorträge und Publikationen), doch war seinen Bemühungen nur ein mäßiger Erfolg beschieden. Auch seine geplante Umstrukturierung der katholischen Arbeitervereine durch die Beiziehung eines Laien an der Vereinsspitze neben dem Präses scheiterte ebenso wie sein Versuch, den Arbeitervereinen politischen Einfluss unter Umgehung des Vereinsrechts zu ermöglichen.

III.4.) Die Frage nach den zentralen Motiven der Kapläne

Eines der zentralen Motive für die Kapläne sahen sie in der Notwendigkeit, nach einer Lösungsmöglichkeit für die ‚Soziale Frage‘ zu suchen – angesichts der Verelendung großer Bevölkerungsgruppen und der Überforderung der bisher praktizierten Armenfürsorge. Gleichrangig war auch das Bestreben der Kapläne, die Arbeiter in der Kirche zu halten, einen Wechsel zum Sozialismus zu verhindern bzw. sie für die Kirche wiederzugewinnen.

Ihre Beziehung zu den Arbeitern prägte sich in unterschiedlicher Weise aus und zwar als Nächstenliebe und in Form der Fürsorge.³⁸⁵

Motiv für Cronenberg war die Nächstenliebe,³⁸⁶ er suchte die Nähe der Arbeiter und ließ Nähe auch zu. Er sah sie als gleichwertig an und setzte sich bewusst der schwierigen Situation aus, die sich aus dem direkten Umgang mit den Arbeitern in den 70er-Jahren ergab.

Anders bei Hitze: Seine Sorge um die Kirche trat wie z.B. am Katholikentag in Trier 1887 deutlich zutage. Zwar gab er mit deutlichen Worten Versäumnisse der Kirche bezüglich der Arbeiterproblematik zu und rief alle dazu auf, diese Schuld abzutragen, sprach aber auch von dem „gemeinsamen Feind“ (der Sozialdemokratie), den es abzuwehren galt,³⁸⁷ was bedeutete, dass die Kirche aus zwingender Notwendigkeit etwas für die Arbeiter tun musste. Hitze betrieb Fürsorge; Fürsorge aber ist gekennzeichnet von Partnern mit unterschiedlicher Gewichtigkeit. Der eine ist schwach und bedarf der Hilfe durch den anderen, der stärker ist, was allerdings eine Gleichstellung (gleiche Rechte und Pflichten) nicht zulässt. Hitzes Sorge galt primär der Kirche, nicht den Arbeitern. Die Nächstenliebe war bei Hitze nicht realisiert.

Fürsorge für die Kirche betrieb auch Müller, indem er versuchte, die katholischen Organisationen zu stärken und einen Mitgliederschwund für die katholische Kirche hintanzuhalten. Parallel dazu strebte er aber danach - zumindest bis in die 20er-Jahre - mittels Bildung das Selbstbewusstsein der Arbeiter zu stärken, um diese zur Selbständigkeit zu erziehen, was die Fürsorge in den Hintergrund treten ließ. In der Zeit des Nationalsozialismus war die Sorge um die Kirche dann wieder dominierend.

³⁸⁵ G. DROSDOWSKI, Duden, Art.: Fürsorge = Besorgnis vor Zukünftigen, 550–551.

³⁸⁶ A. ANZENBACHER, Christliche Sozialethik, Nächstenliebe, Zitat: „Die Liebe zu Gott zeigt und bewährt sich in der Liebe zum *konkreten Nächsten*. Grundsätzlich jeder kann in der gegebenen Situation und Lebenslage Nächster und damit Adressat dieser geforderten Liebe werden, auch der *Feind* (Mt. 5,43–48). Ausschlaggebend ist allein die Not, die konkrete Hilfsbedürftigkeit des begegnenden Mitmenschen (Lk. 10,29–37).“ 24–25.

³⁸⁷ K.E. BORN/H.HENNIN/G.F.TENNSTEDT, Quellensammlung, II. Abteilung, Von der kaiserlichen Sozialbotschaft bis zu den Februarerlassen, Bd. 3, Arbeiterschutz, 500.

Was die Frage am Beginn dieses Kapitels nach dem Skandal betrifft, so lässt sich sagen, dass die Aktivitäten der drei Priester ungewöhnlich waren und sowohl von der Kirche als auch von kirchenfernen Personen sehr wohl registriert wurden. So schrieb Karl Marx³⁸⁸ in einem Brief an Friedrich Engels³⁸⁹ bereits im Jahre 1869 von der Hinwendung von Teilen des niederen, jüngeren Klerus zu den Arbeitern, in dem er meinte, es müsse „energisch gegen die Pfaffen losgegangen“ werden, da „die Hunde z.T. mit der Arbeiterfrage kokettieren.“³⁹⁰

Zwar wurde das Priestertum im Grundsätzlichen vom Staat nicht angegriffen und der Priester war an sich tabu, aber die ‚Hetzkapläne‘ bzw. die ‚roten Kapläne‘ boten Angriffsflächen für Kirche und Staat und lösten zweifellos ein Ärgernis/einen Anstoß im Sinne des griechischen ‚skandalon‘ aus (Cronenberg, Müller).

III.5.) Resümee

Stellt man die drei Geistlichen in ihrem sozialen Engagement gegenüber, so lassen sich sowohl Gemeinsamkeiten als auch unterschiedliche Zugänge zur Arbeiterproblematik feststellen.

Einige zentrale Momente der Aufklärung (Toleranz, Betonung der Vernunft, Bildung) sowie jene der Französischen Revolution und der Revolutionen von 1848 (Menschenwürde, der Ruf nach Wahlen) ließen sich bei den drei Kaplänen ebenso feststellen wie deren Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie, die alle drei energisch bekämpften. Nur kurzfristig wurde die Konstruktion der Genossenschaften (bei Cronenberg) übernommen,³⁹¹ da diese den Arbeitern die

³⁸⁸ LUTZ-BACHMANN; Matthias, Art.: Marx, Karl-Heinrich, 1818–1883 Philosoph. In: LThK³ 6, 1449–1452.

³⁸⁹ POST, Werner, Art.: Engels, Friedrich, 1920–1895, Mitverfasser des Kommunistischen Manifests, in: LThK³ 3, 658–659.

³⁹⁰ K. SCHATZ, Säkularisation, 171.

³⁹¹ W.E. KETTELER, Schriften, Aufsätze und Reden 1848–1866, Zitat, Fußnote Nr. 5 „Die erste Produktivassoziation wurde 1833 von Philippe Joseph-Benjamin Buchez (1796–1865, kath. Sozialpolitiker) in Paris gegründet. Seine Idee übernahm Jean-Joseph-Louis Blanc (1811–1882, Sozialist). Die Durchführung sollte im großen Stil mit Staatshilfe erfolgen. Von Blanc hat dann Lassalle die Idee der Produktivassoziation übernommen. Im Gegensatz zur französischen Entwicklung verlangte Schulze-Delitzsch nicht die Ausschaltung der Kapitalisten, vielmehr sah er in den Produktivassoziationen, die für ihn, die höchste Stufe, der Schlußstein des genossenschaftlichen Systems‘ waren (Schulze-Delitzsch, S 127), eine Möglichkeit, die Emanzipation der bis-

Möglichkeit bot, „zugleich Geschäftsunternehmer und Arbeiter“³⁹² zu sein, was den Vorteil hätte, dass der volle Ertrag den Arbeitern zukäme.

Durch Vorträge und geeignete Literatur vor allem in Form von Zeitungen sollte nach dem Wunsch der Kapläne der Bildungsstand der Arbeiter gehoben werden, allerdings stellte sich der Erfolg größtenteils nur schleppend ein, da sich die Arbeiter nur schwer zur Mitarbeit an der Verbesserung ihrer Lebenssituation motivieren ließen; desgleichen die Arbeiterjugend. Auch war das Interesse an der Arbeiterfrage bei dem Großteil des Klerus über längere Zeit hindurch nur mäßig und fand erst vermehrt Anklang nach *Rerum novarum*.

Bei den Unterschieden, die sich aus ihrem Wirken der einzelnen Kapläne ergaben, durfte die unterschiedliche politische und gesellschaftliche Situation nicht außer Acht gelassen werden.

So merkte, z.B. Alphons Thun, der Schweizer Nationalökonom, der von Klaus Schatz als antikatholisch eingeschätzt wurde,³⁹³ für die Zeit des Kulturkampfes Folgendes an:

„Der Kaplan ist der einzige, der Herz zu Herzen mit dem Arbeiter spricht, Frau und Kindern Rath ertheilt, sie im Unglück aufrichtet, Segen, Trost und Almosen spendet. Ihm ist keine Stube zu eng, kein Weber zu arm, kein Stolz hält ihn ab, mitten unter dem Volke sein Bier zu trinken.“[sic]³⁹⁴

Einer dieser Kapläne könnte Cronenberg gewesen sein, denn sein Erfolg lag in seiner Fähigkeit, auf die Arbeiter zuzugehen, sie in ihrer Diktion anzusprechen, sie zum Reden zu bringen, sie zu sammeln und zu bewegen, zunächst in den Paulusverein und ein Jahr später in die Baugenossenschaft einzutreten.

Cronenberg setzte damit auf ein für den Menschen ganz wesentliches Moment – auf das Prinzip Hoffnung. Jene Hoffnung, die die Arbeiter in Aachen aufgrund

her Unterdrückten vom Kapital zu erreichen“[sic]. – Auch Ketteler sah in den Produktivassoziationen ein wesentliches Mittel zur Lösung der sozialen Frage und rief zur Gründung von Produktivassoziationen auf. Vgl. dazu seinen anonymen Brief an Lassalle vom 16. Januar 1864 und Lassalles Antwort vom 21. Januar; ferner H.K.THOMANEK, Wilhelm Emmanuel von Kettelers Produktionsassoziationen, Phil. Diss. Berlin 19612, S 60-65.“ 407.

³⁹² W. E. KETTELER, Die Arbeiterfrage und das Christentum, in: Schriften, Aufsätze und Reden 1848–1866, 449.

³⁹³ K. SCHATZ, Säkularisation, 171–172.

³⁹⁴ A. THUN, in G. Schmoller, Industrie, 197-198.

ihrer tristen Lage nicht mehr hatten. Im Paulushaus hielt er Vorträge bzw. unentgeltliche Unterrichtsstunden ab und gab ihnen, wie er sich ausdrückte, die Möglichkeit, „sich um ihren Herd (zu) scharen – denn die wenigen Groschen Beitrag berechtigen zum Gefühl des Anrechtes an der Schöpfung“.³⁹⁵ Die Hoffnung auf eine Verbesserung ihrer Lebensumstände ermunterte die Arbeiter, sich selbst einzubringen, stärkte ihr Selbstbewusstsein und ließ ein Solidaritätsgefühl aufkommen.

Cronenberg fühlte sich mit den Arbeitern verbunden, was Gleichgültigkeit aus- und Nächstenliebe einschloss. Gleichgültigkeit gegenüber der Not des Nächsten ist eine Verweigerung der Nächstenliebe, da sie den Nächsten mit seinen Bedürfnissen bzw. auch mit seinen Rechten nicht wahrnimmt. Zwar sind auch Almosen Akte der Nächstenliebe und vermögen durchaus momentan schwierige Situationen zu erleichtern, führen aber keine strukturellen Veränderungen herbei, sondern verfestigen nur die herrschenden Verhältnisse.

Bei Cronenberg herrschte das Egalitäre vor. Daher übernahm er auch im ‚Paulusverein‘ nicht die hierarchische Struktur der Kirche, sondern legte in den Statuten Wahlen für die einzelnen Vereinsebenen fest, was dem demokratischen Prinzip entsprach.

Als fatal erwies sich der Entschluss Cronenbergs, Fremdkapital aufzunehmen. Damit wurde die Unabhängigkeit der Baugenossenschaft aufgegeben und Außenstehenden die Möglichkeit geboten, in entscheidender Weise einzugreifen.

Seine Selbständigkeit im Denken erwies sich in der Verweigerung der Unterzeichnung der Ergebnisadresse an Erzbischof Melchers, woraus sich allerdings keine generelle Ablehnung der Entscheidungen des Erzbischofs durch Cronenberg ableiten ließ. Im Handeln erwies sich seine Mündigkeit durch die Gründung und die Leitung seiner Partei, die wegen des Zulaufs eine Konkurrenz für die Zentrumspartei darstellte, auch wenn seine Kandidatur letztendlich scheiterte.

³⁹⁵ CRONENBERG an Bismarck vom 28. September 1874, in: Quellensammlung zur Geschichte der Deutschen Sozialpolitik, Bd. 6, 475.

Cronenberg hatte in den frühen 70er-Jahren zwei Standbeine. Einerseits war er als Geistlicher in der Kirche verwurzelt, andererseits hatte er Rückendeckung durch die Arbeiter, die ihm vertrauten. Da die Sozialdemokratie wiederholt versuchte, in Aachen Fuß zu fassen, bestand eine reale Gefahr des Abgleitens der katholischen Arbeiter in die Sozialdemokratie, was vermutlich auch Melchers ins Kalkül zog. Dieses Heraustreten aus dem rein kirchlichen Bereich in den politischen bzw. wirtschaftlichen Raum führte aber schlussendlich zu seiner Niederlage.

Ohne jemals Präses gewesen zu sein, trat Hitze als Generalsekretär in den paternalistisch geführten Verband ‚Arbeiterwohl‘ ein. Ein paternalistisches System ist asymmetrisch und trifft Vorkehrungen, um etwas, was man nicht will, abwenden zu können. Es ist begründet in der Fürsorge, exkludiert bzw. erschwert aber Selbständigkeit.

Die entscheidende Lebenswende für Hitze war sein Eintritt in die Politik, wo er in der Folge, wie schon erwähnt, in seinem Spezialgebiet (Arbeiterschutz, Sozialversicherung, Alters- und Invaliditätsversicherung) im Verband mit anderen Erfolge aufweisen konnte; begünstigt durch den abklingenden Kulturkampf, den Februarerlassen und Rerum novarum, da beide Dokumente eine arbeiterfreundlichere Sozialpolitik ermöglichten.

Vorteilhaft für ihn als Politiker, der immer die Rückendeckung der Zentrumsparterie hatte, waren die Erfahrungen, die er aus seiner Tätigkeit bei ‚Arbeiterwohl‘ gewonnen hatte, da er die Probleme sowohl aus Sicht der Unternehmer als auch aus der der Arbeiter kannte. Hitze war stark von den Schriften Kettelers beeinflusst, dessen Forderungen größtenteils während der politischen Tätigkeit Hitzes erfüllt werden konnten. Die Umgestaltung der christlich-sozialen Arbeitervereine in katholische, durch Papst Leo XIII. angeregt und von Hitze in Amberg gefordert, eliminierte die Möglichkeit der Vereine, den Präses direkt aus ihren Reihen zu wählen, da dieser nun vom Bischof eingesetzt wurde.

Hitzes Hoffnung, in den späten 80er-Jahren die Sozialdemokratie überwinden zu können, erwies sich als eine Fehleinschätzung, ebenso wie seine Meinung, dass Gewerkschaften als Kampforganisationen keine Bedeutung für die Neuor-

ganisation des Arbeiterstandes hätten. Seine ursprüngliche Skepsis gegenüber allgemeinen, gleichen und direkten Wahlen mochte darin begründet sein, dass er zum Teil im monarchischen Denken (Thron und Altar) verhaftet blieb und eine funktionierende Demokratie für ihn zunächst nur schwer vorstellbar war.

Aufgeben musste Hitze seinen Wunsch, eine Lösung der Arbeiterfrage auf rein christlicher Basis herbeiführen zu wollen, da die Massenarmut und der Bevölkerungszuwachs ein Ausmaß erreicht hatten, das ein Eingreifen auch staatlicherseits erforderlich machte bzw. weil sich Teile der Arbeiterschaft von der Kirche schon abgewandt hatten. Auch seine ursprünglich favorisierte Vorstellung von einer stark an das Mittelalter angelehnten berufsständischen Gesellschaftsordnung ließ sich nicht mehr realisieren, da sich die politischen Parteien schon etabliert hatten; desgleichen die Umsetzung des schon von Cronenberg ausgesprochenen Wunsches eines Arbeitsverbots für Frauen in der Fabrik. Trotz seiner jahrzehntelangen Tätigkeit als Abgeordneter, der täglich mit der Realpolitik konfrontiert war, blieb ihm ein Hang zur Sozialromantik erhalten.

Zweifellos zählte Hitze zu den bedeutendsten katholischen Sozialpolitikern seiner Zeit und prägte durch sein umfangreiches Wissen die Politik der Zentrums- partei auf dem Gebiet des Arbeiterschutzes bzw. der Gewerbeordnung. Dieses jahrzehntelang angesammelten Wissens im Umgang mit sozialpolitischen Problemen wurde durch seine universitäre Tätigkeit auf dem Gebiet der ‚Christlichen Gesellschaftslehre‘ an die nächste Priestergeneration weitergegeben und damit die Wichtigkeit der Auseinandersetzung kirchlicher Kreise mit den modernen gesellschafts- und sozialpolitischen Fragen betont.

Kenntnisse über die Lebensbedingungen der Arbeiter erwarb Müller als Präses in einem Arbeiterverein. Im Gegensatz zu der von Hitze goutierten paternalistischen Führung der Arbeiter rückte Müller davon ab und wollte über die Bildung mehr Selbständigkeit der Arbeiter erreichen.

Müllers Erfolg war in seiner organisatorischen Fähigkeit begründet. Die Vernetzung der verschiedenen Ebenen, Verbandsleitung und Arbeiter (über die Arbeitersekretäre), war für ihn ebenso wichtig wie der Zusammenschluss der Vereine und die Einführung von Betriebsräten. Der Sinn der Zusammenschlüsse der

Arbeitervereine bestand darin, die Gesellschaft mit christlichen Werten zu durchdringen.

Unterschiedliche Ansichten hatte Müller gegenüber Hitze, z.B. bezüglich der Fachabteilungen, von denen er sich keinen Erfolg erhoffte. Die Fachabteilungen als eine Vorform der Gewerkschaften, für die Hitze auch Leitsätze aufgestellt hatte, entwickelten sich nicht in der gewünschten Art und fanden nur ungenügend Verbreitung.³⁹⁶ Hingegen sah Müller in der Gewerkschaftsbewegung, im Gegensatz zu Hitze, ein wirksames Mittel, auf politischer Ebene etwas zu erreichen. Bei ihm stand das kämpferische, gewerkschaftliche Moment im Vordergrund.

Aufgeschlossener als Hitze bzw. Cronenberg war Müller bezüglich der Fabrikarbeit der Frauen, da er auch hier, neben der Einkommenssteigerung, einen Weg zur Selbständigkeit derselben, trotz mancher Bedenken, sah. Auch wenn es nicht immer gelang, versuchte der Organisator Müller, immer wieder verschiedene Personengruppen einander näherzubringen und Verbindungen zu Gruppierungen auf verschiedensten Ebenen zu knüpfen. Als Beispiele hierzu mag der Versuch, die Arbeiter- mit den Bürgerfrauen in Kontakt zu bringen, dienen oder katholischen Verbände auf eine internationale Ebene zu etablieren.

Der am politischen und sozialen Geschehen äußerst interessierte Otto Müller zog sich ähnlich wie Cronenberg Schwierigkeiten sowohl gegenüber dem Episkopat (z.B. Dreiklassenwahlrecht, preußische Schulreform) als auch den staatlichen Stellen (z.B. Bemühung katholische Organisationen in der Zeit des Nationalsozialismus zu erhalten) zu. Sehr früh erkannte Müller die Gefahr, die vom Nationalsozialismus ausging; sein heftiger Widerstand gegen das Regime führte schließlich zu seiner Inhaftierung.

Gegen Ende der Arbeit sollen noch zwei Punkte herausgegriffen und kritisch beleuchtet werden; zunächst die Effektivität der Präsidien und die von *Rerum novarum*.

³⁹⁶ O. MÜLLER, christliche Gewerkschaftsbewegung, 17 und 21.

Der Begriff „Präses“ tauchte schon bei Sueton, dem römischen Schriftsteller und Verwaltungsbeamter aus dem 1. bzw. 2. Jahrhundert, im Sinne von Vorsteher einer Provinz, eines Statthalters, auf.³⁹⁷ Eine gewisse Parallelität zwischen dem Statthalter und dem Präses ließ sich hier schon ziehen: Statthalter waren Verwaltungsorgane und weisungsgebunden, Priester unterlagen der Gehorsamspflicht. Die Präses nahmen eine Vermittlerposition zwischen der Hierarchie und den Arbeitern ein. Sie konnten die politischen bzw. die gesellschaftlichen Anliegen der Arbeiter der Hierarchie mitteilen und auch dafür eintreten, aber mehr auch nicht. Sowohl die Präses als auch die Arbeitervereine verfügten de facto über keinerlei politische Wirkmächtigkeit, da lediglich die Gewerkschaften politisch aktiv tätig sein konnten. Die Arbeitervereine stießen an eine ‚gläserne Decke‘, die sie nicht durchbrechen konnten. Allerdings blieb durch die Präses der Einfluss der Kirche auf die katholischen Arbeiter erhalten. Die Funktion der Priester war es letztendlich, die Kirche in ihrem Selbstverständnis zu erhalten.

Unbestreitbar gilt *Rerum novarum* als die erste Sozialenzyklika, der eine Reihe anderer Enzykliken dieser Art, von *Quadragesimo anno* bis zu *Caritas in veritate*, folgen sollten. Für manche Personenkreise gilt sie als die „Magna Charta“ der katholischen Soziallehre.

Enzykliken sind lehramtliche Texte und ihrem Wesen nach, da sie weltweit gelten, eher allgemein – so auch *Rerum novarum*. Arno Anzenbacher bezeichnete die Enzyklika als einen „vorsichtig-klugen Text“, der „keine differenzierte soziale Theorie“ entwickelte und vieles offen ließ,³⁹⁸ aber aufgrund der Auseinandersetzung mit den aktuellen Fragen der Zeit wichtig für die Entwicklung der katholischen Soziallehre war. Denn sie nahm Stellung zu den ungerechten Strukturen, die sich durch die veränderte wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Situation ergeben hatten und allein durch das karitative Engagement nicht mehr aufzubrechen waren. *Rerum novarum* legte den Grundstein für die katho-

³⁹⁷ GEORGES: Ausführliches lateinisch-deutsches Handwörterbuch, Art.: Praeses, URL: <http://www.zeno.org/1913/K/Georges-1913-02-1880> (Abfrage vom 14. April 2011).

³⁹⁸ A. ANZENBACHER, Christliche Sozialethik 138.

lische Soziallehre darin liegt die Wirksamkeit, die bis heute durch die nachfolgenden Sozialzyklen bestätigt, anhält. Die Kirche begann sich der Realität zu stellen, fernab von romantischen christlichen Vorstellungen.

Dennoch sollen einige Punkte aufgegriffen und kritisch näher beleuchtet werden. *Rerum novarum* kam spät, begnügte sich teilweise mit der Darstellung des damaligen Ist-Zustandes und brachte daher streckenweise kaum etwas Neues.

So erhob *Rerum novarum* einige Forderungen, wie z.B. die Arbeiterschutzmaßnahmen, die Kaiser Wilhelm II. bereits in den Februarerlassen von 1890 zu Recht als Aufgaben der Staatsgewalt ansah, da nur diese durch Gesetze die Mittel zur Durchsetzung der Forderungen innehatte, die Kirche aber nicht.

Nur eine Wiederholung und kein *Novum* war 1891 die Aufforderung zur Gründung von katholischen Arbeitervereinen, denn bereits in *Humanum genus* von 1884 wurde dazu aufgerufen. Auch die in *Rerum novarum* geforderten Schutzmaßnahmen für die Frauen- bzw. Kinderarbeit kamen zu spät, da eine gesetzliche Regelung schon seit der Gewerbeordnung von 1883 bestand und in den Februarerlassen ein weiterer Ausbau der Gewerbeordnung angekündigt wurde.

Rerum novarum betonte den Schutz des Eigentums. Durch gerechte Löhne sollte den Arbeitern die Möglichkeit geboten werden, Eigentum zu erwerben. Grundbedingung hierzu wären aber Löhne, die über der Höhe der unbedingt notwendigen Lebenshaltungskosten hätten liegen müssen.

Sah man damals in der Überwindung der Massenarmut das zentrale Moment der ‚Sozialen Frage‘, so musste die Aussage in *Rerum Novarum* 14,³⁹⁹ wo vom Leiden bzw. Dulden die Rede war, befremden.

³⁹⁹ LEO XIII., RN 14: Bezüglich des Leidens wird Folgendes ausgesagt: „In gleicher Weise werden immer auch die übrigen Beschwernten auf dieser Erde wohnen, weil die Folgen der Sünde als bittere Begleiter an der Seite des Menschen bis zu seinem Tode haften. Leiden und dulden ist einmal der Anteil unseres Geschlechtes, und so große Anstrengungen man auch zur Besserung des Daseins machen mag, die Gesellschaft wird niemals frei von großer Plage werden. Die, welche vorgeben, sie könnten es dahin bringen, und die dem armen Volke ein Leben ohne Not und nur voll Ruhe und Genuß vorspiegeln, täuschen fürwahr die Menschen mit einem Truge, welcher nur größere Übel zur Folge haben wird, als die sind, an denen die gegenwärtige Gesellschaft krankt. Das Richtige ist, die Dinge nehmen, wie sie sind, und das Linderungsmittel, wie gesagt, anderswo aufsuchen“ [*sic*]. URL: <http://www.uibk.ac.at/theo/leseraum/texte/320.html> (Abfrage vom 29. November 2011).

Zwar gehört das Leiden zum menschlichen Leben, aber es ist zu unterscheiden zwischen dem vermeidbaren und dem unvermeidbaren Leid, was *Rerum novarum* nicht tat. Hinzunehmen ist nur das unvermeidbare Leid, nicht das vermeidbare. Die Enzyklika empfahl, die Dinge hinzunehmen und Linderungsmittel zu suchen. Linderungsmittel, welcher Art auch immer, dienen lediglich der Milderung bzw. der Überbrückung des Leidens, heben aber die Ursache des vermeidbaren Leidens nicht auf.

Die Kirche nahm den damaligen Stand der gesellschaftlichen Entwicklung um 1890 nur ungenügend zur Kenntnis und es zeigte sich eine deutliche Diskrepanz zwischen ihrer Verkündigung und der tatsächlichen sozialen Situation. Sie nahm für sich in Anspruch zu wissen, was für die Arbeiter gut sei⁴⁰⁰, was dem paternalistischen System entsprach, nicht aber dem Pluralismus. Denn die Sozialdemokratie, die gegen die Not ankämpfte, hatte 1890 bereits nahezu 20% der Stimmen im Reichstag. Diese Bevölkerungsgruppe wollte vermeidbares Leid und Not nicht mehr schicksalsbedingt zur Kenntnis nehmen und war auch für die Kirche nicht mehr erreichbar.

Rerum novarum wies antimodernistische Tendenzen auf, lehnte den Liberalismus und Sozialismus ab und strebte einen Ausgleich der Interessen von Arbeitern und Unternehmern an, auf Basis einer Reform und keiner Revolution.

Allerdings sah sich die Kirche nicht nur durch die Sozialdemokratie und durch Februarerlasse veranlasst, *Rerum novarum* herauszubringen, sondern wollte auch einen innerkirchlichen Disput zwischen der ultramontanen und der eher aufgeklärten Richtung minimieren bzw. beenden.

Am Schluss der Arbeit soll die eingangs gestellte Frage nach der Zerrissenheit der Kapläne zwischen Sozialpolitik und Pastoral aufgenommen und der Versuch unternommen werden, diese zu beantworten.

Alle drei Kapläne waren auch Politiker und gingen damit über den damals üblichen priesterlichen Aufgabenbereich hinaus. Die politische Tätigkeit erforderte

⁴⁰⁰ HOLD, Hermann, PV 2011.

Öffentlichkeitsarbeit, die geistliche eine gewisse Distanz zur Welt. Zerrissenheit und möglicherweise auch Isolation lagen in dem Versuch, Unmögliches, nämlich die Forderungen des Christentums mit der Realpolitik der damaligen Zeit, in Einklang bringen zu wollen, was ihnen – wie schon erwähnt – Misstrauen sowohl von kirchlicher wie auch von politischer Seite einbrachte.

Die Unmöglichkeit der Vereinbarkeit zwischen Kirche und Partei bestand auch darin, dass sich die Kirche aus ihrem Selbstverständnis heraus als allumfassend ansieht, während die Priester durch ihre aktive Betätigung in einer Partei immer nur Teile der Bevölkerung vertreten konnten.

Die neuen Ideen der sich bildenden politischen Parteien mögen ihnen Denkanstöße für ein geschärftes Gewissen gegeben haben. Die genannten Geistlichen scheuten sich nicht, im Gegensatz zum größeren Teil des Klerus, auch unter Einsatz von massiven persönlichen Schwierigkeiten (Cronenberg, Müller), die Herausforderungen der damaligen gesellschaftlichen Situation anzunehmen und zu versuchen, dafür Lösungen zu finden. Allerdings war ihr Wirkungsbereich begrenzt.

Dennoch bestimmte selbständiges Denken und Handeln, Mut und Hartnäckigkeit in der Verfolgung ihrer Ziele das Leben dieser Geistlichen. Sie versuchten, die Arbeiter aus ihrer Lethargie aufzurütteln, sie zu schulen und ermunterten sie zum selbständigen und verantwortungsvollen Handeln. Sie gaben den Arbeitern Stimme und versuchten, sie in die Gesellschaft der damaligen Zeit einzugliedern.

IV.) Literatur- und Quellenangaben

- ANZENBACHER, Arno, Einführung in die Philosophie,^{6. Auflage}, Freiburg in Breisgau – Basel – Wien 1995.
- ANZENBACHER, Arno, Christliche Sozialethik, Einführung und Prinzipien, Paderborn [u.a.] 1998; [zit. A. ANZENBACHER, Christliche Sozialethik].
- ANZENBACHER, Arno, Einführung in die Ethik, Düsseldorf,^{1. Auflage} 1992; [zit. A. ANZENBACHER, Ethik].
- ARETZ, Jürgen, Katholische Arbeiterbewegung und Nationalsozialismus, Der Verband katholischer Arbeiter- und Knappenvereine Westdeutschlands 1923–1945, Dissertation, in: Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, in Verbindung mit ALBRECHT, Dieter/LILL, Rudolf/REGEN, Konrad, MORSEY, Rudolf (Hg.) Reihe B, Forschungen: Bd. 25, Mainz 1978; [zit: J. ARETZ, Arbeiterbewegung und Nationalsozialismus].
- ARETZ, Jürgen, Otto Müller 1870–1944, in: Zeitgeschichte in Lebensbildern, Bd. 3, Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts, ARETZ, Jürgen /MORSEY, Rudolf/RAUSCHER, Anton (Hg.) Mainz 1979; [zit: J. ARETZ, Zeitgeschichte].
- AUBIN, Hermann/ZORN, Wolfgang (Hg), Handbuch der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Das 19. und 20. Jahrhundert, Bd. 2, Stuttgart 1976; [zit: H. AUBIN/W. ZORN, Wirtschaftsgeschichte].
- BACHEM-REHM, Michaela, Die katholischen Arbeitervereine im Ruhrgebiet 1870–1914. Katholisches Arbeitermilieu zwischen Tradition und Emanzipation, Dissertation, Stuttgart 2004; [zit: M. BACHEM-REHM, kath. Arbeitervereine].
- BAUMGARTNER, Konrad, Der Wandel des Priesterbildes zwischen dem Konzil von Trient und dem II. Vatikanischen Konzil.^{1. Auflage} (Eichstätter Hochschulreden; 6) München 1978.
- BORN, Karl Erich/HENNING, Hansjoachim/TENNSTEDT, Florian (Hg.) Quellensammlung zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik 1867 bis 1914, begr. von RASSOW, Peter, im Auftrag der Historischen Kommission der Akademie der Wissenschaften und der Literatur, II. Abteilung, Bd. 3, Arbeiterschutz, Von der kaiserlichen Sozialbotschaft bis zu den Februarerlassen Wilhelms II. (1881-1890) bearb. von AYASS, Wolfgang, Darmstadt 1998; [zit: K.E. BORN/H. HENNING/F. TENNSTEDT, Quellensammlung, II. Abteilung, Bd. 3, Arbeiterschutz, Von der kaiserlichen Sozialbotschaft bis zu den Februarerlassen].
- BÖHNE, Marcus, Paternalistische Arbeiter-Fürsorge und beginnende Emanzipation. Franz Hitze und die Arbeiterbildung des Verbandes ‚Arbeiterwohl‘, in: GABRIEL, Karl/GROSSE KRACHT, Herman-Josef (Hg.) Franz Hitze (1851–1921). Sozialpolitik und Sozialreform „Beginnen wir einmal praktisch...“. Paderborn

2006; [zit: M. BÖHNE, Fürsorge und Emanzipation in: K. GABRIEL/H.J. GROSSE KRACHT, Hitze].

BREDNICH, Rolf Wilhelm/SCHMITT, Heinz (Hg.) Symbole. Zur Bedeutung der Zeichen in der Kultur, 30. Deutscher Volkskundekongreß in Karlsruhe vom 25. bis 29. September 1995, Münster [u.a.] 1997.

BRUNNER, Otto/CONZE, Werner/KOSELLECK, Reinhart (Hg.) Geschichtliche Grundbegriffe, Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Stuttgart Bd.6, ^{1. Auflage} 1990; [zit: O.Brunner/ W.CONZE/ W.KOSELLECK; Geschichtliche Grundbegriffe].

BRUNNER, Otto/CONZE, Werner/KOSELLECK, Reinhart (Hg.) Geschichtliche Grundbegriffe, Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd.7, Stuttgart ^{1. Auflage} 1992; [zit: O.Brunner/ W.CONZE/ W.KOSELLECK; Geschichtliche Grundbegriffe].

BRUCKMÜLLER, Ernst, Sozialgeschichte Österreichs, Wien – München 1985.

BUDDE, Heinz, Man nannte sie ‚rote‘ Kapläne, Priester an der Seite der Arbeiter, Skizzen zur christlichen Sozialtradition, Kevelaer – Köln 1989; [zit: H. BUDDE, ‚rote Kapläne‘].

BUDDE, Heinz, Christentum und soziale Bewegung, in: Der Christ in der Welt, Eine Enzyklopädie, In verantwortlicher Zusammenarbeit mit deutschen und französischen Autoren, HIRSCHMAN, Johannes, (Hg.) XIII. Reihe, Christentum und Kultur, Bd. 5, Aschaffenburg ^{2. Auflage} 1962.

BUDDE, Heinz: Handbuch der christlich-sozialen Bewegung, Recklinghausen ^{1. Auflage} 1967; [zit: H: BUDDE, Handbuch].

CRONENBERG, Franz Peter Eduard, in: HENNING, Hansjoachim/TENNSTEDT, Florian (Hg.) Quellensammlung zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik 1867 bis 1914. gegr. von RASSOW, Peter und BORN, Karl Erich, im Auftrag der Historischen Kommission der Akademie der Wissenschaft und der Literatur, I. Abteilung, Von der Reichsgründungszeit bis zur kaiserlichen Sozialbotschaft (1867–1881), Bd. 8, Grundfragen der Sozialpolitik in der öffentlichen Diskussion: Kirchen, Parteien, Vereine und Verbände, (bearb. von STREMMEL, Ralf/TENNSTEDT, Florian/FLECKENSTEIN, Gisela unter Mitarbeit von PETERLE, Margit/ RUST-SCHMÖLE, Gisela, Mainz 2006; [zit. H. HENNING/F. TENNSTEDT, Quellensammlung, I. Abteilung, 8. Bd. Von der Reichsgründungszeit bis zur kaiserlichen Sozialbotschaft (1867–1881)].

DENZLER, Georg/ANDRESEN, Carl, Wörterbuch Kirchengeschichte, <sup>aktualisierte
Lizenzausgabe</sup> Wiesbaden 2004; [zit: G. DENZLER/C. ANDRESEN, Kirchengeschichte].

DÖRING, Eberhard, Immanuel Kant. Eine Einführung, Wiesbaden 2004.

DROSDOWSKI, Günther, DUDEN, Deutsches Universalwörterbuch, herausgegeben und bearbeitet vom Wissenschaftlichen Rat und den Mitarbeitern der

Dudenredaktion unter der Leitung von Günther Drosdowski^{2.}, völlig neu bearbeitete und stark erweiterte Auflage Mannheim – Wien – Zürich 1989; [zit: G. DROSDPWSKI, Duden].

ERDMANN, August, Die Christliche Arbeiterbewegung in Deutschland, Stuttgart, 1908; [zit: A. ERDMANN, Christliche Arbeiterbewegung].

FACHREDAKTIONEN DES BIBLIOGRAPHISCHEN INSTITUTS (Hg.) Schülerduden, Die Geschichte, bearb. FORSTMANN, Wilfried/SCHNEIDMÜLLER, Gabriele/ THIEL, Gabriele, Mannheim – Wien – Zürich 1981; [zit: FACHREDAKTIONEN, Schülerduden, „Die Geschichte“].

FRANZ; Albert; Der soziale Katholizismus in Deutschland bis zum Tode Kettlers. Apologetische Tagesfragen, Heft 15, M. Gladbach 1914.

FRANZEN, August, Kleine Kirchengeschichte. BÄUMER, Remigius (Hg.) Freiburg im Breisgau – Basel – Wien ^{5. Auflage} Frankfurt 1988.

GABRIEL, Karl/GROSSE KRACHT, Herman-Josef (Hg.) Franz Hitze (1851-1921). Sozialpolitik und Sozialreform „Beginnen wir einmal praktisch...“. Paderborn 2006; [zit: K.GABRIEL/H.J.GROSSE KRACHT, Hitze].

GADILLE, Jacques/MAYEUR, Jean-Marie (Hg.) Die Geschichte des Christentums. Liberalismus, Industrialisierung, Expansion Europas (1830–1914), Deutsche Ausgabe bearbeitet und herausgegeben von GRESCHAT, Martin, Bd. 11, Freiburg – Basel – Wien 1997.

GALL, Lothar, Europa auf dem Weg in die Moderne 1850-1890, ^{4. Auflage} München 2004.

GATZ, Erwin, (Hg.) Geschichte des kirchlichen Lebens in den deutschsprachigen Ländern seit dem Ende des 18. Jahrhunderts – Die katholische Kirche- Bd. IV. Der Diözesanklerus, Freiburg im Breisgau – Basel – Wien 1995; [zit: Der Diözesanklerus].

GATZ, Erwin, (Bearbeiter), Akten der Fuldaer Bischofskonferenz I 1871-1887. in: Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, in Verbindung mit ALBRECHT, Dieter/KRAUS, Andreas/REPGEN, Konrad, MORSEY, Rudolf (Hg.) Reihe A: Quellen Bd. 22, Mainz ^{1. Auflage} 1977; [zit: E. GATZ, Fuldaer Bischofskonferenz 1871–1887].

HAFFERT, Claus, Die katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands in der Weimarer Republik, in: Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens, Bd. 38, BEHR, Hans-Joachim u.a. (Hg.) Essen 1994; [zit: C. HAFFERT, katholische Arbeitervereine Westdeutschlands].

HANISCH, Ernst, Konservatives und revolutionäres Denken. Deutsche Sozialkatholiken und Sozialisten im 19. Jahrhundert, Wien 1975; [zit: E. HANISCH, Denken].

HEHL, Ulrich, Katholische Kirche und Nationalsozialismus im Erzbistum Köln 1933-1945, in: Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, in Verbindung mit ALBRECHT, Dieter/ KRAUS, Andreas/ REPGEN, Konrad, MORSEY, Rudolf (Hg.) Reihe B: Forschungen Bd. 23, Mainz 1977.

- HEHL Ulrich, (Bearbeiter u.a.), *Priester unter Hitlers Terror, Eine biographische und statistische Erhebung I*, ^{3. wesentlich veränderte und erweiterte Auflage} Unter Mitwirkung der Diözesanarchive, in: *Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe A, Quellen*; 37 Paderborn [u.a.] 1996; [zit: U. HEHL, *Priester unter Hitlers Terror*].
- HENNING, Hansjoachim/TENNSTEDT, Florian (Hg.) *Quellensammlung zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik 1867 bis 1914, Von der Reichsgründungszeit bis zur kaiserlichen Sozialbotschaft (1867–1881), Grundfragen der Sozialpolitik in der öffentlichen Diskussion: Kirchen, Parteien, Vereine und Verbände, I. Abteilung, Bd. 8*, begr. von RASSOW, Peter und BORN, Karl Erich, im Auftrag der Historischen Kommission der Akademie der Wissenschaft und der Literatur, (bearb. von STREMMEL, Ralf/TENNSTEDT, Florian/FLECKENSTEIN, Gisela unter Mitarbeit von PETERLE, Margit/ RUST-SCHMÖLE, Gisela, Mainz 2006; [zit: H. HENNING/F. TENNSTEDT, *Quellensammlung, I. Abteilung, 8. Bd. Von der Reichsgründungszeit bis zur kaiserlichen Sozialbotschaft*].
- HENNING, Hansjoachim/TENNSTEDT, Florian (Hg.) *Quellensammlung zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik 1867 bis 1914, Von der kaiserlichen Sozialbotschaft bis zu den Februarerlassen Wilhelms II. (1881–1890), II. Abteilung, Bd.1, Grundfragen der Sozialpolitik. Die Diskussion der Arbeiterfrage auf Regierungsseite und in der Öffentlichkeit*, begr. von RASSOW, Peter und BORN, Karl Erich, im Auftrag der Historischen Kommission der Akademie der Wissenschaft und der Literatur, (bearb. von AYASS, Wolfgang/TENNSTEDT, Florian /Winter Heidi) Mainz 2003; [zit: H. HENNING/F. TENNSTEDT, *Quellensammlung, II. Abteilung, 1. Bd., Von der kaiserlichen Sozialbotschaft bis zu den Februarerlassen*].
- HERMANS, Baldur H.A. *Das Problem der Sozialpolitik und Sozialreform auf den Deutschen Katholikentagen von 1848 bis 1891. Ein Beitrag zur Geschichte der katholisch-sozialen Bewegung*, Dissertation, Bonn 1972; [zit: B.H.A. HERMANS, *Katholikentage*].
- HERTLING, Georg von, *Aufsätze und Reden sozialpolitischen Inhalts*, Freiburg in Breisgau 1884; [zit: G. HERTLING, *Aufsätze und Reden*].
- HIEPEL, Claudia, *Arbeiterkatholizismus an der Ruhr, August Brust und der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter*, Dissertation, Stuttgart 1999; [zit: *Arbeiterkatholizismus*].
- HIEPEL, Claudia/RUFF, Mark (Hg.) *Christliche Arbeiterbewegung in Europa 1850-1950*, Dissertation, Stuttgart 2003.
- HITZE, Franz, *Kapital und Arbeit und die Reorganisation der Gesellschaft*, Paderborn 1880; [zit: F.HITZE, *Kapital und Arbeit*].
- HITZE, Franz, *Kapital und Arbeit und die Reorganisation der Gesellschaft, Nachwort zu der gleichnamigen Schrift (1921)*, in: GABRIEL, Karl/GROSSE KRACHT, Herman-Josef (Hg.) *Franz Hitze (1851–1921). Sozialpolitik und Sozialreform „Beginnen wir einmal praktisch...“*. Paderborn 2006; [zit: F. HITZE, *Kapital und Arbeit, Nachwort 1921*].
- HITZE, Franz, *Die Quintessenz der socialen Frage*, ^{2. Auflage}, Paderborn 1880; [zit: F. HITZE, *Quintessenz*].

- HITZE, Franz (Hg.) Normal-Arbeitsordnung, Normal-Statut eines Arbeiter-Ausschusses. Festgestellt vom Linksrheinischen Verein für Gemeinwohl. Köln 1892.
- HITZE, Franz, Geburtenrückgang und Sozialreform, Bd. 3 in: Ehe und Volksvermehrung, MAUSBACH, Joseph, Ehe und Kindersegen vom Standpunkt der christlichen Sittenlehre, STICKER, Georg, Geschlechtsleben und Fortpflanzung vom Standpunkt des Arztes, HITZE, Franz, Geburtenrückgang und Sozialreform, M. Gladbach 1917; [zit. F. HITZE, Geburtenrückgang, in: Ehe und Volksvermehrung].
- HOLD, Hermann, Privatissima an der katholisch-theologischen Fakultät Wien, SS und WS 2009/2010, SS und WS 2010/2011 Mitschrift: Schwab, Veronika.
- HURTH, Elisabeth, Mann Gottes. Das Priesterbild in Literatur und Medien, Theologie und Literatur, KUSCHEL, Karl-Josef/LANGENHORST, Georg (Hg.) Bd. 15, Mainz 2003.
- JOOS, Joseph, Die katholischen Arbeitervereine, 1. bis 3. Tausend, in: Studenten-Bibliothek, Sekretariat Sozialer Studentenarbeit (Hg.) 12. Heft, M.Gladbach 1913; [zit. J. JOOS, katholische Arbeitervereine].
- JOOS, Joseph: Die KAB in der Geschichte der christlichen Arbeiterbewegung Deutschlands, Kartellverband der Katholischen Arbeiter-Bewegung Deutschlands (Hg.) Köln 1963; [zit. J. JOOS, Die KAB].
- JÖCKLE, Clemens, Das große Heiligenlexikon, Sonderausgabe, Köln 2003.
- KETTELER Wilhelm Emmanuel von, Sämtliche Werke und Briefe, im Auftrag der Akademie der Wissenschaften und der Literatur, ISERLOH, Erwin (Hg.) Abt. I, Bd. 1, Schriften, Aufsätze und Reden 1848–1866 bearb. von ISERLOH, Erwin [u.a.], Mainz 1977; [zit. W.E. KETTELER, Schriften, Aufsätze und Reden 1848–1866].
- KETTELER Wilhelm Emmanuel von, Schriften, Sämtliche Werke und Briefe, im Auftrag der Akademie der Wissenschaften und der Literatur, ISERLOH, Erwin (Hg.) Abt. I, Bd. 2, Schriften, Aufsätze und Reden 1867-1870 bearb. von ISERLOH, Erwin [u.a.], Mainz 1978; [zit. W.E. KETTELER, Schriften, Aufsätze und Reden 1867–1870].
- KLEIN, Gotthard, Der Volksverein für das katholische Deutschland. Geschichte, Bedeutung, Untergang in: VERÖFFENTLICHUNGEN DER KOMMISSION FÜR ZEITGESCHICHTE, Reihe B, Forschungen; Bd. 75, Paderborn [u.a.] 1996; [zit. G. KLEIN, Volksverein].
- KLESER, Johann Baptist, Journalist, Redakteur in Köln, in: HENNING, Hansjochim/TENNSTEDT, Florian (Hg.) Quellensammlung zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik 1867 bis 1914. gegr. von RASSOW, Peter und BORN, Karl Erich, im Auftrag der Historischen Kommission der Akademie der Wissenschaft und der Literatur, I. Abteilung, Von der Reichsgründungszeit bis zur kaiserlichen Sozialbotschaft (1867–1881), Bd. 8, Grundfragen der Sozialpolitik in der öffentlichen Diskussion: Kirchen, Parteien, Vereine und Verbände, (bearb. von STREMMEL, Ralf/TENNSTEDT, Florian/FLECKENSTEIN, Gisela unter Mitarbeit von PETERLE, Margit/ RUST-SCHMÖLE, Gisela, Mainz 2006; [zit. H. HENNING/F. TENNSTEDT, Quel-

lensammlung, I. Abteilung, 8. Bd. Von der Reichsgründungszeit bis zur kaiserlichen Sozialbotschaft].

KLOSTERMANN, Ferdinand, *Priester für morgen*, Innsbruck 1970.

KLÖNNE, Arno: Klasse, in: *Lexikon des Sozialismus*. MEYER, Thomas [u.a.] (Hg.) Köln 1986.

LASSALLE, Ferdinand, *Aus seinen Reden und Schriften, Geist und Gesellschaft, Texte zum Studium der sozialen Entwicklung*, KLENNER, Fritz/POGATS, Erich (Hg.) Wien 1964.

LEPPER, Herbert, *Kaplan Franz Eduard Cronenberg und die christlich-soziale Bewegung in Aachen 1868–1878, Abschnitte seiner Dissertation*, in: POLL, Bernhard (Hg.) *Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins im Auftrage des Wissenschaftlichen Ausschusses*, Bd. 79, Jahrgang 1968, Aachen 1968; [zit: H. LEPPER, in: *Aachener Geschichtsverein, Cronenberg*].

MEYER, Thomas (Hg.) *Lexikon des Sozialismus*. [u.a.] Köln 1986.

LOTH, Wilfried, (Hg.) *Deutscher Katholizismus im Umbruch zur Moderne*, Bd. 3, Stuttgart – Berlin – Köln 1991.

MÄDER, Peter M./ MATTERN, Günter: *Fahnen und ihre Symbole. Drapeaux et leurs symboles, Flags and their symbols*, Bd. 4, Zürich 1993.

MORSEY, Rudolf, *Franz Hitze – Sozialreformer und Sozialpolitiker. Eine Einführung in Vita und Werk*, in: GABRIEL, Karl/GROSSE KRACHT, Herman-Josef (Hg.) *Franz Hitze (1851–1921). Sozialpolitik und Sozialreform „Beginnen wir einmal praktisch...“*. Paderborn 2006; [zit: R. MORSEY, *Sozialreformer und Sozialpolitiker*, in: K. GABRIEL/H.J. GROSSE KRACHT, *Hitze*].

MORSEY, Rudolf, *Der Kulturkampf*, in: RAUSCHER, Anton, (Hg.) *Geschichte und Staat*, Bd. 247–249, *Der soziale und politische Katholizismus, Entwicklungslinien in Deutschland 1893–1963*, Bd. 1, München – Wien 1981; [zit: R. MORSEY, *Der Kulturkampf*].

MÜLLER, Otto, *Die christliche Gewerkschaftsbewegung Deutschlands mit besonderer Berücksichtigung der Bergarbeiter- und Textilarbeiter-Organisationen*, in: *Volkswirtschaftliche Abhandlungen der Badischen Hochschulen*. VIII. Bd., 1. Ergänzungsband, FUCHS, Carl Johannes (u.a.) (Hg.) Karlsruhe 1905; [zit: O. MÜLLER, *christliche Gewerkschaftsbewegung*].

MÜLLER, Otto, *Diözesanpräses der kath. Arbeiterinnenvereine der Erzdiözese Cöln, Arbeiterinnenfürsorge in weiblichen Jugendvereinen*, in: *Soziale Tagesfragen* 32. Heft, *Volkverein für das kath. Deutschland* (Hg.) zweite, vollständig umgearbeitete Auflage 3. bis 6. Tausend M. Gladbach 1913; [zit: O. MÜLLER, *Arbeiterinnenfürsorge*].

MÜLLER, Otto, *Katholische Arbeitervereine. Ihre Notwendigkeit, Aufgaben und Mittel, zu beziehen von der Centralstelle des Volksvereins für das kath. Deutschland* in M. Gladbach in: *Soziale Tages-Fragen. Zwanglose Hefte*, *Volkverein für das kath. Deutschland* (Hg.) Heft 19 bis 22, Köln 1901; [zit: O. MÜLLER, *katholische Arbeitervereine*].

- MÜLLER, Otto, Gedanken zu berufsständischen Organisationen, in: Soziale Revue, katholische internationale Quartalschrift, München 1932, 68–75; [zit: O. MÜLLER, Gedanken zu berufsständischen Organisationen].
- NAUJOKS, Eberhard, Die katholische Arbeiterbewegung und der Sozialismus in den ersten Jahren des Bismarckschen Reiches, Dissertation, Neue Deutsche Forschungen Abteilung Neuere Geschichte, Bd. 6, STADELMANN, Rudolf (Hg.) Berlin 1939; [zit: E. NAUJOKS, katholische Arbeiterbewegungen].
- NIPPERDEY, Thomas, Deutsche Geschichte 1866–1918, Bd. 1, Arbeitswelt und Bürgergeist, München 1998.
- NIPPERDEY, Thomas, Religion im Umbruch Deutschland 1870–1918, München 1988.
- PIERENKEMPER, Toni (Hg.) Grundzüge der modernen Wirtschaftsgeschichte, Bd. 1, Unternehmensgeschichte, Eine Einführung in ihre Methoden und Ergebnisse, Grundzüge der modernen Wirtschaftsgeschichte; Bd. 1 PIERENKEMPER, Toni, Stuttgart 2000.
- RAUSCHER, Anton (Hg.) Der soziale und politische Katholizismus, Entwicklungslinien in Deutschland 1803–1963, München 1981.
- RITTER, Emil, Die katholisch-soziale Bewegung Deutschlands im neunzehnten Jahrhundert und der Volksverein, Köln 1954; [zit: E. RITTER, katholisch-soziale Bewegung und der Volksverein].
- ROTTER, Hans/VIRT Günter (Hg.) Neues Lexikon der christlichen Moral, Innsbruck – Wien 1990.
- SCHATZ, Klaus, Kirchengeschichte der Neuzeit II, Düsseldorf ^{1. Auflage} 1989.
- SCHATZ, Klaus, Zwischen Säkularisation und Zweitem Vatikanum, Der Weg des deutschen Katholizismus im 19. und 20. Jahrhundert. Leitfaden Theologie 20, ^{1. Auflage} Frankfurt am Main 1986; [zit: K. SCHATZ, Säkularisation].
- SOZIALE REVUE, katholische internationale Quartalschrift. Nr. 32, S. 68–75 Verl. D. Verbandsausschusses Süddt. Kath. Arbeitervereine, München 1932.
- THUN, Alphons, Die Industrie am Niederrhein und ihre Arbeiter, 1. Teil, in: SCHMOLLER, Gustav, Staats- und socialwissenschaftliche Forschungen, (Hg.) Bd. 2, 2. Heft, Leipzig 1879; [zit: A. THUN, in: G. SCHMOLLER, Industrie].
- THUN, Alphons, Die Sozialpolitik des deutschen Katholizismus, in: SCHMOLLER, Gustav (Hg.) Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich. Des „Jahrbuchs für Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege des Deutschen Reiches“ Neue Folge. Sechster Jahrgang, Leipzig 1882; [zit: A. THUN, in: G. SCHMOLLER, Sozialpolitik].
- VORGRIMMER, Herbert, Neues Theologisches Wörterbuch, ^{2. Auflage} Freiburg im Breisgau 2000.
- ZIEGLER, Dieter, Die Industrielle Revolution. PUSCHNER, Uwe (Hg.) Darmstadt, 2005; [zit: D. ZIEGLER, Industrielle Revolution].

Internetzitate:

HAMMANN, O. Vorname nicht ausgeschrieben, (Hg.) Neueste Mittheilungen, II. Jahrgang, Nr. 12, in: Amtspresse Preußens, vom 7. Februar 1890. URL: <http://amtspresse.staatsbibliothek-berlin.de/vollanzeige.php> (Abfrage vom 15. August 2010).

KLEE, H. Vorname nicht ausgeschrieben, (Hg.) Neueste Mittheilungen, V. Jahrgang, Nr. 99, in: Amtspresse Preußens vom 12. Oktober 1886. URL: <http://amtspresse.staatsbibliothek-berlin.de/ausgabe.php> (Abfrage vom 21. August 2010).

LEO XIII. RN, URL:<http://www.uibk.ac.at/theol/leseraum/texte/320.html> (Abfrage vom 29. November 2011).

Provinzial-Correspondenz, Elfter Jahrgang, Nr. 3 vom 15. Jänner 1873, in: Amtspresse Preußens. URL: <http://amtspresse.staatsbibliothek-berlin.de/vollanzeige.php> (Abfrage vom 15. August 2010).

Provinzial-Correspondenz, Dreizehnter Jahrgang, Nr. 12 vom 24. März 1875, in: Amtspresse Preußens, URL: <http://amtspresse.staatsbibliothek-berlin.de/vollanzeige.php> (Abfrage vom 15. August 2010).

Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich (1876), URL:[http://de.wikisource.org/wiki/Strafgesetzbuch_für_das_Deutsche_Reich_\(1876\)](http://de.wikisource.org/wiki/Strafgesetzbuch_für_das_Deutsche_Reich_(1876)) (Abfrage vom 14. September 2010).

Abkürzungsliste:

BBKL Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon, BAUTZ, Friedrich Wilhelm, (Hg.) Bd. 3, Hamm 1990.

DBE Deutsche Biographische Enzyklopädie, KILLY Walther und VIERHAUS Rudolf (Hg.) Bd. 8, München 1999.

DH DENZINGER, Heinrich, Kompendium der Glaubensbekenntnisse und kirchlichen Lehrentscheidungen, HÜNERMANN Peter (Hg.) verbessert, erweitert, ins Deutsche übertragen und unter Mitarbeit von HOPIN, Helmut, ^{38. aktualisierte} Auflage Freiburg im Breisgau [u.a.] 1999.

HdbKathKR Handbuch des katholischen Kirchenrechts, LISTL, Joseph/SCHMITZ, Heribert (Hg.) ^{Zweite, grundlegend neubearbeitete Auflage} Regensburg 1999.

HKG(J) JEDIN, Hubert (Hg.) Handbuch der Kirchengeschichte, Bd. VI: Die Kirche in der Gegenwart, Erster Halbband: Die Kirche zwischen Revolution und Restauration, AUBERT, Roger, u.a. Sonderausgabe, Freiburg in Breisgau 1971/1985; [zit: HKG(J) Die Kirche in der Gegenwart].

HKG(J) JEDIN, Hubert (Hg.) Handbuch der Kirchengeschichte, Bd. VI. Die Kirche in der Gegenwart, Zweiter Halbband: Die Kirche zwischen Anpassung und Widerstand (1878 bis 1914), AUBERT, Roger u.a. Sonderausgabe, Freiburg in Breisgau 1973/1985; [zit: HKG(J), Kirche zwischen Anpassung und Widerstand].

- LThK LEXIKON FÜR THEOLOGIE UND KIRCHE, ^{3. völlig neubearb. Auflage,}
KASPER, Walter u.a. (Hg.) Bd. 1, Freiburg – Basel – Wien 1993.
- LThK LEXIKON FÜR THEOLOGIE UND KIRCHE, ^{3. völlig neubearb. Auflage,} KASPER,
Walter u.a.(Hg.) Bd. 2, Freiburg – Basel – Wien 1994.
- LThK LEXIKON FÜR THEOLOGIE UND KIRCHE, ^{3. völlig neubearb. Auflage,}
KASPER, Walter u.a. (Hg.) Bd. 3 und 4, Freiburg – Basel – Wien 1995.
- LThK LEXIKON FÜR THEOLOGIE UND KIRCHE, ^{3. völlig neubearb. Auflage,}
KASPER, Walter u.a.(Hg.) Bd. 5, Freiburg – Basel – Wien 1996.
- LThK LEXIKON FÜR THEOLOGIE UND KIRCHE, ^{3. völlig neubearb. Auflage,}
KASPER, Walter u.a. (Hg.) Bd. 6, Freiburg – Basel – Wien 1997.
- LThK LEXIKON FÜR THEOLOGIE UND KIRCHE, ^{3. völlig neubearb. Auflage,}
KASPER, Walter u.a.(Hg.) Bd. 7, Freiburg – Basel – Wien 1998.
- LThK LEXIKON FÜR THEOLOGIE UND KIRCHE, ^{3. völlig neubearb. Auflage,}
KASPER, Walter u.a.(Hg.) Bd. 8, Freiburg – Basel – Wien 1999.
- LThK LEXIKON FÜR THEOLOGIE UND KIRCHE, ^{3. völlig neubearb. Auflage,}
KASPER, Walter u.a. (Hg.) Bd. 9, Freiburg – Basel – Wien 2000.
- LThK LEXIKON FÜR THEOLOGIE UND KIRCHE, ^{3. völlig neubearb. Auflage,}
KASPER, Walter u.a. (Hg.) Bd. 10, Freiburg – Basel – Wien 2001.
- NDB NEUE DEUTSCHE BIOGRAPHIE, Historische Kommission bei der Bay-
erischen Akademie der Wissenschaften (Hg.) Bd. 2, Berlin ^{unveränderter Nachdruck}
der 1955 erschienen ersten Auflage 1971.
- NDB NEUE DEUTSCHE BIOGRAPHIE, Historische Kommission bei der Bay-
erischen Akademie der Wissenschaften (Hg.) Bd. 5, Berlin ^{unveränderter Nachdruck}
der 1961 erschienenen ersten Auflage 1971.
- NDB NEUE DEUTSCHE BIOGRAPHIE, Historische Kommission bei der Bay-
erischen Akademie der Wissenschaften (Hg.) Bd.9, Berlin 1972.
- NDB NEUE DEUTSCHE BIOGRAPHIE, Historische Kommission bei der Bay-
erischen Akademie der Wissenschaften (Hg.) Bd. 13, Berlin 1982.
- NDB NEUE DEUTSCHE BIOGRAPHIE, Historische Kommission bei der Bay-
erischen Akademie der Wissenschaften (Hg.) Bd. 18, Berlin 1997.
- NDB NEUE DEUTSCHE BIOGRAPHIE, Historische Kommission bei der Bay-
erischen Akademie der Wissenschaften (Hg.) Bd. 20, Berlin 2001.
- NDB NEUE DEUTSCHE BIOGRAPHIE, Historische Kommission bei der Bay-
erischen Akademie der Wissenschaften (Hg.) Bd. 23, Berlin ^{3. Ausgabe} 2007.

V.) Anhang A - Abstract

Die vorliegende Arbeit stellt zunächst die politische, gesellschaftliche und religiöse Situation ab der Mitte des 19. Jahrhunderts vor und setzt sich dann mit dem Wirken dreier Kapläne (Franz Peter Eduard Cronenberg, Franz Hitze, Otto Müller) auseinander.

Diese jungen Kapläne, die alle aktiv in der Politik (Zentrumspartei) in unterschiedlichen Positionen tätig waren, gehörten zu einer Gruppe junger Kleriker, die in der Literatur als ‚rote Kapläne/Hetzkapläne‘ bezeichnet wurden und sich früher als manche ihrer Amtsbrüder der Notwendigkeit einer Hilfestellung für die Arbeiter bewusst wurden.

Bestärkt durch die Aufklärung, die Revolutionen von 1848, das Wirken und die Schriften des Mainzer Bischofs Wilhelm Emmanuel von Ketteler – mit seinen Forderungen nach umfassendem Arbeiterschutz – bzw. durch Rerum novarum erkannten sie, dass die Lösung der Arbeiterfrage schlussendlich nur durch Eingliederung der Arbeiter in die Gesellschaft gelöst werden konnte.

Durch die Parteiengründungen, die ab ca. 1860 einsetzten, verstärkte sich die Sorge der Kirche, dass sich immer mehr Arbeiter von der Kirche trennen könnten. Es erfolgte eine Umgestaltung der bisherigen Vereine in zunächst christlich-soziale, deren Tätigkeitsfeld über das rein seelsorgerische Moment hinausging, den Arbeitern einerseits auch Unterhaltungsmöglichkeiten und die Gelegenheit, sich untereinander austauschen zu können, boten und andererseits auch die Möglichkeit einer wirtschaftlichen und politischen Fortbildung einschloss. Die christlich-sozialen Vereine wurden abgelöst durch die katholischen Arbeitervereine, dem Volksverein, die christliche Gewerkschaft und schließlich durch die Unterstellung der Vereine in Dachorganisationen.

Cronenberg versuchte eine Besserstellung der Arbeiter auf genossenschaftliche, eher egalitäre Weise zu erreichen. Hitze bevorzugte das paternalistische System, das der grundsätzlichen Ausrichtung der Kirche entsprach. Hingegen sah Müller nur über eine verstärkte Arbeiterbildung, die in der Lage war, Führungskräfte aus den eigenen Reihen hervorzubringen, eine Möglichkeit, Einfluss

der katholischen Arbeitervereine in die politischen Gremien über die ‚politischen Komitees‘ zu gewinnen. Durch die Zusammenziehung der katholischen Arbeitervereine zu Verbänden, die u.a. auf seine Anregung geschah, sollte eine bessere Koordination der sozialen Bestrebungen erreicht werden.

Selbständiges Denken und Handeln ließ sich bei allen drei Akteuren nachweisen. Allerdings waren alle drei durch die Unmöglichkeit, die Stellung eines Geistlichen mit dem eines Politikers zu vereinen, zumindest zeitweise von Zerrissenheit und Isolation betroffen.

Ziel der Bestrebungen dieser Kapläne war es, die Arbeiter aus ihrer kollektiven Ohnmacht zu befreien, ihnen Hoffnung zu geben und sie zu einer Solidargemeinschaft zu machen.

Abstract – English version

This paper first presents an overview of the political, social and religious situation in the mid 19th century and then focuses on the work of three priests (Franz Peter Eduard Cronenberg, Franz Hitze, Otto Müller).

These young priests, which all participated actively in politics through various positions in a political party (Zentrumspartei), belonged to a group of young clerics which in literature were referred to as 'red priests / agitator priests' ('rote Kapläne/Hetzkapläne'). Earlier than many of their colleagues, they became aware of the necessity of supporting laborers.

Strengthened by the Enlightenment, the Revolution of 1848, the work and the writings of the Bishop of Mainz Wilhelm Emmanuel von Ketteler who demanded comprehensive labor protection, and alternatively by Rerum novarum, they came to the realization that the solution to the so-called 'laborers question' could only lie in their integration in society.

The Church's concern that more and more laborers would leave the Church grew with the establishment of political parties that began around 1860. Established associations consequently underwent a christian-socialist transformation, expanding their activities beyond pastoral care. They offered recreation, the possibility for laborers to interact with each other, and even included opportunities for an education in economics and politics. The christiansocialist associations were followed by the catholic laborers' associations (katholische Arbeitervereine), the 'Volksverein', the christian unions and finally the restructuring of the associations under an umbrella organization.

Cronenberg attempted to achieve an improvement in the position of laborers through cooperative and egalitarian methods. Hitze preferred a paternalistic system which more closely conformed to the basic principles of the church. In contrast, Müller believed that catholic laborers' associations would only be able to win influence over political committees in the political caucuses if they increased the focus on educating workers so that leaders could emerge from their

own ranks. Due to his interventions, catholic laborers' associations were brought together in unions in order to better coordinate their efforts towards social improvements.

All three protagonists are shown to have been independent thinkers and men of action. But all three also, at times, suffered from inner conflict and isolation due to the impossibility of reconciling the position of a clergyman with that of a politician.

The goal of these priests' endeavors was to free laborers from their collective powerlessness, to give them hope and to form them into a mutually supportive society.

VI.) Anhang B – Curriculum Vitae

Veronika Schwab, geb. Fesel

Geboren am 29. Juli 1942 in Wien, Tochter von Josef und Veronika Fesel,
wohnhaft in Wien 1140 Baumgartenstr. 58/2. Haus/1

1948–1952 Volksschule in Wien

1952–1956 Hauptschule in Wien

1956–1958 Handelsschule in Wien

1964 Heirat mit Dr. Erich Schwab

1967 Geburt des Sohnes Gerhard

1969 Geburt des Sohnes Harald

1976 Tod von Dr. Erich Schwab

Beruflicher Werdegang:

1958–1966 Gemeindebedienstete der Stadt Wien

1997–1999 Studium als außerordentlicher Hörer an kath. Fakultät der
Universität Wien

4. März 1999 Studienberechtigungsprüfung

1999 Inskription an der Universität Wien, katholische Theologie